

Protokoll der 69. Sitzung

Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ am Montag, dem 11. April 1994, 10.00 Uhr in Berlin, Lichtenberger Congress Center (LCC), Normannenstraße 20; Vorsitz: Abg. Margot von Renesse (SPD); einziger Punkt der Tagesordnung: Öffentliche Anhörung zu dem Thema

„Die Flucht- und Ausreisebewegung in verschiedenen Phasen der DDR-Geschichte“

Inhalt

Eröffnung

Stellvertretende Vorsitzende Margot von Renesse 315

Einführung

Hansjörg Geiger 316

Vorträge

Richard Hilmer 322

„Motive und Hintergründe von Flucht und Ausreise aus der DDR“

Volker Ronge 330

„Die Situation und Integration der Flüchtlinge und Ausgereisten aus der DDR in der Bundesrepublik Deutschland“

Zeitzeugen

Inge Bienert – Andreas Eckardt – Christhard-Georg Neubert – Hannes Schönemann/Sybille Schönemann – Ellen Thiemann 341

Diskussion 365

Vorträge

Werner Hilse 390

„Die Flucht- und Ausreiseproblematik als innenpolitischer Konfliktstoff in der DDR und innerhalb der DDR-Opposition“

Günter Jeschonnek 397

„Die Selbstorganisation von Ausreisestellern in den achtziger Jahren in der DDR“

Zeitzeugen

Rainer Eckert – Fred Kowasch – Christel Michael – Angelika Kitzig – Bertram Wagner 406

Diskussion	424
Anhang	
Richard Hilmer	430
„Übersiedler aus der DDR“ (Tabellen)	

Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse: Ich begrüße Sie alle sehr herzlich zu unserer heutigen öffentlichen Anhörung über das Thema „Die Flucht- und Ausreisebewegung in verschiedenen Phasen der DDR-Geschichte“. Meine Damen und Herren, wirklich einzigartig war an der untergegangenen DDR vor allem das System ihrer Grenzsicherung nach Westen. Das war ja keineswegs, wie die SED immer behauptete, die normale Grenze eines souveränen Staates in Europa. Verminte Todesstreifen, Ketten von Wachttürmen, schießbereite Grenzsoldaten und vor allem die monströse Mauer in Berlin dienten nicht etwa zur Abwehr eines Aggressors von außerhalb, sondern zur Verhinderung der Flucht eigener Bürger. Trotz des hohen Risikos für Leib und Leben unternahmen Menschen immer wieder den Versuch, der DDR in einer Weise zu entkommen, die dem Ausbruch aus einem Gefängnis glich. Wieviele dabei ihr Leben gelassen haben, wird gerade jetzt versuchsweise ermittelt. Im Westen hörte man eigentlich immer nur von den spektakulären Fällen. Nachdem die DDR mit dem Mauerbau am 13. August 1961 ihre Westgrenze definitiv geschlossen hatte, über die bis kurz vorher riesige Ströme von Flüchtlingen – zuletzt, wenn ich mich richtig erinnere, mehrere zigtausend pro Monat – in den Westen gekommen waren, entwickelten die Menschen zunächst die abenteuerlichsten und riskantesten Methoden, um die Grenze zu überwinden. Im Kofferraum von Pkw, durch Tunnelröhren, über die Ostsee in Bötchen oder gar schwimmend, ja sogar mit selbstgebastelten Flugkörpern machten sie sich auf den gefährlichen Weg. Viele mußten aufgeben, fielen auf oder wurden denunziert. Sie wurden wegen Republikflucht drakonisch bestraft. Schon die Vorbereitungshandlung war strafbar. Auch wer legal eine Ausreise anstrebte, nahm eine äußerst schwierige Wegstrecke auf sich. Ausreiseanträge waren nach DDR-Verwaltungsrecht, wenn man überhaupt von einem solchen sprechen kann, nicht vorgesehen. Der SED-Staat hatte ausgefeilte Methoden parat, um die Ausreisewilligen Mores zu lehren, sie sozial zu deklassieren und andere von ähnlichen Vorhaben abzuschrecken – mit dem Verlust der Arbeit, sozialer Isolierung und sogar Kriminalisierung. So konnte die wiederholte Stellung von Ausreiseanträgen als Behinderung der Tätigkeit staatlicher Organe bestraft werden. Man machte ihnen über lange Zeit erst das Leben schwer, bis sie schließlich, man muß schon sagen, wie Auswurf, aus der DDR ausgespien wurden.

Der Neuanfang im Westen war selten leicht. Es gab Starthilfen, und viele bauten sich eine neue Existenz auf und brachten es zu etwas. Andere

scheiterten und gingen unter. Mit ihrer ganz besonderen Grenze ließ die DDR die ganze Welt wissen, wie breit und wie existenzgefährdend für sie die Ablehnung durch ihre Bürger war. Sie brauchte Gewalt, um die Abstimmung mit den Füßen gegen sich aufzuhalten. Während der Jahre der SED-Herrschaft bauten sich gleichwohl immer neue Ausreisewellen auf.

Der ständige Aderlaß kostete die DDR-Gesellschaft eine Vielzahl junger, aufbaubereiter Menschen, erfahrener Ingenieure und Landwirte, Ärzte, Krankenschwestern sowie anderer Berufsgruppen.

Die Klage eines Dissidenten wie Biermann, als sogar ein Havemann-Sohn in den Westen abhaute, beschreibt den Verlust für die Opposition. Waren die Ausreiser, wie Biermanns Verse andeuteten, „Ausreißer“, Deserteure, oder waren sie vielleicht Opponenten, die ihre Tat als Akt der Opposition begriffen? Lockte sie vor allem der Glanz westlicher Konsumfreiheit, statt die Hoffnung auf politische Bürgerrechte? Die SED jedenfalls erklärte sie zu Gesindel, zu Abschaum. Mein eigener überraschender Eindruck, als ich 1961 erstmals mit einer größeren Zahl geflohener Schüler und Studenten zusammentraf, war der von ganz normalen Gleichaltrigen ohne nennenswertes politisches Engagement. Sie hatten es gleichwohl in der DDR nicht ausgehalten. Seitdem ist es für mich immer das denkbar negativste Urteil über ein politisches Regime, wenn es nicht nur entschlossene Oppositionelle, sondern absolut durchschnittliche Bürger massenhaft in die Flucht treibt.

Halbgewußtes und Vorurteile begegnen den Ausreisern von ehedem bis heute, im Westen wie im Osten. Wir wollen heute mehr über sie erfahren. Was bewegte sie? Was trieb sie an? Wie überwandten sie die ihnen auferlegte Isolation, stellten sie Kontakte untereinander her, organisierten sich sogar? War ihre Forderung „Wir wollen raus!“ gefährlicher für den Bestand des SED-Regimes als die trotzig Kampfansage mit dem Satz „Wir bleiben hier!“? Wie ging es den Übergesiedelten in der für sie neuen westlichen Gesellschaft?

Wie immer haben wir sachkundige Referenten eingeladen und Menschen, die aus eigenem Erleben über das, was hinter ihnen lag und die dieses Schicksal hatten, berichten können. Zunächst werden wir die Begrüßung durch den Direktor beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Herrn Dr. Geiger, anhören.

Dr. Hansjörg Geiger: Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Sehr geehrte Damen und Herren! Zu diesem Thema möchte ich einige Anmerkungen vortragen, die die Auswirkungen politischer Entwicklungen auf die Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit beschreiben. Die Übersiedlung, also die „ständige Ausreise von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin“ – so die Definition der DDR –, ist aus mehreren Gründen exemplarisch für den Umgang der Machthaber in den sozialistischen Staaten mit ihren Bürgern sowie für die Folgen, die der Entspannungsprozeß – der Grundlangensvertrag zwischen beiden deutschen

Staaten, der KSZE-Prozeß sowie die Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte von Helsinki – auf die DDR hatten.

Selbst nach dem Bau der Mauer und der Errichtung hocheffizienter Grenzsicherungsanlagen blieb der Wille größerer Teile der Bevölkerung in der DDR offensichtlich ungebrochen, ein Leben unter „kapitalistischen Bedingungen“ dem Leben im „real existierenden Sozialismus“ vorzuziehen. Auch Indoktrination und Propaganda konnten offensichtlich hieran nur wenig ändern. Jedenfalls vermochten sie nicht, den Wunsch zahlreicher Menschen zu ersticken, unter anderen politischen und auch ökonomischen Bedingungen als in der DDR zu leben. Wie hilflos letztlich die herrschenden Kreise der DDR diesem Phänomen gegenübergestanden sind, zeigen die Maßnahmen, die allein zur Verhinderung der Übersiedlung – also nicht zur Verhinderung von Fluchtversuchen – in den siebziger und achtziger Jahren getroffen wurden.

Einer der Höhepunkte der Verschärfungsmaßnahmen auf diesem Gebiet war die Weisung des Ministers des Inneren der DDR vom 14.11.1972, selbst die Übersiedlungen der Personen nach der BRD bzw. West-Berlin zu stoppen, die im Rahmen der Familienzusammenführung bis dahin in beschränktem Umfange möglich waren. Einbezogen in diese Weisung waren aber auch die Übersiedlungen von Amnestierten.

Für den Stellenwert, den die Übersiedlungsproblematik für die Führung der DDR hatte, sowie für die Entwicklung des Ministeriums für Staatssicherheit in ein weiter perfektioniertes Organ des alle Bereiche durchdringenden Repressionsapparates ist der Befehl Nr. 1/75 vom 15.12.1975 signifikant. Er trug folgenden Titel: „Zur Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels“. Dieser Befehl war von Minister Mielke persönlich unterzeichnet. Darin wird ausdrücklich angeordnet, daß die „zielgerichtete Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und der Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels Aufgabe aller Diensteinheiten des MfS“ ist. Hierzu hatten die Leiter der Diensteinheiten – ich zitiere – „den konzentrierten Einsatz aller geeigneten Kräfte, Mittel und Methoden, die zielstrebige Ausschöpfung aller politisch-operativen Möglichkeiten des MfS und der Möglichkeiten anderer Schutz- und Sicherheitsorgane, staatlicher und wirtschaftsleitender Organe, Betriebe, Kombinate und Einrichtungen sowie gesellschaftlicher Organisationen und Kräfte in ihren Verantwortungsbereichen zur Lösung dieser Aufgaben zu gewährleisten.“

Aus diesem Satz wird zweierlei deutlich: einmal die außerordentlich enge Zusammenarbeit des MfS mit den anderen Sicherheitsorganen, den gesellschaftlichen Organisationen, aber auch mit den Einrichtungen der Wirtschaft, also sein flächendeckendes, alles umspannendes Wirken, mit dem Ziel, die Ausreise von DDR-Bürgern zu verhindern; zum anderen der massive Einsatz aller dem MfS zur Verfügung stehenden Mittel in der DDR wie im Ausland

zur Lösung dieser Aufgabe. Ich werde später noch kurz auf die Mitarbeiter, die das MfS im Westen hatte, eingehen.

Nach diesem Befehl hatten die Leiter der Dienstseinheiten die wirksame vorbeugende politisch-operative Arbeit „zum rechtzeitigen Erkennen politisch negativer und labiler Denk- und Verhaltensweisen, die zur Entwicklung von Absichten des ungesetzlichen Verlassens der DDR führen können,“ sicherzustellen. Daraus wird der geradezu erschreckende Anspruch des MfS ersichtlich, nicht nur das Verhalten der Bürger erfassen zu wollen, sondern auch deren Denken. Man mußte sich ja in die Bürger hineinversetzen, um einschätzen zu können, ob sie möglicherweise Absichten zum Verlassen der DDR entwickeln werden. Die Mitarbeiter des MfS sollten es nicht nur beim Beobachten belassen, sondern sie hatten zu Vorbeugungszwecken rechtzeitige Gegenmaßnahmen einzuleiten, um „die vom Gegner verleiteten Personen von ihrem Vorhaben abzubringen und wieder voll für die sozialistische Gesellschaft“ zurückzugewinnen. Auch das ist wieder typisch für das Menschenbild des MfS: Es konnte nicht sein, daß ein DDR-Bürger selbst die Idee und hinreichende Gründe hatte, die DDR zu verlassen, er mußte vom äußeren Feind beeinflußt worden sein.

Um dieses Ziele zu erreichen, war das gesamte Repertoire der Maßnahmen und Methoden des MfS einzusetzen:

„Entscheidende Voraussetzung ist die zielgerichtete Erschließung der operativen Basis des MfS in der DDR und im Operationsgebiet“ (das heißt also vorrangig in Westdeutschland und in West-Berlin) „durch allseitige Nutzung der Möglichkeiten der IM und GMS sowie deren Verbindungen, das Erkennen und Nutzen aller Ansatzpunkte für die systematische Suche und die Gewinnung neuer IM, um in die Zielgruppen des Gegners und die kriminellen Menschenhändlerbanden einzudringen.“ (Befehl Nr. 1/75)

Bemerkenswert, für die Arbeit des MfS jedoch generell typisch, ist in diesem Zusammenhang der Personenkreis, auf den sich die vorbeugende Arbeit des MfS besonders ausrichten sollte. Hierzu gehörten, ohne daß sie bereits durch entsprechende Ausreisewünsche in irgendeiner Form in Erscheinung getreten sein mußten, folgende Gruppierungen:

- Angehörige der wissenschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und medizinischen Intelligenz (ihnen hat man von vornherein also unterstellt, daß sie möglicherweise Flucht- oder Ausreiseabsichten entwickeln);
- Fachkräfte in der Wirtschaft;
- Reisekader sowie z. B. Kunst- und Kulturschaffende;
- Sportfunktionäre und Leistungssportler. (Die Leistungssportler sind vom MfS in verschiedenster Weise beobachtet worden.)

Ins Visier zu nehmen waren jedoch auch Personen,

- die keinem geregelten Arbeitsverhältnis nachgingen – offensichtlich auch

schon ein Indiz aus der Sicht des MfS, daß man bald die DDR verlassen will –,

- die bereits einen Antrag auf Übersiedlung gestellt oder sich hierzu hilfesuchend an die Ständige Vertretung oder andere Vertretungen nichtsozialistischer Staaten gewandt hatten.
- Aber es genügte auch, daß sich jemand „in ernsthaften Konfliktsituationen“ innerhalb der DDR befunden hat.

Zur Koordinierung all dieser MfS-Maßnahmen wurde durch diesen Befehl Nr. 1/75 im MfS eigens die „Zentrale Koordinierungsgruppe“ (ZKG) gegründet mit den Aufgaben, Übersiedlungsersuchen und „Menschenhandel“ im Keim zu ersticken. In den Bezirksverwaltungen wurden entsprechende „Bezirkskoordinierungsgruppen“ (BKG) gebildet. Später werden Aktivitäten der ZKG häufiger erwähnt, jedoch in Verbindung mit anderen Aufgaben.

Auch an der Zielstellung der Verhinderung der Übersiedlungen wird der Perfektionismus des MfS deutlich: So erließ der 1. Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit in Ergänzung zu diesem sehr ausführlichen Befehl Nr. 1/75 eine 180 Seiten starke „Instruktion“, in der der Einsatz nahezu sämtlicher Abteilungen des MfS detailliert geregelt wird. Neben den fast schon selbstverständlichen Maßnahmen für Post- und Telefonkontrolle gehörten hierzu etwa Regelungen „zur Gewährleistung eines engen Zusammenwirkens mit den Sicherheitsorganen der befreundeten sozialistischen Staaten“ – also mit dem KGB und ähnlichen Einrichtungen –, der Einsatz der Abteilung Agitation zur „Mitwirkung an der Lancierung entlarvender oder kompromittierender Informationen in Massenkommunikationsmitteln des Operationsgebietes“ – also insbesondere in den Medien der Bundesrepublik Deutschland – „zur Verunsicherung und Zersetzung ... in enger Zusammenarbeit auch mit der HVA.“ Die HVA war auch hier eingebunden.

Das MfS hatte also versucht, diese eigentlich politische Aufgabe, sich mit Übersiedlungsersuchen auseinanderzusetzen, mit geheimdienstlichen Mitteln zu lösen. Das konnte nicht erfolgreich sein, wie wir vom Ergebnis her wissen. Auch dies ist letztlich symptomatisch für die Arbeits- und Denkweise des MfS, das eben nur in diesen Kategorien denken konnte: Das MfS hat die Möglichkeiten geheimdienstlicher Tätigkeiten zur Einwirkung auf die Gesellschaft drastisch überschätzt und nicht erkannt oder berücksichtigt, in welchen Fällen Probleme allenfalls politisch hätten gelöst werden können. Selbst wenn dies vom MfS partiell erkannt worden sein sollte, hat die Führungsspitze es jedenfalls nicht wahrnehmen wollen.

Trotz des KSZE-Prozesses, der ja eine Öffnung der Grenze bis zu einem gewissen Maße ermöglicht hatte – also die Schlußakte von Helsinki oder die Folgekonferenz in Madrid –, hat das MfS auch in Folgebefehlen und Dienstanweisungen durch den Einsatz der ihm zur Verfügung stehenden Maßnahmen und Methoden die Übersiedlungen zurückzudrängen versucht. Ein

weiteres Beispiel dafür ist die Dienstanweisung Nr. 2/83 „Zur Unterbindung und Zurückdrängung von Versuchen von Bürgern der DDR, die Übersiedlung nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin zu erreichen“. Aus der letzten Zeit des MfS gibt es dann noch eine Dienstanweisung Nr. 2/88, die vom 10.12.1988 datiert und fast den gleichen Titel hatte.

Exemplarisch mag hierzu die folgende, am 10.12.1988 erlassene Dienstanweisung sein. Diese Dienstanweisung stellte nämlich die Aufgabe, auch die bereits ständig Ausgereisten – also die Bürger, die bereits in Westdeutschland und in West-Berlin lebten – weiter operativ zu beobachten. Die operative Bearbeitung bzw. operative Kontrolle der ständig Ausgereisten sollte mit dem Ziel erfolgen,

1. „die von diesen Kräften nach der Ausreise vom Operationsgebiet ausgehenden feindlich-negativen Aktivitäten rechtzeitig zu erkennen und wirksam zu vereiteln“ – das MfS hat sich also den Auftrag erteilt, selbst wenn ein Bürger ausgereist war und eigentlich gedacht hatte, jetzt die DDR hinter sich gelassen zu haben, diese Menschen weiter zu beobachten und sogar Maßnahmen, die dem MfS nicht gefallen haben, gegebenenfalls „wirksam“ zu vereiteln;
2. „diese Personen gegenüber dem Gegner zu diskreditieren bzw. gegnerische Kräfte durch Desinformation zu verunsichern“, also ihnen den Start in Westdeutschland zusätzlich zu erschweren oder zu vereiteln.

In der Dienstanweisung heißt es weiter: Hierzu „sind bereits vor der Ausreise alle Möglichkeiten zu nutzen, um IM in die operative Bearbeitung einzuführen bzw. eine Bearbeitung mit IM im Operationsgebiet vorzubereiten“. Inoffizielle Mitarbeiter, die in Westdeutschland für das MfS gewirkt haben, sollten die Ausreisenden bereits empfangen, vorbereitend tätig sein, bevor sie überhaupt da sind. Sie können sich vorstellen, warum es eigentlich wirklich so ärgerlich ist, daß wir über die Inoffiziellen Mitarbeiter, die in Westdeutschland aktiv waren, leider bisher doch vergleichsweise wenig wissen. „Durch die operative Bearbeitung dieser Personen im Operationsgebiet ist zu sichern, daß deren politische, gesellschaftliche Entwicklung und Tätigkeit, ihr Verhalten im Wohn-, Arbeits- und Freizeitbereich, die Zugehörigkeiten zu Parteien, Organisationen, Institutionen sowie diesbezügliche Bindungen und Kontakte umfassend aufgeklärt werden.

Durch die Anwendung operativer Kombinationen und Legenden sind die ausgewählten operativ bedeutsamen Personen vor und nach der Ausreise zu verunsichern und in das Blickfeld gegnerischer Abwehrorgane zu rücken.“ Man wollte ihnen den Start so schwer wie möglich machen in Westdeutschland, um dann zu sagen: So passiert es einem, wenn man ausreist.

Damit ist die Übersiedlungsproblematik beispielhaft schließlich auch dafür, daß die Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) in die Gesamttätigkeit des MfS und damit auch in die Übersiedlungsproblematik voll einbezogen war.

Bei all diesen Maßnahmen ist es dann nicht weiter verwunderlich, daß das MfS zur Bearbeitung der Übersiedlungsproblematik auch „Grundsätze für die Anwendung strafrechtlicher Mittel durch die Sicherheits- und Justizorgane“ (Anlage 6 zur Dienstanweisung Nr. 2/83) erlassen hat, nach denen strafrechtliche Mittel dann anzuwenden sind, „wenn andere Möglichkeiten zur Disziplinierung und Erziehung ausgeschöpft sind und die betreffenden Personen trotz gesellschaftlicher Einflußnahme ihr Vorhaben hartnäckig verfolgen.“ Dabei bleibt in diesem Zusammenhang auch nicht der Hinweis aus, daß nach diesen Grundsätzen „auch die anderen Sicherheits- und Justizorgane“ verfahren. Hier wird wieder die enge Verflechtung zwischen MfS und Justiz deutlich, ein Indiz mehr für das Zusammenspiel der Justiz mit den Repressionsmaßnahmen des MfS.

Abschließend bleibt festzustellen, daß sich trotz der nach außen verfolgten Entspannungspolitik und der daraus abgeleiteten internationalen Verträge, die auch die DDR unterzeichnet hat, an dem Ziel der möglichst weitgehenden Einschränkung von Übersiedlungen nichts geänderte. Ein letzter Beleg mag hierfür auch die Verfügung Nr. 192/88 des Vorsitzenden des Ministerrats sein, die am 1.1.1989 in Kraft getreten ist. Da heißt es unter Bezugnahme auf die Schlußakte von Helsinki – das ist also der Rahmen – auch hier wieder: „Grundsätze zur Zurückdrängung von Antragstellungen auf ständige Ausreise nach dem nichtsozialistischen Ausland.“

Jetzt noch eine kleine Anmerkung, die belegt, daß sich dann doch ein bißchen Bewegung ergeben hat: Es fällt auf, daß in der „Orientierung des MfS Nr. 40/89“ „Zur einheitlichen Behandlung arbeitsrechtlicher Probleme, die sich bei Anträgen von Bürgern auf ständige Ausreise ergeben“, in der im Jahre 1989 erstellten Fassung, erste Hinweise auf mehr Rechtsstaatlichkeit zu finden sind, weil Antragsteller nicht mehr automatisch mit dem Verlust des Arbeitsplatzes bedroht wurden, sondern weil man in dieser Richtlinie vorgesehen hat, daß für eine Weiterbeschäftigung die Zumutbarkeit ein Kriterium sein soll. Das ist für uns etwas Selbstverständliches, aber wenn man sonst den MfS-Duktus kennt, sieht man hier, daß im Jahr 1989 erste Ansätze auch in der DDR, selbst im Zusammenhang mit dem MfS, zu erkennen waren, das Verfahren möglichst etwas offener zu gestalten.

Damit mein Resumee: Das Thema der Übersiedlung und seine Behandlung in der DDR ist weitgehend ein Spiegelbild für zahlreiche gesellschaftliche Prozesse in der DDR und für die Arbeit des MfS insgesamt. (Beifall)

Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse: Wir bedanken uns für diese hochinformativen Rahmendarstellung und kommen jetzt zu den ersten Vorträgen. Ich darf Herrn Prof. Ronge auch schon bitten, nach vorne zu kommen, damit wir in diesem Block gleich dann alle, die mit uns sprechen werden, vor Augen haben. Herr Hilmer ist jetzt dran mit seinem Vortrag „Motive und Hintergründe von Flucht und Ausreise“.

Richard Hilmer: Ich möchte mich herzlich bedanken für die Einladung und die damit verbundene Gelegenheit, unsere Daten von Infratest zur Übersiedlerthematik, zur Thematik Übersiedlung und Flucht aus der DDR hier in Ihrem Kreise und damit auch einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen.

Übersiedler und Flüchtlinge waren immer ein Forschungsschwerpunkt bei Infratest im Rahmen der DDR-Forschung, die Ihnen vor einigen Monaten schon von Frau Dr. Köhler in diesem Kreise vorgestellt wurde. Deswegen werde ich auf die gesamte Methodik in diesem Bereich, was die Forschung innerhalb der DDR anbetrifft, jetzt nicht weiter eingehen. Die Forschungsarbeit wurde von Frau Dr. Köhler geleitet. Ich war von 1984 bis 1989, bis der Forschungsgegenstand sich selbst auflöste, Projektleiter und Bereichsleiter in der DDR-Forschung und in diesem Kontext auch mit all den Studien, die wir damals durchgeführt haben, unmittelbar befaßt.

Ich werde verschiedene Themen behandeln, insbesondere drei Aspekte, um etwas empirisches Datenmaterial für die weitere Diskussion hier vorzustellen. Zum einen, wieviele kamen. Wer kam vor allen Dingen? Welche Gründe und Motive waren für die Ausreise, für die Beantragung der Ausreise ausschlaggebend? Welche Erwartungen wurden an den Westen geknüpft? Soweit die Situation der Übersiedler und Flüchtlinge. Hier sind im übrigen beide zusammengefaßt, wobei die Flüchtlinge bis 1989 zahlenmäßig nur einen sehr geringen Anteil an dem Personenkreis stellten, der in Gießen, im Marienfelde, in den Notaufnahmелagern das sogenannte Notaufnahmeverfahren durchlief. Also bis 1989 beziehen sich die Daten in erster Linie auf die legalen Übersiedlungen. Die weitaus dramatischeren Fälle der Flüchtlinge sind zahlenmäßig nicht so relevant.

Danach werde ich kurz eingehen auf die Ausgangssituation im Westen, auf die Akzeptanz in der westdeutschen Bevölkerung, die ersten Eindrücke, die die Übersiedler und Flüchtlinge im Westen gesammelt haben, und auf die Integrationsvoraussetzungen. Das sind allerdings Punkte, die Herr Prof. Ronge dann im weiteren sicher ausführlich erläutern wird.

Einen starken Schwerpunkt will ich setzen auf den dritten Aspekt, nämlich die Auswirkungen der Übersiedlungen und Ausreisen auf die DDR, auf den Staat auf der einen Seite (Hier wurden ja schon von Herrn Geiger einige sehr aufschlußreiche Bemerkungen, was das MfS anbetraf und damit eben den staatlichen Umgang, vorgetragen.), aber auch insbesondere, was diese Ausreisen in der Bevölkerung bewirkten und wie sie sich in der Folgezeit bis zur Wende hin auf die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR auswirkten.

Ich beziehe mich dabei auf eine ganze Reihe von Untersuchungen, zum einen auf Übersiedlerbefragungen direkt in den einzelnen Aufnahmелagern, meistens schriftlich, oft schriftlich-persönlich seit 1984 bis 1990, zum anderen auf repräsentative Erhebungen unter der westdeutschen Bevölkerung zur

Akzeptanz und eben auch zur Reaktion und zum Meinungsbild innerhalb der DDR-Bevölkerung auf der Basis der indirekten Forschungsmethoden, die schon einmal hier in diesem Kreise vorgestellt wurden. Einige dieser Ergebnisse wurden auch veröffentlicht, insbesondere im „Deutschlandarchiv“, die erste 84er-Studie zusammen von Frau Dr. Köhler und Herrn Prof. Ronge.

Wenn man die Übersiedlung, die Ausreise, die Migration aus der DDR betrachtet, so ist es eigentlich ein Prozeß, der sich seit Gründung der DDR vollzogen hat, der sozusagen systemimmanent war – der Ausreisedruck, der Wunsch, die DDR zu verlassen. Letztlich, da er bis 1961 weitgehend unkontrollierbar war, wurde er auch als bestandsgefährdend angesehen, und es wurde deswegen seitens der DDR-Behörden versucht, diesen Prozeß unter Kontrolle zu bringen. Die Konsequenzen kennen wir alle: Mauerbau und Stacheldraht. Danach gab es einen einjährigen fast völligen Stillstand der Ausreise und seit 1982 eine erste Phase – wie ich sie nenne: die restriktive Phase, die begrenzte Genehmigung von Ausreisen zum Ziele der Familienzusammenführung in erster Linie, die zum anderen auch vorwiegend ältere Personen und Nichtberufstätige betraf. Die Ausnahme bildeten eher prominente Personen, die sich aus DDR-Sicht unbeliebt machten. Bahro und andere sind hier sicherlich noch in Erinnerung. Allerdings stellten sie natürlich einen sehr geringen Teil dar. Pro Jahr kamen immerhin rund 10.000 Personen legal mit Genehmigung der DDR-Behörden in den Westen.

Die zweite Phase dann 1984, als eine ganze Reihe von Anträgen, die lange zuvor schon den DDR-Behörden vorlagen, auf einen Schlag im Frühjahr 1984 genehmigt wurden. 30.000 insgesamt kamen innerhalb weniger Wochen und auch für die Betroffenen sehr überraschend. In dieser Phase versuchte die DDR offensichtlich, durch eine kontrollierte, allerdings gezielte Ausreise, mißliebige Personen auf der einen Seite eben ausreisen zu lassen und dadurch Druck wegzunehmen, auf der anderen Seite durch die Schikanen, die Herr Geiger schon kurz erläuterte, auch einen Keil zwischen Ausreisende und Bevölkerung zu treiben. Immerhin kamen innerhalb von fünf Jahren bis Ende 1988 150.000 auf legalem Wege in die Bundesrepublik; das heißt genauso viele wie in den vorhergehenden 15 Jahren.

Schließlich ergab sich dann im Frühjahr 1989 wiederum eine für die DDR-Behörden völlig unkontrollierbare Situation durch Öffnung der Grenzen Ungarns in Richtung Österreich; wir alle kennen sicherlich noch die Bilder aus der damaligen Zeit. Daran schlossen sich die Botschaftsflüchtlinge an. Bis Ende Juni reisten insgesamt 50.000 entweder legal – damals gab es ja auch diesen Zug der Ausreisenden noch – oder illegal eben über Ungarn aus. Die verschiedenen Flüchtlinge kamen zum Teil auch vermischt. Sie erinnern sich vielleicht an den Zug, der dann noch einmal durch Dresden durchgeführt wurde, um aus den Flüchtlingen formell Ausreisende zu machen.

Da vermischten sich dann die Verhältnisse und waren sicherlich für die DDR völlig unkontrollierbar.

Um welchen Personenkreis handelte es sich bei den **Übersiedlern**, zeichnen sie sich durch soziodemographische Besonderheiten aus? Das war der Fall. Es handelte sich dabei überwiegend um Personen männlichen Geschlechts. 60 % der Übersiedler 1984 – das war 1989 nicht anders – waren Männer, nur 40 % Frauen. Der Anteil der Männer an der Wohnbevölkerung hier ab 18 Jahren beträgt nur 46 %. Und vor allen Dingen – gerade gemessen an früheren Aussiedlerströmen – die Übersiedler waren überdurchschnittlich jung. 78 % waren unter 40 Jahre, nur 22 % über 40 Jahre alt, im Vergleich mit der Wohnbevölkerung ist das Verhältnis mehr als umgekehrt – 60 % sind hier über 40 Jahre alt. Dieses Verhältnis steigerte sich sogar noch im Zusammenhang mit der **Flüchtlings**bewegung. Unter den **Flüchtlings**en waren 90 % unter 40 und sogar 70 % unter 30 Jahre alt. Wer sich damals in Gießen aufhielt, hatte den Eindruck eines großen Jugendcamps, eines Jugendlagers. Es waren sehr, sehr junge Personen, die insbesondere über Ungarn in den Westen flüchteten. Ausschlaggebend hierfür war sicherlich die höhere Risikobereitschaft jüngerer Personengruppen. Sie waren vielleicht nicht in dem Maße sozial verankert wie die ältere Bevölkerung, hatten auch eine geringere Kompromißbereitschaft. Wichtig auch: Die große Mehrheit der Übersiedler kam nicht allein, sondern wurde begleitet von Familienangehörigen, in der Regel von den Ehepartnern. Immerhin 60 % kamen auch mit Kindern in den Westen. Das war für die DDR sicherlich besonders schmerzlich.

Sie erinnern sich vielleicht noch rückblickend an die Diskussion über die regionale Herkunft der Übersiedler. Wir hatten bei der ersten Erhebung 1984 ein überraschendes Ergebnis: 50 % der damals Befragten stammten aus dem Bezirk Dresden. Über die Folgezeit der Erhebungen, die wir übrigens alle im Auftrag des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen – Frau Wilms wird sich vielleicht erinnern an diese Erhebungen – durchgeführt haben, auch kumuliert über die vier Erhebungen mit weit über 2.000 Befragten, blieb der Anteil dieses Bezirkes hoch: 31 %. Der Bevölkerungsanteil des Bezirkes Dresden betrug nur 11 %. Umgekehrt war beispielsweise der Anteil der nördlichen Bezirke, der Personen, die aus den Bezirken Neubrandenburg, Schwerin, Rostock stammten, vergleichsweise gering. Interessant – deswegen habe ich hier noch einmal unterschieden bei 1989 zwischen Übersiedlern und Flüchtlingen – die Herkunft der Flüchtlinge, die ja nicht das Genehmigungsverfahren der DDR-Behörden durchlaufen mußten und die sozusagen aus freien Stücken überkamen. Hier ist die Herkunft weitgehend identisch mit der Verteilung der Wohnbevölkerung über die gesamten Regionen. Es gab eine ganze Reihe von Theorien, warum der Anteil der Dresdner bei den Übersiedlern so überdurchschnittlich war: schlechtere Versorgungssituation, die Mediensituation – Dresden, „Tal der Ahnungslosen“ –, eben die schlechte

oder völlig fehlende Versorgung mit Westmedien. Auch dazu gab es dann unterschiedliche Theorien, was denn nun ausschlaggebend war, das Defizit an zusätzlicher Unterhaltung durch Medien, oder ob die Dresdner nicht in dem Maße durch die Berichterstattung der Westmedien abgeschreckt waren wie die anderen DDR-Bürger.

Offensichtlich ganz entscheidend, das zeigen die Zahlen, war auch die unterschiedliche Genehmigungspraxis. Hierüber liegen uns allerdings keine weiteren Erkenntnisse vor.

Die Übersiedler verfügten über eine gute durchschnittliche schulische Ausbildung. Wir hatten etwa ein Viertel mit Abitur, die meisten mit POS-Abschluß. Der Anteil von Personen, die eine Lehre abgeschlossen hatten, war mit knapp 90 % vergleichsweise hoch im Vergleich zur DDR-Bevölkerung mit damals 78 %, das heißt, es kamen sehr viele Facharbeiter. Der Anteil Berufstätiger war natürlich altersbedingt ebenfalls sehr hoch mit über 90 %, in der Gesamtbevölkerung ab 18 Jahren in der DDR betrug dieser Anteil 67 %. Und wichtig, was vor allen Dingen in den Leitfadengesprächen, in den Gruppendiskussionen, die wir zusätzlich zu den Repräsentativerhebungen durchgeführt haben, zum Ausdruck kam – die Übersiedler waren sehr leistungsorientiert, hochmotiviert. Darauf wird sicher Prof. Ronge noch näher eingehen. Sie kamen aus den unterschiedlichsten Bereichen in der Industrie, also aus Industrie und Handwerk ein erheblicher Anteil, die auch sehr gefragt waren im Westen, aus dem Dienstleistungsbereich, Gesundheitsbereich – ebenfalls ein sehr nachgefragter Bereich –, aus dem Verwaltungs- und Bildungsbereich.

Sie kamen vor allen Dingen aus den unterschiedlichsten Motivlagen heraus, wobei in der Regel – sicherlich einer der interessantesten Punkte – immer ein ganzes Bündel von Motiven angeführt wurde. Eines wird in der Übersicht schon deutlich: Die Propaganda der DDR, hier handele es sich um einen Personenkreis, der quasi generell Probleme habe, es handele sich um Querulanten, die sich auch im Westen schwer integrieren würden, diese Propaganda verfiel offensichtlich kaum bzw. spielte hier überhaupt keine Rolle. Entscheidend waren für die Übersiedler die politischen Motive: 1984 fehlende Meinungsfreiheit, die ständige Bevormundung und Gängelung durch den Staat, die von 71 % bzw. 66 % als zumindest mit ausschlaggebende Gründe angeführt wurden. Mit der Zeit zum Jahre 1989 hin veränderte sich dies etwas, und zwar traten auch die wirtschaftlichen oder materiellen Gesichtspunkte stärker in den Vordergrund: Die Reisebeschränkungen, die immer unerträglicher erschienen, und auch eine schlechte Versorgungslage, die als Grund mit angeführt wurde, wo offensichtlich die Erwartungen der DDR-Bevölkerung nicht erfüllt wurden. Die Familienzusammenführung war demgegenüber bei der Übersiedlergruppe nach 1984 als Motivlage vergleichsweise gering ausgeprägt. Zuvor war das sicherlich einer der dominanten Ausreisegründe.

Es ist natürlich auch richtig: Die Übersiedler wollten unbedingt weg aus

der DDR, aber sie fühlten sich auch angezogen durch die Bundesrepublik. Wir wissen aus den indirekten Befragungen der DDR-Bevölkerung, daß die Bundesrepublik in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen gegenüber der DDR als überlegen angesehen wurde. Insofern waren die Erwartungen im Hinblick auf den Westen entsprechend hoch. So rechnete jeder der von uns befragten Übersiedler damit, daß sich seine materielle Situation durch die Ausreise erheblich verbessern würde. Auch wurde damit gerechnet, daß sich die Arbeitssituation, die sehr stark kritisiert wurde, deutlich verbessern würde, und außerdem, daß sich weitaus bessere Aufstiegsmöglichkeiten ergeben würden. Gleichzeitig waren die Übersiedler aber auch durchaus auf Integrationsprobleme gefaßt. So erwarteten sie insbesondere Probleme dabei, angesichts des damals sehr angespannten Wohnungsmarktes eine angemessene Wohnung zu finden. Vergleichsweise gering waren die Befürchtungen im Hinblick auf den Arbeitsmarkt, obwohl das 1984 etwas gravierender aussah, aber auch damals waren die Übersiedler eigentlich relativ zuversichtlich, eine Arbeit zu finden. Allerdings rechneten alle damit, daß sie eine gewisse Fortbildung, eine Weiterbildung durchlaufen müßten, um möglichst in den jeweiligen Berufen wieder im Westen Fuß zu fassen, um sich auf das dortige Niveau, an die anderen Arbeitsbedingungen besser anpassen zu können. Ebenfalls problematisiert wurde vereinzelt die Schwierigkeit – oder immerhin jeder dritte nannte es als Schwierigkeit –, im Westen neue soziale Kontakte aufzubauen, denn das soziale Geflecht in der DDR war ja sehr stark ausgeprägt und sicherlich ein Grund, auch mit etwas Enttäuschung zurückzublicken auf die Situation dort.

Es hatten allerdings sehr viele Übersiedler Verwandte im Westen, mit denen sie auch Kontakt hatten. Es gab natürlich etliche verwandtschaftliche Beziehungen, die über die Teilung hinweg nicht mehr aktiviert wurden, die auch nicht mehr für die Übersiedler als Anlaufstation zur Verfügung standen. Aber immerhin eben 77 % hatten Kontakt zu Verwandten im Westen, davon 30 % auch Verwandte ersten Grades, und viele hatten auch Freunde und Bekannte. Das traf insbesondere dann später für die Flüchtlinge zu. Dort gab es zum Teil ganze Zusammenführungen von Cliquen, die in bestimmter Abfolge aus der DDR ausreisten, sich im Westen wiederfanden, sich gegenseitig dann auch Unterkunft und Unterschlupf zumindest für die erste Zeit gaben.

Diese Anlaufstationen waren sicherlich auch deshalb wichtig, weil die Stimmung in der westdeutschen Bevölkerung nicht unbedingt und uneingeschränkt positiv war. Nur eine Minderheit von 13 % fand es uneingeschränkt positiv, daß jetzt so vielen DDR-Bürgern die Möglichkeit gegeben wurde, in den Westen auszureisen. Aber immerhin jeder fünfte meinte, dies sei alles in allem schlecht, und jeder zehnte stand dem weitgehend gleichgültig gegenüber. Die große Mehrheit verhielt sich eher etwas ambivalent, was sich auch im Meinungsbild im Hinblick auf die weitere Entwicklung ausdrückte, denn

nur 41 % hätten es 1985 begrüßt, wenn im Zuge dieses Ausreisestroms weiteren DDR-Bürgern die Möglichkeit gegeben worden wäre, in den Westen auszureisen, während knapp jeder zweite dafür plädierte, tatsächlich nur politisch Verfolgte ausreisen zu lassen. Hierin spiegeln sich sicherlich die unterschiedlichen Klischees, auch was die DDR anbetrifft, wider, aber es zeigt zumindest die durchaus gespaltene Situation im Westen. Eines ist sicherlich auch richtig: Die Reaktion auf den einzelnen, auf die Person des Übersiedlers war überwiegend positiv, denn 1985 stimmten 59 % der Bundesbürger der Aussage zu, jeder sollte den Übersiedlern helfen, wo er nur kann. Dies steigerte sich dann bis 1989 auf 75 %, sicherlich befördert auch durch die positive Medienberichterstattung und damals durch die Sensibilisierung für die Vorgänge in der DDR. Gleichzeitig herrschten aber auch relativ diffuse Ängste vor, zum einen vergleichsweise konkret den eigenen Arbeitsplatz betreffend. Das war eine Befürchtung, die insbesondere Mitte der achtziger Jahre doch von erheblicher Relevanz war. Auch eine eher diffuse Furcht vor Spionen, die möglicherweise im Zuge dieses Ausreisestroms dann von den DDR-Behörden in den Westen eingeschleust würden, gab es. Diese Befürchtung teilte fast jeder zweite Bundesbürger; sie nahm allerdings mit der Zeit deutlich ab.

Die dem einzelnen gegenüber positive Resonanz äußerte sich auch darin, daß sich die Übersiedler – die meisten zumindest – von Anbeginn an vergleichsweise heimisch fühlten. Dies traf insbesondere für Ältere zu, die sich sicherlich intensiver auf die Übersiedlung vorbereiteten. Zwei Drittel der Übersiedler – 1984 waren es etwas weniger – stimmten dieser Aussage zu. Und die Übersiedler hatten auch durchweg, oder zumindest mehrheitlich, positive Erfahrungen mit dem Empfang durch die Bundesbevölkerung gemacht, 60 % durchweg positive, 39 % insgesamt positive, allerdings durchmischt auch mit negativen. Die Hoffnungen wurden – so ein Fazit nach dreimonatigem Aufenthalt – bereits bei 70 % als voll erfüllt angesehen, trotz der Schwierigkeiten auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt; allerdings bei 56 % galt dies mit Einschränkungen. Aber nur 4 % meinten, die Erwartungen hätten sich nicht erfüllt. Es gab auch auf eine weitere Frage nur jeder zehnte an, er habe es zumindest einmal schon bereut, aus der DDR weggegangen zu sein; das war 1989, als sich schon die dramatischen Veränderungen in der DDR langsam abzeichneten. Die Gründe waren allerdings weniger objektiver Natur, was die neue Situation in der Bundesrepublik anbetraf – Arbeitsplatz- und Wohnungssuche –, sondern emotionale und psychische Probleme, vor allen Dingen der Verlust an Freunden, an Verwandten in der DDR.

Ich werde jetzt noch einmal auf die Reaktionen seitens des Staates der DDR, soweit sie uns von den Übersiedlern in den Befragungen berichtet wurden, eingehen.

Wie eingangs erwähnt, wurde die Ausreisewelle immer als Bedrohung seitens der SED angesehen, die es einzudämmen galt. Und hierzu wurden auch

entsprechende Mittel angewandt. Eines war für sämtliche Übersiedler eine völlig normale Erfahrung und auch eine entsprechende psychische Belastung: die Rechtsunsicherheit, die völlige Unsicherheit, ob, und wenn ja, wann die Ausreise genehmigt würde. Die Genehmigung erfolgte sehr kurzfristig. Man war gezwungen, sozusagen auf gepackten Koffern zu sitzen, alles schon für die Ausreise vorbereitet zu haben, um im Falle der Zustimmung dann Hals über Kopf die DDR zu verlassen. Zwischen Ausreiseantrag und Genehmigung lagen sehr viele Vorladungen bei Behörden. Herr Geiger hat auch schon erwähnt, alle möglichen gesellschaftlichen Kräfte wurden mit eingesetzt, um im Vorfeld, zumindest am Anfang, die Antragsteller von ihrer Antragstellung wieder abzubringen, was eher in den selteneren Fällen gelang. Häufig wurde es auch mit Pressionsversuchen probiert, mit Hinweisen auf Schwierigkeiten am Arbeitsplatz, noch perfider auf Schwierigkeiten, die Anverwandte, Kinder in der Ausbildung zu befürchten hätten und die auch durchaus vollzogen wurden. Sanktionen im beruflichen Bereich gehörten für die Antragsteller fast schon zum Normalfall. Jeder zweite berichtete von Entlassungen, von Umsetzungen innerhalb des Betriebs, in der Regel natürlich verbunden mit Schlechterstellungen finanzieller oder sonstiger Art. Aber damit hatte es nicht sein Bewenden. Die Übersiedler berichteten auch von weiteren Schikanen – Post- und Telefonüberwachungen, Hausdurchsuchungen, Wahlverbot, Verschlechterung der medizinischen Versorgung. Wie weit bisweilen gegangen wurde, wird jetzt erst langsam nach Durchsicht der MfS-Akten deutlich.

Wie reagierte nun die DDR-Bevölkerung auf die Übersiedler? Hatte die Propaganda der SED Erfolg, hier einen Keil zu treiben? Ganz offensichtlich nicht. Es äußerten 1984 56 % volles Verständnis. Kein Verständnis hatten damals nur 14 %. 1989 äußerten sogar 66 %, zwei Drittel, ihr Verständnis für die Antragsteller. Die Darstellung der SED, hier handele es sich eher um Querulanten, die Probleme auch im Westen bereiten würden, wurde nur von 14 % geteilt. Ansonsten wußte die übrige Bevölkerung in der DDR sehr wohl über die Motivlage der Übersiedler Bescheid. Die von ihnen innerhalb der indirekten Befragungen angeführten Motive deckten sich weitgehend mit den Motiven, die auch die Übersiedler als ausschlaggebend angegeben hatten. Es waren insbesondere politische Motive, Bevormundung, Gängelung durch den Staat und auch etwas, was jeder DDR-Bürger natürlich schmerzlich selbst erfuhr –, die begrenzten Reisemöglichkeiten und die unzulängliche Versorgung. Familienzusammenführung war auch aus Sicht der DDR-Bevölkerung eher ein weniger wichtiges Motiv.

Über die Zeit – und das war sicherlich für die DDR-Behörden sehr besorgniserregend – nahm die Zahl der Antragsteller trotz eben erfolgter zahlreicher Ausreisen nicht ab, sondern blieb zumindest auf gleichem Niveau. In unseren Erhebungen hatten wir immer einen Anteil von knapp 5 %, die angaben, einen Ausreiseantrag selbst bereits gestellt zu haben. Vor allen Dingen nahm

die Zahl derer zu, die erwogen, einen Antrag auf Ausreise zu stellen, trotz der Schikanen, die durchaus bekannt waren. Diese Anteilswerte lassen sich jetzt nicht so ohne weiteres hochrechnen, da gibt es sicherlich methodische Beschränkungen. Aber wir rechneten damals schon damit, daß es eher Hunderttausende von Anträgen waren, die den DDR-Behörden zur Entscheidung vorlagen, und nur ein Teil wurde pro Jahr genehmigt. Für die zurückbleibende DDR-Bevölkerung war das insofern sehr schmerzlich, weil es sich – wie Richard Schröder erst kürzlich in einem Beitrag eher etwas zurückhaltend formulierte – ja nicht um die Schlechtesten handelte bei den Aussiedlern. Es waren eben grade wirtschaftlich sehr leistungsorientierte Personen, es waren auch politisch sehr aktive Personen. Die politische Opposition wurde sicherlich des öfteren sehr geschwächt durch die Ausreisen. Aber auf der anderen Seite war offensichtlich das, was die ausreisenden Übersiedler hinterließen an Eindrücken, an schmerzlichen Verlusten, ein andauernder Stachel im Fleische der DDR.

Abschließend ein Fazit zuerst aus bundesdeutscher Sicht: Bei den Übersiedlern handelte es sich in der Regel um flexible, hochmotivierte und auch sehr integrationswillige Personen, die aus arbeitsmarktpolitischer Sicht sehr begehrt und willkommen waren. Wer immer die Gelegenheit hatte, damals im Sommer 1989 in Gießen die ankommenden Flüchtlinge dort selbst zu treffen, die Situation in Gießen mitzuerleben, wird dies bestätigen: manchmal glich die Situation dort einem orientalischen Arbeitsmarkt. Arbeitgeber aus allen Teilen der Bundesrepublik reisten an, zum Teil mit Wohnmobilen. Die Zimmerleute in ihren Trachten suchten dort unmittelbar vor Ort nach Kollegen, nach neuen Mitarbeitern. Besonders gefragt waren Handwerker damals, Krankenschwestern, Gesundheitspersonal. Das war damals sehr beeindruckend. Die Bundesbevölkerung reagierte, wie wir gesehen haben, eher etwas gespalten, war allerdings gegenüber den Übersiedlern selbst sehr positiv gestimmt. Und eines war vor allen Dingen auch wichtig: Die Übersiedler – und das gilt sicherlich nicht erst seit 1984 – trugen immer auch zu einer Sensibilisierung und Schärfung des Blicks für die Situation in der DDR und letztlich dazu bei, daß die Verbindungen zwischen Deutschen in Ost und West sehr aktiv und lebendig wurden.

Zum Abschluß noch ein Fazit aus DDR-Perspektive: Der permanent hohe Ausreisedruck war natürlich ein sehr sinnfälliges Symbol für die Unzulänglichkeiten der DDR. Die Versuche, hier über die Ausreisewelle Politik, auch Innenpolitik zu machen, den politischen Druck etwas zu beeinflussen, ihn abzuschwächen, einen Keil zwischen die Bevölkerung und die Ausreisenden zu treiben, ist offensichtlich mißlungen.

Ich will abschließend einen Abschnitt zitieren, den wir 1988 in unserem zusammenfassenden Bericht für das innerdeutsche Ministerium zur Situation im Zusammenhang auch mit den Ausreisezahlen in der DDR Ende 1988

abfaßten. „Es gibt deutliche Anzeichen für eine negative Entwicklung des politischen Klimas in der DDR. 33 % der in die DDR fahrenden Besucher aus der Bundesrepublik wollen eine gegenüber ihrem letzten Besuch größer gewordene Unzufriedenheit in der DDR-Bevölkerung gegenüber den politischen Verhältnissen im eigenen Land bemerkt haben. Hinzu kommt eine trendumkehrende Bewertung der wirtschaftlichen Situation, die sowohl in den Aussagen der bundesdeutschen Besucher als auch in denen ihrer Gesprächspartner aus der DDR deutlich wird. Aufgrund der Addition politischer und wirtschaftlicher Schwierigkeiten dürfte der DDR im kommenden Jahr ein schwieriges 40jähriges Jubiläum ihrer Staatsgründung bevorstehen.“ Dies hat sich nun in einem Ausmaß bewahrheitet, das auch für uns etwas überraschend kam. Wir waren vielleicht ein bißchen besser darauf vorbereitet. Darin wird deutlich, daß die Übersiedler, die Ausreisenden einen sehr wichtigen Anteil hatten an dem letztlichen Zusammenbruch der DDR, teils durch die unmittelbaren wirtschaftlichen und politischen Wirkungen, teils durch die indirekten Wirkungen, die sie in der Bevölkerung, auch unter den Zurückbleibenden hinterlassen haben. (Beifall – Hinweis: Tabellen im Anhang)

Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse: Vielen Dank Ihnen, Herr Hilmer, für diesen Überblick über die Gesamtsituation. Ich muß gestehen, es überrascht mich, wie sehr ein normaler, durchschnittlicher Bundesbürger oder eine Bundesbürgerin wie ich tatsächlich einen solchen Eindruck, wie Sie ihn hier vermittelt haben, auch eigentlich schon in den Begegnungen mit Übersiedlern gewinnen konnte. Vieles von dem, was Sie vorgetragen haben, entsprach dem Eindruck, den ich als Normalbürger auch hatte. Herr Prof. Ronge, nun werden Sie uns berichten, wie die Integration der Übersiedler in der Bundesrepublik verlief.

Prof. Dr. Volker Ronge: Meine Damen und Herren, die Themenvorgabe an mich reduziert sich auf die Integration von aus der DDR ausgereisten, in die alte Bundesrepublik übergesiedelten bzw. geflohenen Personen. Ich will gleich deutlich machen – das hat etwas mit Integration zu tun –, daß ich nicht – ausdrücklich nicht – auf die Sonderkategorie der freigekauften Häftlinge eingehen werde. Diese sind auch hinsichtlich der Integration ein besonderer Fall und gehören deshalb nicht in den grundsätzlichen Gesamtzusammenhang, obwohl sie in dem Zusammenhang registriert werden. Aber das ist ein anderes Problem.

In zeitlicher Hinsicht geht es um die Migration vor der – oder bis zur – Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten, nicht um die „Binnenmigration“ danach. Das heißt selbstverständlich nicht, daß dieser wanderungsbezogene Zeitschnitt auch für die Integrationsprozesse Gültigkeit hat.

Es ist wichtig zu betonen, daß – aus heutiger Perspektive – es sich hinsichtlich der Migration von DDR-Bürgern nach Westdeutschland um ein historisches

Thema handelt, während deren Integration, zumindest theoretisch, durchaus noch ein aktuell-soziologisches Thema abgeben kann oder könnte.

Für das Thema der Integration der – auf welche Weise auch immer – in den Westen gelangten ehemaligen DDR-Bürger hat man sich – und das ist wohl auch eine wichtige Erkenntnis – im Westen relativ wenig interessiert. Das gilt für die öffentliche inklusive politische Aufmerksamkeit ebenso wie für die wissenschaftliche Beachtung und Beobachtung. Andererseits gab es sozusagen still funktionierende administrative Eingliederungshilfen, die überkommen waren aus der Nachkriegszeit und entstanden waren aus der Vertriebenenintegration. Wegen dieser relativ geringen Aufmerksamkeit – öffentlich, politisch, wissenschaftlich – sind auch unsere sozialwissenschaftlichen Wissensbestände zu diesem Thema bescheiden.

Warum hätte man in der Integration der DDR-Zuwanderer auch ein besonderes, untersuchungsbedürftiges oder -wertes Problem sehen sollen? Es waren ja – nach über die gesamte Trennungszeit hinweg aufrechterhaltener westlicher Doktrin – „Deutsche“, die da gekommen waren – rechtlich, ethnisch, sprachlich, kulturell: somit Zuwanderer von besonders privilegiertem Charakter, wenn man die anderen Zuwanderungstypen der Zeit zum Vergleich nimmt, das heißt „volksdeutsche“ Aussiedler aus Osteuropa und insbesondere Asylbewerber aus „aller Herren Länder“. Mit diesem privilegierten Status der Übersiedler waren alle staatsbürgerschaftlichen und, vor allem, die diversen sozialstaatlichen Rechte und Leistungsansprüche verbunden. Was sollte es auf dieser Basis für Integrationsprobleme der Deutschen „von drüben“ im Westen geben?!

Meine eigene Forschung auf diesem Gebiet stand dadurch im Gegensatz zur genannten allgemeinen Auffassung, daß sie die Hypothese von Integrationsproblemen der Übersiedler trotz ihres privilegierten Status vertrat, von Problemen, die, kurz gefaßt, daraus resultierten, daß ihr in der DDR erworbenes primäres „Sozialisationsgepäck“ sowie das migrationsbedingte Verhalten in erheblicher Spannung zu den gesellschaftlichen Bedingungen in Westdeutschland standen. Ich bin also von divergenter Gesellschaftlichkeit mit entsprechenden Sozialisationsfolgen in den beiden deutschen Nachkriegsstaaten ausgegangen, die im Migrationsfall zusammentrafen und kollidieren mußten.

Auch wenn sich mein Vortrag auf möglichst empirische Informationen „zur Sache“ konzentrieren soll, muß ich ein paar analytische und theoretische Bemerkungen vorwegschicken, die das begriffliche Konzept von „Integration“ skizzieren. Warum? Nun, wie soll man über Integration reden, wenn Desintegration nach Auffassung vieler Soziologen den Normalzustand der Gesellschaft bildet? Worüber redet man dann eigentlich? Was heißt dann überhaupt „Integration“? Welches Anspruchsniveau verfolgt man mit Integration? Deshalb also ein paar Bemerkungen dazu vorab.

Integration im Gefolge gesellschaftsüberschreitender Migration läßt sich als spezieller Fall, nach dem Vorbild von Sozialisation begreifen. Es geht dabei um die „Einpassung“ von Menschen in komplexe soziale Kontexte dergestalt, daß die Bedürfnisse der Gesellschaft einerseits und die Interessen des Individuums andererseits miteinander vereinbart und möglichst optimiert werden. Zwei wesentliche Komplizierungen entstehen dabei dadurch, daß erstens der Immigrant bereits in einer anderen Gesellschaft vorsozialisiert wurde, ein „fremdes Sozialisationsgepäck“ mitbringt, und zweitens die aufnehmende Gesellschaft bzw. Bevölkerung sich meistens zu einem autochthonen, eigenen „Mitglied“ anders, und zwar positiver, stellt als zu einem zugewanderten, „fremden“. Und dies gilt auch im Falle gleicher „Volkszugehörigkeit“.

Moderne Gesellschaften, in die Individuen zu integrieren sind, sind hochkomplexe, vieldimensionale Gebilde – und dementsprechend läßt sich Integration differenzieren. Für die moderne westliche Gesellschaft ist zuallererst die grundlegende Unterscheidung zwischen einer Mehrzahl von ausdifferenzierten „sozietalem“, gesellschaftlichen Funktionssystemen (Wirtschaft, Politik, Recht, Wissenschaft, Bildungswesen, Medien usw.) einerseits und andererseits der sogenannten Lebenswelt zu berücksichtigen, der Lebenswelt, in der sich die kleinräumige individuelle Alltagssphäre mit gewachsenen Traditionen und Normen in sozialen „Milieus“ bildet. Mit dieser Differenzierung zwischen gesellschaftlichen Großsystemen und kleiner Lebenswelt korrespondiert eine Unterscheidung von zwei Dimensionen der Integration, nämlich Systemintegration und Sozialintegration. Und in diesen beiden Dimensionen kann sich durchaus Unterschiedliches bis hin zu Gegensätzlichem ergeben. Sie verstehen jetzt, warum ich diesen Exkurs zum Integrationsbegriff und zur Integrationsstheorie unternehmen muß. Es bedarf aber noch mehr an notwendiger analytischer Differenzierung dessen, was dann empirische Daten sind.

Soziale Integration im weitesten Sinne bezeichnet immer eine Relation oder Beziehung: zwischen dem zugewanderten Individuum und der dieses „aufnehmenden“ Gesellschaft, wobei die Rolle und Bedeutung beider Seiten je nach Migrationskonstellation variieren kann. Von daher – aus dieser Relation heraus – wird der einzelne Integrationsfall auch von zwei unterschiedlichen Faktorensätzen bestimmt, hinsichtlich der Integrationsbedingungen ebenso wie hinsichtlich von Erfolg und Mißerfolg.

In diese Differenzierung von zwei Seiten in der Integrationsbeziehung ist die angesprochene dimensionale Unterscheidung von Systemen und Lebenswelt aufzunehmen. Die Gesellschaft differenziert sich dann in einerseits systemische und andererseits lebensweltliche Aufnahmebedingungen; im ersten Fall geht es um Ansprüche, Rollen usw., im zweiten Fall geht es um Einstellungen und Verhalten von Menschen, nämlich der aufnehmenden Bevölkerung. Aufseiten der Aktivitäten des Integranden-Individuums sind parallel dazu seine

systembezogenen Rollen und Funktionen einerseits und seine lebensweltlich-ganzheitliche Individualität andererseits zu unterscheiden.

Der systemische Teil des Soziallebens – und mithin der Integration – ist bestimmt durch relativ autonome Funktionssysteme (Recht, Wirtschaft, Politik, Medien usw.). Diesen entsprechend lassen sich Integrationsbereiche unterscheiden und relativ separat voneinander beobachten, mit denen der Integrand immer nur partiell „in Kontakt kommt“. Da spielen eine Rolle:

- die Sprach-, das heißt Kommunikationskompetenz,
- der Rechtsstatus inclusive des Sozialrechtsstatus,
- das Wohnen,
- das Arbeiten,
- gegebenenfalls die Bildungsbeteiligung,
- die Politikpartizipation.

Die Lebenswelt – und mithin die Sozialintegration – ist demgegenüber eher ganzheitlich gestaltet, also nicht entsprechend differenziert. Sie läßt sich nur in erheblich geringerem Maße unterteilen in einerseits soziale Kontaktdichte und andererseits individuelle, pauschale Zufriedenheit der Integranden.

Schließlich und letztens: Die soziale Integration ist ein Vorgang, der Zeit kostet und sich über Zeit entwickelt. Weil das so ist, bildet die Zeitachse als solche für die Integration eine ganz zentrale Variable. Bezogen auf das Integranden-Individuum lassen sich unterschiedlich dimensionierte Integrationsfristen oder -zeiträume unterscheiden. Man kann unmittelbar nach dem Migrationsfall, also wenige Tage, Wochen oder meinetwegen auch Monate danach ansetzen. Man kann eine längere Perspektive über einige Jahre betrachten. Und man kann schließlich auch die ganze Biographie ins Auge fassen. Dann gibt es in der Integrationsforschung darüber hinaus sogar noch eine Perspektive, die über mehrere Generationen hinweg geht und so das Einzelindividuum, den eigentlichen Migranten, transzendiert.

Für derartig unterschiedliche zeitliche Perspektiven ergeben sich natürlich ganz unterschiedliche Muster von Integration, ganz unterschiedliche Beurteilungen dessen, was eigentlich „Integration“ heißt usw. Weil das so ist, ist es wichtig, diese Unterscheidung zu bedenken. Um ein Beispiel zu nennen: Wenn Sie biographieübergreifend Generationen von Migrationen betrachten, dann spielt eine zentrale Rolle das Heiratsverhalten: ob man aus der Migrationsethnie in die aufnehmende Gesellschaft hineinheiratet oder nicht. Aber das ist erst ein Problem in einer generationalen Integrationsperspektive, während es in einer Perspektive von wenigen Wochen oder Monaten ein absolut abwegiges Problem wäre, diesen Indikator für Integration zu wählen.

Hinsichtlich der Erforschung von Integrationsprozessen gibt es viele Faktoren, die sich darauf auswirken, welche dieser genannten Integrationsspannen als erforschungsbedürftig oder -wert angesehen werden. Es gibt

ein sehr interessantes Beispiel in diesem Zusammenhang, nämlich die Vertriebenen-Integrationsforschung, also die Ost- oder Heimatvertriebenen-Integrationsforschung, die nach einer langen Pause von mehreren Jahrzehnten kürzlich von Historikern wieder aufgenommen wurde. Aber das wird dann natürlich eine etwas andere Integrationsforschung als diejenige, wie sie Soziologen unmittelbar unternehmen würden. Man kann jedoch aus diesem Beispiel ersehen, daß ein an sich totes, wissenschaftlich gesehen uninteressantes Thema dann irgendwann wieder aufkommen kann, möglicherweise in ganz anderen Bezugssystemen und Kontexten.

Für die DDR-Übersiedler und -Flüchtlinge kann es natürlich langfristig ansetzende Integrationsforschungen heute noch gar nicht geben. Vermutlich wird es sie aber auch mangels zahlungswilligen Interesses der Gesellschaft überhaupt niemals geben.

Diejenigen Untersuchungen, die es gibt und auf die ich mich im Folgenden dann beziehe, betreffen sämtlich Übersiedler aus der Endphase der DDR – etwa seit der Übersiedlerwelle 1984 –; es handelt sich also um Zuwanderer mit Integrationsbiographien von immerhin schon einigen, andererseits aber doch nur wenigen Jahren. Selbst in diesem Untersuchungsbereich gibt es nur wenige Forschungen, die einen längeren zeitlichen Atem hatten, die über die ersten Übertrittserlebnisse hinausgingen, die also insbesondere den Ausreisestreß, den Westkonsumschock usw. wiedergaben.

Nach diesem integrationstheoretischen Exkurs muß ich, bevor ich zum Empirischen komme, noch einen soziographischen Einschub machen. Ich denke, er wird Ihnen genauso einleuchten wie mein Theorie-Umweg.

Die Zeitdimension spielt nicht nur für den Integrationsprozeß eine Rolle, sondern auch noch im Hinblick auf die Soziographie der Wanderungsbewegung: Die Zuwanderer aus der DDR bilden nicht nur – das wäre trivial – eine komplexe Kategorie, eine statistische Gruppe von Individuen mit großer Varianz; sie migrierten – und das ist wichtiger – auch über einen längeren Zeitraum hinweg, das heißt individuell zu unterschiedlichen Zeitpunkten. Mit dieser Zeitlichkeit des Wanderungsgeschehens sind nun aber Veränderungen verbunden, die sich auf die Integration auswirkten, und zwar gelten diese Veränderungen für beide Seiten der Integration – die Aufnahmesituation, z. B. die Wirtschaftslage oder die Zuwanderungskonkurrenz in der westdeutschen Gesellschaft, und andererseits die Aufnahmebereitschaft in der Bundesrepublik, und außerdem gelten die Veränderungen über Zeit auch für die Soziographie und Motivlage der Zuwandererpopulation.

Je nachdem, welchen Migrations-Zeitraum, welchen sozioökonomischen Kontext und welche dazugehörigen Migranten man ins Auge faßt, stellt sich das Integrationsgeschehen unterschiedlich dar: Wenn man die gesamte Epoche der deutschen Teilung, die Migration der gesamten Nachkriegszeit betrachtet, dann gilt anderes, als wenn man z. B. nur bis zum Mauerbau zurückgeht oder gar

nur bis zur ersten Übersiedlerwelle 1984 oder wenn man noch kurzfristiger nur auf die Migrationsbewegung um die Wende herum eingeht.

Man muß aber noch einmal konstatieren, daß es allerdings Integrationsuntersuchungen von DDR-Zuwanderern praktisch erst nach – und wegen – der Übersiedlerwelle 1984 gegeben hat. Nur darüber kann ich deshalb auch berichten.

Die DDR-Zuwanderer – das wurde bereits erwähnt – wurden im Westen im administrativen Zusammenhang des Bundesnotaufnahmeverfahrens, das noch aus der Nachkriegszeit stammte, relativ genau registriert. Über die Migration haben wir deshalb – im Unterschied zur Integration – beste, nämlich amts-statistische Kenntnis.

Diese Registratur machte – aus Gründen, auf die es hier nicht ankommt – Unterschiede insbesondere zwischen Flüchtlingen und Übersiedlern aus der DDR. Übersiedler verließen die DDR – anders als Flüchtlinge – in einem legalen „Ausreiseverfahren“. Für die Integrationsanalyse ist diese Unterscheidung eher nebensächlich. So ist z. B. meistens das Übersiedlerschicksal viel härter gewesen als – wie man aus der Begrifflichkeit entnehmen könnte – das Flüchtlingsschicksal, denn beim Flüchtlingsschicksal ging es – mit den wenigen Ausnahmen der Sperrbrecher – in der Hauptsache um Rentner, die von einer Westreise nicht mehr zurückgingen und insofern illegal die DDR verlassen haben. Sie als Flüchtlinge zu bezeichnen, assoziiert etwas völlig Falsches. Umgekehrt hat es bei den Übersiedlern in der Regel ein langes, mühevolleres Ausreiseantragsverfahren gegeben, so daß deren Schicksal entgegen dem Wort, das so neutral klingt, in der Regel wesentlich schlimmer, wesentlich unangenehmer, belastender gewesen ist. Von daher also hilft diese Unterscheidung mit den Assoziationen, die sie hervorruft – Flüchtlinge und Übersiedler –, für die Integration gar nichts, im Gegenteil, sie ist eher irreführend. Bis zur ersten Übersiedlerwelle 1984 handelte es sich bei den Übersiedlern meistens um Personen im Rentenalter, die deshalb nicht mehr ins Arbeitsleben integriert zu werden brauchten. 1984 änderte sich das grundlegend. Und das war auch der Grund, warum man sich plötzlich in der Forschung dafür interessierte.

Für die Fragestellung der Integration sind nun Wirtschaft, Arbeit, Einkommen von herausragender Bedeutung. Deshalb sind solche Übersiedler von Interesse, die noch in den Arbeitsmarkt im Westen integriert werden wollten oder mußten. Von daher, weil ein großer Anteil solcher Übersiedler erst 1984 zum erstenmal kam, bildet das Jahr 1984 auch die Zäsur im Hinblick sowohl auf die DDR-Migration als auch auf die Integration.

Ich werde jetzt zu den, wie gesagt, bescheidenen empirischen Erkenntnissen zur Integration der DDR-Zuwanderer kommen. Weil ich sie in Thesenform vortrage und damit auch anzeige, wie eklektisch unser Wissen darüber ist, will ich einige wenige resümierende Feststellungen vorausschicken, um den Frustrationen des selektiven Wissens vorzubeugen.

- Die DDR-Zuwanderer bilden heute in Westdeutschland keine soziale Problemgruppe; hinter dem Thema verbirgt sich kein soziales Problem. Diesem politischen oder soziologischen Zustand entspricht eine, von wenigen Ausnahmen abgesehen, wissenschaftliche Nichtbefassung mit diesem Thema.
- Dieses Resümee kann drei Erklärungen finden, die wahrscheinlich sämtlich zutreffen: (1) Die Integration der DDR-Zuwanderer ist tatsächlich weitgehend erfolgreich gelungen. (2) Bestehende Integrationsprobleme werden individualisiert getragen und abgearbeitet. Beide Erklärungen zusammen führen zur sozialen Unauffälligkeit der DDR-Zuwanderer, wie sie heute tatsächlich gegeben ist. (3) Der „issue“, das Thema der DDR-Zuwanderung bzw. die Gruppe der Zuwanderer, wurde auf der öffentlichen Agenda durch andere Probleme bzw. Problemgruppen verdrängt. Kurz und inhaltlich: a) Die Wiedervereinigung mit der „ganzen DDR“ hat die „kleine Vereinigung“ mit den DDR-Zuwanderern überlagert. b) Andere Zuwanderergruppen, insbesondere die Asylbewerber, werden – zu Recht, meines Erachtens – als wesentlich „problemhaltiger“ angesehen als die DDR-Zuwanderer und haben diese in der öffentlichen Aufmerksamkeit verdrängt. Denken Sie nur an die Asyldebatte im Jahre 1993.
- Retrospektiv muß außerdem konstatiert werden, daß die Integration der DDR-Zuwanderer eigentlich zu keinem Zeitpunkt ein größeres soziales Problem gewesen ist – was nicht heißt, daß es nicht Integrationsprobleme gegeben hat. Diese haben nur keinen gesellschaftlichen Handlungsbedarf provoziert und auch nur bescheidene öffentliche Aufmerksamkeit erregt.
- Soweit Forschungen zur DDR-Zuwanderer-Integration tatsächlich unternommen wurden, bildeten Problemfälle die empirische Ausnahme. Das kann natürlich mit einer selektiven Auswahl der Probanden zusammenhängen, sozusagen der Nichterfassung der Dunkelziffer. Wahrscheinlich ist dies allerdings nicht, jedenfalls wenn man die längerfristigen Integrationsprozesse in Rechnung stellt.
- Um einen sehr harten Indikator herauszugreifen, nenne ich Rückwanderungen von DDR-„Ausreisern“ als Ausdruck gescheiterter Integration im Westen. Sie hat es nur ganz vereinzelt gegeben, und selbst aus den Stasi-Akten kann man entnehmen, wie vereinzelt dieser Fall vorgekommen ist. Die hochinteressante Frage, ob ehemalige Übersiedler – in erheblichem Umfang – nach der Wende in die neuen Länder rückgewandert sind, läßt sich leider aus der amtlichen Statistik nicht beantworten. Ich selbst – aus meinen persönlichen Forschungserfahrungen – glaube das eher nicht.

Den jetzt folgenden detaillierten empirischen Aussagen ist noch eine methodische Bemerkung vorzuschicken: Die soziale Integration der Zuwanderer wird in der Forschung zu Recht nicht mit einer einzigen Skala bewertet, also gering oder stark integriert, gut oder schlecht, mehr oder weniger erfolgreich

usw.. Warum das so ist, hat sich aus dem ergeben sollen, was ich zur Differenziertheit des Prozesses der Integration dargestellt habe. Statt dessen werden in der Forschung komplexe, mehrdimensionale Typen der Integration gebildet und unterschieden, in denen sich Kombinationen aus sozialem Statusgewinn bis -verlust, Berufskarriere, Wohnungsniveau, sozialer Kontaktdichte, Zufriedenheit, Einstellung zur eigenen Übersiedlungsentscheidung usw. „verstecken“ und verdichten. Statt einer skalaren Bewertung von Integration herrscht also ein typologisches Konzept vor. Es gibt Typen von Integration, es gibt nicht eine einzige Skala von gut oder schlecht, stark oder wenig integriert.

Um ein Beispiel aus der Literatur zu solcher Typologie zu nennen: In einer Arbeit wurden drei empirisch gefundene Typen der Integration unterschieden:

1. Der „Pionier“, der systemisch, insbesondere in der Arbeitswelt, sehr gut, vielleicht sogar überintegriert ist, in der Lebenswelt dagegen weniger bis gar nicht. Das ist also der Fall, den ich im Zusammenhang mit meiner eigenen Hypothesenbildung geschildert habe: gute Integration in den materiellen Bereichen von Wohnung bis Arbeitswelt, Einkommen, Karriere, um den Preis relativ schlechter Integration in der sozialen Lebenswelt, wo es um Kontakte im Alltag, im kleinen sozialen Bereich, geht.
2. Der „Normalverbraucher“ – der Begriff ist sicher nicht schön –, gemeint sind Übersiedler mit mittlerem Niveau der Integration in die Arbeitswelt und einigermaßen hohem Niveau der Integration in die Lebenswelt.
3. Der „Verlierer“, dem die Integration in die Arbeitswelt nicht gelungen ist, was sich zugleich negativ auf die Sozialintegration auswirkt.

Das war die letzte methodische Bemerkung dazu, wie man Integration überhaupt messen kann: also typologisch.

Meine wenigen Thesen im einzelnen zur Integration:

1. These: Die DDR-Zuwanderer bildeten eine Elite-Auswahl der DDR-Bevölkerung. Das hatte positive Folgen für ihre Integrationschancen und ihre Integration.

Schon die ersten soziographischen Übersiedler-Untersuchungen nach 1984 haben gezeigt, daß es sich bei den Zuwanderern nicht um einen repräsentativen soziographischen und erst recht nicht um einen mentalen Querschnitt der DDR-Bevölkerung gehandelt hat. Ihre soziographische und mentale Charakteristik – Jüngere mit guter, meist technischer oder handwerklicher Berufsqualifikation, relativ hoher Akademikeranteil, aufstiegsorientiert, ich-stark, verzicht- und risikobereit, ausreiseverfahrgestählt – hat sich natürlich positiv auf die Integration im Westen ausgewirkt. Zum Teil trafen diese Übersiedler mit dieser Charakteristik sogar auf regelrechte Arbeitsmarktnachfrage in einer arbeitsmarktmäßig relativ schlechten Situation Mitte der achtziger Jahre. Insbesondere wurde – jedenfalls von vielen Arbeitgebern – die Kombination von

hoher Qualifikation – insbesondere technisch-gewerbliche Qualifikation – mit im Westen fast verschütteten Arbeitstugenden hochgeschätzt.

In diesem Zusammenhang sind zwei für die Übersiedler der „ersten Generation“ fast charakteristische Faktoren hervorzuheben, die positiv mit ihren Integrationschancen korreliert haben: ihre hohe berufliche Flexibilität, wozu insbesondere auch Lernbereitschaft, Weiterbildungsbereitschaft gehört, und ihre hohe regionale Mobilität.

Die in diesem Sinne elitäre Auswahl der DDR-Zuwanderer hat sich zwangsläufig – das ist mit Eliten so – mit der Zeit bzw. mit dem immer weiteren Nachschub abgeschwächt, mit natürlich negativen Konsequenzen für die Integrationschancen derer, die später kamen.

Allerdings wirkte sich kompensativ seit Mitte der achtziger Jahre die kontinuierliche Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in Westdeutschland mit ihrer verstärkten Arbeitskräftenachfrage aus. Pointiert formuliert: Die ersten Übersiedler – Mitte der achtziger Jahre – wurden beruflich integriert, schnell integriert, weil sie eine Elite darstellten. Die späteren Übersiedler – Ende der achtziger Jahre – wurden, in viel größerer Zahl übrigens, integriert, obwohl sie keine Elite mehr darstellten, weil inzwischen die wirtschaftliche Lage sich deutlich verbessert hatte und entsprechende Arbeitsmarktnachfrage bestand.

2. These: Sie bezieht sich auf das individualistisch-aktive Integrationsverhalten der DDR-Übersiedler und dessen Folgen für Geschwindigkeit und Erfolg der Integration. Durchaus anders als im Falle ausländischer Immigrationsbewegungen, bei denen soziale Netze und Ketten eine wichtige Rolle bereits für die Migration und dann auch für die Integration spielen, erfolgte die Übersiedlerbewegung vornehmlich individualisiert, wenngleich häufig im vorübergehenden Kleinfamilienkontext. Dafür gibt es Gründe; hier kommt es aber nur auf die Integrationseffekte an: Ein erheblicher Teil der Übersiedler betrieb geradezu die eigene Integration mit großer Aktivität. Diese Integrationsarbeit wurde bereits vor der Migration begonnen. Die Ausreisearbeits-Wartezeit war eine hervorragende Phase der Vorbereitung auf die spätere Integrationsaufgabe, sowohl mental als auch z. B. qualifikatorisch. Es gab nicht wenige Fälle, wo Übersiedlereltern ihre Kinder in der DDR Englisch lernen ließen, weil man das im Westen für die spätere Integration brauchte, statt Russisch. Die häufig geradezu frappierenden und auch beneideten Erfolgsgeschichten der Integration von vielen Übersiedlern sind zum guten Teil genau auf dieses besonders hohe Integrationsengagement zurückzuführen.

Übrigens hängt es auch mit diesem strukturellen Aspekt der Übersiedlerbewegung, also der individualisierten Migration, zusammen, daß sich praktisch keine „Vereinigungen ehemaliger DDR-Bürger“ gebildet haben – etwas, was angesichts der Quantitäten durchaus nahegelegen hätte. Die einzige relevante Vereinigung ist eine solche ehemaliger Häftlinge. Aber der Normalübersiedler,

über den ich hier spreche, hat ein derartiges Vereinigungsinteresse nicht entwickelt.

3. These: Sie betrifft die Divergenz zwischen System- und Sozialintegration in dem von mir geschilderten Sinne. Ich selbst habe aufgrund der methodisch wohl aufwendigsten Untersuchung zur Übersiedler-Integration, die es bis heute gibt und die mit einem Panel immerhin fünf Integrationsjahre von Übersiedlern der Welle von 1984 abgebildet hat, die These eines häufigen Auseinanderklaffens von guter systemischer und problematischer lebensweltlicher Integration behauptet. Ich will das hier nicht weiter ausführen, es ist dann auch in einer anderen Untersuchung – jedenfalls teilweise – bestritten worden. Ob diese Problemlage heute noch zutrifft, weiß ich nicht; die „Integrationsstrecke“ hat sich inzwischen ja erheblich verlängert.

Aber ein wichtiger und häufig übersehener Punkt der integrationssoziologischen Bedeutung meiner These liegt darin, daß die Sozialintegration von den Übersiedlern, gerade von den häufig ausgesprochen individualistischen Übersiedlern, individuell erlebt und verarbeitet wird. Problemlagen, Problemerkahrungen in der lebensweltlichen Integration, z. B. in Kontaktbeziehungen zu westdeutschen Landsleuten, mag es gegeben haben und hat es, meiner Ansicht nach, auch in erheblichem Umfang gegeben, aber diese Probleme wurden individuell ausgeglichen. Sie erzeugten nicht eine durchschnittliche Erfahrung, die in irgendeiner Weise an die Oberfläche einer sozialen Problemlage kommen konnte.

Diese Kosten der Migration werden sich über längere Frist natürlich auch verändert, vielleicht aufgelöst haben. Empirisch weiß man darüber nichts. Soziologisch aus der Integrationsforschung-Perspektive muß man dazu auch trocken, um nicht zu sagen zynisch bemerken, daß individuelle Folgeprobleme von Migration, wie z. B. Einsamkeit oder stratifikatorische Unterschichtung, Abstieg usw., wenn sie denn bestehen, dann mit dem Individuum irgendwann „aussterben“ und von daher individualpsychologisch von größter Bedeutung sein mögen, aber soziologisch und dann auch politisch von geringerem Interesse sind.

4. These: Sie betrifft Werthaltungen und politische Einstellungen eigentlich nicht beim Übersiedler, wie Sie sehen werden, sondern im „DDR-Sozialcharakter“, im Sozialcharakter der DDR-Bevölkerung. Denn mit nur geringer Übertreibung läßt sich sagen, daß die Übersiedler-Integrationsforschung sich relativ stark und schnell auf Werthaltungen und politische Einstellungen – bis hin zum Wahlverhalten – nicht zuletzt deshalb gerichtet hat, weil die materielle Integration der DDR-Zuwanderer so reibungslos vonstatten ging. Man suchte, nachdem dieses Thema kein kritisches Potential enthielt, nach einem anderen im Zusammenhang des gleichen Forschungsobjekts.

Nun ist integrationstheoretisch aber fraglich, welche Bedeutung man den immateriellen Dimensionen überhaupt zumessen soll. Bedeuten abweichende

Werthaltungen und Einstellungen überhaupt etwas im Hinblick auf das Ge- oder Mißlingen oder den Grad von Integration in einer wertpluralistischen Gesellschaft? Daß in einer anderen Gesellschaft sozialisierte Immigranten etwas von ihrem mentalen „Sozialisationsgepäck“ mitbringen und auch aufrechterhalten – und sei es bloß der Haß auf ihre oder die Distanzierung von ihrer Herkunftsgesellschaft –, das ist soziologisch trivial. Solange dies die materielle Integration nicht stört und nicht zu einer segmentären Differenzierung in der Bevölkerung führt, ist darin kein integrationssoziologisches Problem in einer wertpluralistischen Gesellschaft zu sehen.

Im Grunde sind die Fragestellungen dieser Art – also zu diesem Thema von Werthaltungen der DDR-Übersiedler – eher auf den empirischen Nachweis einer besonderen DDR-spezifischen Mentalität – oder soziologischer formuliert: eines besonderen DDR-spezifischen Sozialcharakters – gerichtet, der nur mit Hilfe der Übersiedlerpopulation erforscht und nachgewiesen werden sollte. Das heißt, diese Integrationsuntersuchungen an Übersiedlern gehören eigentlich in den Kontext der DDR-Forschung alter Art – heute der Transformationsforschung – und nicht in den hier interessierenden Integrationszusammenhang.

Die Verknüpfung der Fragestellung nach dem Sozialcharakter der DDR-Bevölkerung mit Übersiedler-Empirie ist typisch für Forschungen, die vor der Wende begonnen und dann durch die Wende überrascht wurden. Sie sind durch die Wende weitgehend entwertet worden – zumal die Übersiedlerintegration als solche heute, wie gesagt, unterhalb der öffentlichen und sozialwissenschaftlichen Aufmerksamkeitsschwelle bleibt. Es interessiert sich schlicht niemand mehr für diese Frage, deshalb auch nicht für eventuelle wissenschaftliche Antworten, die deshalb erst gar nicht mittels Forschung gesucht werden. Mein heutiges Referat hier – und auch das ihm zugrundeliegende thematische Interesse der Enquete-Kommission – ist sozusagen anachronistisch, oder freundlicher: nur mehr historisch.

Ich komme zum Schluß: Für eine kurze Periode um den Zeitpunkt der Wende herum konnte man aus bereits vorhandenen Erkenntnissen über das Verhalten, die Wertemuster und die Einstellungen von DDR-Zuwanderern noch etwas ableiten im Hinblick auf die zu erwartenden sozialpsychologischen Probleme der Wiedervereinigung. In dem Maße, in dem die Bevölkerung in den neuen Bundesländern nun aber zum unmittelbaren Gegenstand empirischer Forschung gemacht werden kann – und dies in nicht gerade zurückhaltender Weise gemacht wurde und wird –, entfiel jedoch der Sinn dieses indirekten Umwegs.

Forschungen dieses Typs, also zum Sozialcharakter der DDR-Bevölkerung mit allen politischen Folgen für die Wiedervereinigung, gehören aber nur in die Peripherie des Themas der Übersiedler-Integration. Sie markieren – und deshalb spreche ich sie hier überhaupt an – die bislang letzte sozialwissen-

schaftliche Nutzung der ansonsten und als solcher uninteressant gewordenen Übersiedlerpopulation. (Beifall)

Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse: Herr Prof. Ronge, wie man über einen uninteressanten Gegenstand interessant berichten kann, haben Sie uns gezeigt. Ich denke, daß die Frage, inwieweit wir es hier mit einem Anachronismus zu tun haben, möglicherweise eine Frage der Forschungspolitik sein mag. Für uns ist alles das, was wir aus der DDR und aus der Gemeinsamkeit – und die Übersiedlungsfrage ist ein Stück gemeinsamer deutsch-deutscher Geschichte – zu lernen und zu erfahren haben, hochaktuell für die Frage, wie wir weiter mit den Problemen, die uns durch die Vereinigung gestellt sind, umgehen. Und deswegen danken wir Ihnen sehr herzlich für Ihren Vortrag.

Herr Kollege Hansen, Sie moderieren das, was jetzt auf uns zukommt, nämlich die Erlebnisberichte unserer Zeitzeugen.

Gesprächsleiter Dirk Hansen (FDP): Sechs Personen sollen sich jetzt hier versammeln: Frau Inge Bienert, Herr Andreas Eckhardt, Herr Neubert, Frau und Herr Schönemann und Frau Thiemann. Die beiden Referenten von eben bleiben im Moment am Rande dieses Podiums, um für die Nachfragerunde nachher auch noch zur Verfügung zu stehen.

Wir haben eben sehr viel, vielleicht etwas länger als gedacht, von Emigranten und Integranden gehört. Ich vermute, wir werden auch gleich etwas von Intriganten vernehmen. Jedenfalls ist es gut, daß die Enquete-Kommission den Versuch macht, über die Klagen der Wissenschaft hinaus gewissermaßen der empirischen Soziologie einen Beitrag zu liefern. Insofern sind die Zeitzeugen aus verschiedenen Zeitphasen geladen worden, wobei der Vorbereitungsgruppe, die sich dazu Gedanken gemacht hatte, natürlich bewußt war, daß es nur Beispiele sein können. Inwieweit Beispiele jeweils auch exemplarisch zu deuten sind, ist dann eine andere Sache, aber ich denke schon, daß es ganz wesentlich ist. Insofern greife ich auch das auf, was Frau von Renesse soeben noch einmal gesagt hat. Von denen, die Anträge auf Ausreise gestellt haben, denen, die auch keine offiziellen Anträge auf Ausreise gestellt haben und trotzdem weggegangen, ausgereist oder geflohen sind, oder solchen, die vom Westen aus geholfen haben, denjenigen, die kommen wollten bzw. gehen wollten, zu helfen – von ihnen gibt es verschiedene Beispiele hier am Podium versammelt. Ich bitte jeweils die Zeitzeugen, sich selber zur Person und dann auch zu ihrer Zeitphase vorzustellen, um die unterschiedlichen Bedingungen persönlicher, zeitlicher und auch sozialer, soziologischer Art hier deutlich werden zu lassen. Wir fangen an mit Frau Inge Bienert. Sie wird zur Person selbst etwas sagen.

Inge Bienert: Mein Name ist Inge Bienert, ich war Fluchthelfer, und ich war es gerne. Wie jeder Fluchthelfer einen eigenen Einstieg fand in diese Geschichte, so war mein Einstieg der Arbeitsplatz meines Mannes. Er war Schauspieler am Deutschen Theater, und er bekam nach dem Bau der Mauer

einen Passierschein, und da ich ihn immer fuhr, bekam ich auch einen. Das war aber nicht erfunden, sondern ich habe ihn wirklich immer zu den Proben gefahren, und manchmal, wenn er zwischen den Proben früh und der Vorstellung abends noch bei der DEFA drehte, mußte ich ihn fahren, und er schlief in dieser Zeit. So war es mir möglich, den Ostsektor unmittelbar nach dem Bau der Mauer zu betreten. Zunächst einmal war es ja eigentlich nur so, daß, wenn wir ankamen mit einem Auto mit einer Westnummer, sich plötzlich Menschen um uns versammelten. Berlin war eine unglückliche Stadt und eine weinende Stadt. Das muß man aus der Historie sehen. Das, was da geschehen war, war für keinen nachvollziehbar, und es gab auch kaum eine Familie, die nicht davon betroffen war. Zunächst einmal waren es einfach fremde Menschen, die uns ansprachen. Beim einen war die Mutter krank oder operiert, die andere konnte nicht zur Beerdigung, die dritte mußte zum Arzt – ganz simple Verrichtungen –, einer hatte Klamotten in der Reinigung. Und so was kam da alles zusammen, und in den ersten Wochen war es gar keine Fluchhilfe, sondern es waren reine Dienstleistungen. Aber dann kam mein erster Paßfall. Und da muß ich sagen, die Fluchthelfer haben ja einen miserablen Ruf, der ist gesteuert, aber ich kenne keinen Fluchthelfer, der an dieser Sache jemals auch nur eine Mark verdient hätte. Wir haben aus Überzeugung etwas gemacht. Wir haben uns um unsere Freunde gekümmert und um unsere Kollegen. Wir haben niemanden abgeworben, weder im Auftrage einer Firma noch von Thyssen oder Krupp oder sonstwas. Wir haben einfach unsere Freunde betreut. Die ersten, die das begriffen haben, das waren die Studenten der FU und der TU. Das war das tollste, was Berlin zu liefern hatte. Diese Jungs waren schon am 13. drüben, den Bauch voller Pässe, und haben ihre Freunde rübergeholt, ihre Kommilitonen. So hat das auch angefangen, und auch sie hätten niemals eine Mark genommen.

Eines Tages bekam ich also nun ein Telegramm von einer guten Freundin von mir. Die Schauspielerin Uschi Alexa hatte einen 15jährigen Sohn, und der kam nach Hause und sagte: „Heute war einer vom Arbeitsamt da, der sagt, also ihr habt drei Möglichkeiten. Entweder werdet ihr Mauerer oder Schlosser oder ihr geht auf die LPG, Feldarbeiter.“ Das war mein erster Fluchhilfefall. Meine Freundin sagte: „Weder – noch, wir gehen“. Das war mein Einstieg. Jeder hatte ja einen anderen Einstieg. Es ging nun darum, für meine Freundin und ihren 15jährigen Sohn einen Paß zu finden. Ich hatte eine Verwandte in England, die sah meiner Freundin sehr ähnlich, und das war ja auch das Prinzip; bei der Auswahl ging es immer nur um die Ähnlichkeit. Diese Engländerin habe ich angerufen und habe gesagt: „Kannst du mir deinen Paß schicken? Du siehst meiner Freundin ähnlich, ich brauch den eine Woche“. Und dann hat die gesagt: „Klar, klar“. Also die Solidarität ging da bis England, und sie schickte mir das. Sie hatte nur ein bißchen einen anderen Mund, den haben wir geübt, und dann haben wir frisiert und gekleidet und uns überlegt:

Wie würde die DEFA eine Engländerin anziehen? Und dann haben wir das gemacht. Es war abenteuerlich, aber das war echt überzeugend. Außerdem war sie ja Schauspielerin, und sie übte. Und nun brauchten wir einen Paß für den 15jährigen Sohn. Das alles sollte an einem Abend stattfinden. Ich will das nur einmal an diesem Beispiel darstellen, weil ich nachher bestraft wurde wegen § 21 (Strafrechtsergänzungsgesetz): „Wer durch Täuschen, Drohen oder Versprechen einen Bürger verleitet...“ usw. – Sie kennen das. Inzwischen hatte ich eine tolle Bekanntschaft gemacht, die Medizinstudentin Klaudia Frieser. Sie hatte einen Vater, der war Bauunternehmer, Rolf Frieser; also da waren Vater, Mutter, zwei Söhne und ein Kind. Das Tollste an dieser Berliner Familie war, die hatten alle österreichische Pässe. Also die mußten arbeiten, das war klar, und der 15jährige Junge meiner Freundin ging als „Junge Frieser“. Nun mußten wir einen Abend finden und nahmen den Buß- und Bettag 1961. Da lief in der Staatsoper – ich glaube – „Tosca“, und meine Freundin sagte: „Die singe ich mit. Wenn was passiert, die habe ich drauf“. Wir haben dann eine Eintrittskarte gekauft und ein Programm. Also wir waren schon recht konspirativ, das stimmt schon. Die Flucht des Jungen war sehr einfach. Rolf Frieser hatte den Jungen in seinem Paß. Der echte Frieser hatte einen Schulausweis, und so fuhren die beiden rein. Der Frieser fuhr über die S-Bahn zurück und auf dem Rückweg saß also der junge Alexa im Auto. Ich stand an der Kochstraße und begrüßte ihn und sagte: Jetzt geh nach Hause, und jetzt hole ich die Mama. Ich will insofern genau den einen Fall schildern, denn von allem, was uns dann später vorgeworfen wurde, und wir waren acht Angeklagte, stimmte wirklich nicht ein Wort. Ich finde, das Schlimmste, was die DDR geboren hat, war ihre Justiz. Ich bin dann rübergefahren und habe gesagt: „Der Junge ist im Westen, und jetzt kommst du und spielst die Rolle deines Lebens“. Wir hatten sie angekleidet mit einem schwarzen Mantel, einem tollen Hut und einer Rose auf dem Hut. Das war also dann der Übergang. Sie übte noch einmal, und ich sagte: „Du kommst jetzt langsam gelaufen, und ich stehe wieder an der anderen Seite, ich lasse dich nicht aus den Augen“. Wir haben uns dann verabschiedet, die ganzen Freunde, die auch noch gehen wollten, haben sich nun verabschiedet von ihr. Und alles weinte und alles bespuckte jeden, toi, toi, toi. Es wußte ja keiner, ob er den anderen noch einmal sieht, und sie ging los. Ich stand dann wieder an der Kochstraße und sah sie kommen. Sie gab mir ein Zeichen, sie griff sich an die Nase, und ich merkte es, sie sah mich. Sie ging dann in die Baracke, und es muß also glänzend gelaufen sein. Sie kam nach fünf Minuten wieder, und ich stand immer noch da und dachte: „Lieber Gott, laß diese Frau nicht hochgehen!“ Wie soll man da weiterleben? Ich hatte schon eine Verantwortung. Da entsprach ich auch nicht ganz dem Bild, was von uns gemacht wurde. Sie kam dann über den Check-Point Charlie und grüßte noch die Amerikaner: „Hello, boys!“ Dann rannte sie los und rannte um die Ecke in der Kochstraße, und wir fuhren nach Hause. Ich sage es deshalb, weil wir

nachher alle bestraft wurden. Wer den Mantel geborgt hat, vier Jahre. Wer den Hut gegeben hat, die Tasche, wer sich verabschiedet hat, wer geweint hat – das waren alles negative Erscheinungen. Die Pflicht dieser Menschen wäre gewesen, uns alle anzuzeigen. Die Anklage lautete auf „Abwerbung“, und das Gericht kam nun furchtbar unter Druck. Das muß ich wirklich sagen. Sie hatten gemerkt, das mit diesem Abwerben, das haut nicht hin. Alle, die auf der Anklagebank saßen, sagten: „Wir wollten weg.“ Es hat nicht einer jemanden belastet. Es hat jeder gesagt: „Wir wollten weg.“ Mein großes Unglück war mein Verteidiger, Friedrich Karl Kaul, und mein großes Glück war Wolfgang Vogel, damals völlig unbekannt, er verteidigte ein Ehepaar, dessen volljährige Tochter ich in den Westen brachte. Ich habe insgesamt zehn Leute rübergebracht. Mein elfter Fall war eine alte Frau, die wollte zu ihrem Sohn, und die wurde, wie wir heute wissen, erwartet. Es ist vielleicht nicht uninteressant festzuhalten, daß in meinen Akten, die ich jetzt gelesen habe, vom Deutschen Theater, dem Arbeitsplatz meines Mannes, ein Bericht über mich lag, obwohl ich dem Haus nie angehört habe – was für ein negativer Mensch ich bin, und mein Mann würde machen, was ich sage, und es ginge das Gerücht, ich hätte illegal Gold aufgekauft, und generell würde kein Mensch verstehen, daß ich überhaupt einen Passierschein bekommen habe. Das ist nun interessant, weil man eben auch einmal die Künste dahingehend untersuchen muß. Mein Verteidiger vertrat nun die Meinung – das brachte er auch zum Ausdruck –, er billige die Meinung des Obersten Gerichtes, daß es nicht nötig ist, im Sinne des Gesetzes zu täuschen, zu drohen oder zu versprechen, sondern daß es genügt – und das ist eben die Grundlage dieser Wahnsinnsurteile –, wenn man in einem Kreis von Republikfluchtwilligen verkehrt, wenn man die Möglichkeit schafft, daß die, die gehen wollen, gehen können. Wenn du also einen Menschen abwirbst im Sinne des Gesetzes, bekommst du den 21er, und wenn du ihn nicht abwirbst, bekommst du ihn auch. Das war eben so. Ich habe sechs Jahre Zuchthaus bekommen. Wir hatten insgesamt 22 Jahre Zuchthaus, und ich gehört dann zu denen, die freigekauft wurden.

Ich denke, den Fluchthelfer, so wie er in der Geschichte von den Schnitzlers, den Eislers und den Benjamins dargestellt wurde, gibt es nicht. Ich bin sehr dankbar, daß wir auch darüber einmal etwas sagen können. Ich kenne niemanden, der Geld genommen hat für die Fluchthilfe. Ich kenne niemanden, der ein anderes Motiv hatte, als einfach die Solidarität mit den Eingeschlossenen – und für uns waren sie eingeschlossen. Das einzige, was ich hier immer bei mir habe, das ist die Deklaration der Menschenrechte, so zerfleddert wie sie ist; dort heißt es in Artikel 13, Abs. 2: „Jeder Mensch hat das Recht, jedes Land, einschließlich des eigenen, zu verlassen und dorthin zurückzukehren.“ Und vor allem das „dahin zurückzukehren“ ist ja auch ein Beweis, daß es keinem gefallen muß bei uns. Ich denke, die Fluchthelfer sind rehabilitiert durch die Entwicklung. Dieser Menschenkreis hat sehr viel getan, wahnsinnig viel getan,

und sie haben auch alle ihre Haut zu Markte getragen. Und ich glaube, wir können gut schlafen. Wir haben ganz früh erkannt, daß man dieses System bekämpfen muß, und wir haben es auf unsere Weise bekämpft. (Beifall)

Gesprächsleiter Dirk Hansen (FDP): Vielen Dank, Frau Bienert. Sie haben eben einen großartigen Beweis abgegeben dafür, wie wichtig es ist, daß wir Zeitzeugen unmittelbar hören, vielleicht auch gerade im Anschluß an die trockene Wissenschaft. Herr Andreas Eckardt hat als nächster das Wort – ein Jahrzehnt später, Ausreiseantrag in den siebziger Jahren.

Andreas Eckardt: Mein Name ist Andreas Eckardt, ich bin Architekt, habe in Weimar studiert, dann in Berlin gearbeitet, bin 1974 inhaftiert, 1976 durch die Bundesregierung freigekauft worden und seit dieser Zeit in West-Berlin wohnhaft und tätig. Die Gründe, die mich nach West-Berlin gebracht hatten, waren in dieser Weise nie so eindeutig vorhersehbar, wie sie es in der Nachschau heute erscheinen. Ich hatte an und für sich eine ausgesprochen intensive Bindung zur DDR, die eigentlich die gesellschaftliche Vision, die in diesem Lande existierte, sehr ernst und, wenn ich es heute sehe, wahrscheinlich zu ernst nahm. Ich habe sie wahrscheinlich ernster genommen als die Leute, die sich dort an wesentlich einflußreicherer Stelle mit dieser Gesellschaft beschäftigten. In dieser jugendlichen Euphorie sind die Schläge, wenn man sie vereinheitlicht, so zu sehen, daß der erste große Zusammenbruch nach der Entwicklung in der Tschechoslowakei kam. Ich hatte damals aus Interesse an dieser gesellschaftlichen Entwicklung eine Reise unternommen, die genau in den August 1968 fiel. Als die sowjetischen Truppen einmarschierten, war ich in Prag und bin dort drei Wochen aus der Stadt nicht herausgekommen, wollte auch drei Wochen an und für sich aus der Stadt nicht raus, weil diese Erfahrung von einer solchen Intensität war, daß ich sagen muß, ich war krank. Ich war in dieser Zeit krank. Ich wurde krank durch die Abläufe, die sich dort ergaben, die man dort unwahrscheinlich körpernah wahrnehmen konnte, und kam dann zurück zum Studium nach Weimar und erlebte das Kontrastprogramm, nämlich ein Programm, was letztlich eine Gehirnwäsche bedeutete, daß alle die Dinge, die man dort gesehen hat, nicht existieren sollten und nicht existent sein durften, daß die alte stalinistische Theorie aufs neue erwärmt und uns im Grunde genommen wie eine Mütze übergezogen wurde. Das war der erste ganz schwerwiegende Bruch bei mir.

Von diesem Zeitpunkt an ergab sich eine zunehmende Affinität zu sehr kritischen Theoretikern und Praktikern und, soweit das in der DDR möglich war, auch zu Leuten, die sich in diesem Bereich sehr kritisch mit marxistischen Gedanken beschäftigten. Diese Entwicklung ging sukzessive immer einen Schritt nach dem anderen den Berg hinab. Dazu kamen die Kombination mit der Architektur und die Funktion der Architektur, wie sie in der DDR gesehen wurde. Wenn man sich diesen Komplex, in dem wir heute hier die Gelegenheit haben zu sitzen, von außen anschaut, sieht man eines der

Endprodukte, das damals für mich eine technologische Fertigungslinie, aber keine architektonische Qualität bedeutete. Diese Vorstellung, in einem solchen Beruf Jahrzehnte zu arbeiten und keinen Ansatz zu finden, an dieser Qualität etwas im positiven Sinne zu ändern, war ein Faktor, der mich enorm stark belastete. Diese beiden Dinge, die sich in der Kombination immer mehr verstärkten, führten dahin, daß man sich natürlich auch mit anderen darüber unterhielt und sagte: „Herrgott, ich habe die Schnauze so voll, ich hau’ ab.“

Das sind Dinge gewesen, die mehr oder weniger differenziert diskutiert wurden, eigentlich weniger als mehr, und die letztlich – zumindest bei meiner eigenen Person – zu einer ganz aktiven Vorbereitungshandlung führten, die DDR zu verlassen. Jeder, der in der DDR gelebt hatte – und ich nehme an, diejenigen, die hier versammelt sind, gehören zu einem beträchtlichen Teil dazu –, kennt genau diese Aussage, die damals einfach immer eine laufende Aussage war. Wenn man die Schnauze voll hatte, hat man gesagt: „Ich hau’ hier ab.“ Wohin man abgehauen wäre, das war eigentlich dann nicht so sehr klar, aber daß man da weggehen konnte, war im Grunde schon ein gesellschaftliches Ventil. Das hat eigentlich jeder gern gebraucht.

Dieser Kreis, in dem ich war, der sich zum Teil sehr kritisch mit den Verhältnissen in der DDR auseinandersetzte in dem Sinne, im Lande zu bleiben, bröckelte immer ein Stück weiter ab, und die Leute, die dann keinen Mut mehr hatten, haben gesagt: „Ich hau’ ab.“ Einem solchen Kreis habe ich auch angehört. Die Leute, die dazugehörten, haben es auch praktisch versucht, sind inhaftiert worden – und diese Hintergründe, die dazu geführt haben, da sind wir gerade daran, sie zu klären in Einzelgesprächen, die wir miteinander führen –, haben ihre Absicht zum Teil aufgegeben, als sie inhaftiert waren, und haben sich umdrehen lassen in dem Sinne, daß sie alles, was sie in irgendeiner Weise an Informationen besaßen von anderen Freunden – und zu denen gehörte eben auch ich – weitergegeben haben an die Staatssicherheit. Das führte 1974 dazu, daß ich inhaftiert wurde unter dem Vorwurf „Vorbereitung zur Republikflucht“. Das war allerdings ziemlich lächerlich in dem Augenblick. Ich habe am Kollwitzplatz im Prenzlauer Berg zu diesem Zeitpunkt ein Ausbaubjekt gehabt zu einer eigenen Wohnung. Das hat ungefähr einen Umfang, wenn man es mit heutigen Maßstäben sieht, von etwa zwischen 500.000 Mark und einer Million gehabt. Da war ich praktisch drin zu dieser Zeit, aber das wertete man überhaupt nicht. Man machte mir nach wie vor den Vorwurf, ich hätte die Absicht, die Republik zu verlassen, und hat mir dann dreieinhalb Jahre übergebraten. Von diesen dreieinhalb Jahren habe ich ein Jahr und zehn Monate ungefähr abgessen und bin dann durch die Bundesregierung rausgekauft worden.

Allerdings muß ich dazu sagen, den Antrag habe ich nicht gestellt, bevor ich in den Knast kam. Das, was ich vorhin schilderte, dieser Ablauf der ständigen Desillusionierung, der über die Jahre erfolgte, erreichte seinen Höhepunkt, als

ich dann ins Gefängnis kam und dort nach anderthalb Monaten begriff, daß das kein Irrtum, sondern eine im gesellschaftlichen Sinne systematische Laufbahn war, die ich da eingeschlagen hatte. Letztlich, wenn dieser Grund nicht vorgelegen hätte, wäre das wahrscheinlich ein halbes oder ein dreiviertel Jahr später so der Fall gewesen, als der Wolf Biermann nicht wieder reingelassen wurde. Da wäre wahrscheinlich der gleiche Fall eingetreten. Also es war irgendwie ein Fall gesellschaftlicher Systematik, daß ich inhaftiert wurde. Dann habe ich mich im Knast entschieden, daß ich dort nicht wieder aus dem Gefängnis herausgehen werde, weil die Perspektiven, die ich hatte, und die gesellschaftliche Intimkenntnis, die ich in dem Gefängnis in Berlin-Pankow gewann, mich eindeutig dazu führten, daß ich von dieser Gesellschaft letztlich nichts mehr wissen wollte – von dieser spezifischen Gesellschaft, wie sie in der DDR existierte. Nachdem ich aus dem Gefängnis 1976 raus und nach Berlin kam, war ich kurzzeitig in Hamburg, bin aber sehr schnell wieder nach Berlin gegangen, weil die Integrationsbedingungen eindeutig besser waren und man hier viele Freunde hatte, die einem auch halfen, wieder mit den Beinen auf die Erde zu kommen. Diese knappen zwei Jahre im Gefängnis wirkten auch sehr stark auf die Psyche, und es war nicht so einfach, sich wieder zurechtzufinden. Es wäre auch im Osten nicht einfach gewesen aus anderen Gründen, aber hier in West-Berlin war es auch nicht einfach.

Ich muß dazu sagen, ich habe eigentlich dann festgestellt, nachdem ich mich in West-Berlin so in etwa zurechtgefunden hatte, daß ich wirklich irgendwo weggegangen war. Diese intensive Kombination, mit einer Gesellschaft sich auseinandergesetzt zu haben, wie das in der damaligen DDR der Fall war, die letztlich dann zu diesem negativen Produkt geführt hatte, daß ich gegangen war, habe ich nicht wiedergefunden in der Bundesrepublik. Das heißt, die Affinität zur Gesellschaft, die sich dann von der Gesellschaft löste im Osten, hat sich im Westen nicht wieder eingestellt. Ich habe immer gewußt, wovon ich weggegangen bin. Wohin ich gegangen war, habe ich so genau nie wieder empfunden. Ich habe zu der Gesellschaft der Bundesrepublik die ganze Zeit über eine wesentlich größere Distanz behalten, als ich einmal Affinität zur Gesellschaft des Ostens hatte, die zerstört worden war. Wahrscheinlich ist das eine Jugenderfahrung. Ich war 32, als ich in der Bundesrepublik ankam. Wahrscheinlich gewinnt man da so schnell keine neue Grunderfahrung mehr, sondern man ist geprägt durch die Erfahrungen, die einem so zwischen 16 und 26 einmal mitgegeben wurden. Insofern waren natürlich auch die Dinge, die sich in der Bundesrepublik sozial abspielten – auch zum Teil heute abspielen –, immer anders gesehen worden, als sie von Leuten, die etwa im Ruhrgebiet oder in Hamburg aufgewachsen waren, gesehen wurden. Das heißt also, es bleibt eine Prägung aus dem Osten aller Wahrscheinlichkeit nach lebenslänglich vorhanden, und zu der sollte man sich, finde ich, persönlich auch bekennen. Ich bekenne mich dazu und versuche auch, mit der Erfahrung, die ich gemacht

habe, diesen Weg zurückzugehen zu den Leuten, mit denen ich mich damals verstehen konnte, zu ihnen einen Weg zu finden, daß man sich auch wieder verstehen kann. (Beifall)

Gesprächsleiter Dirk Hansen (FDP): Vielen Dank, Herr Eckardt. Ich denke, es ist sehr schnell klar geworden, wie unterschiedlich die Analyse unserer eigenen Biographie vonstatten gehen kann, gerade an diesen Beispielen, die wir soeben gehört haben. Sodann ist Herr Christhard Neubert an der Reihe. Ich erteile ihm das Wort.

Christhard-Georg Neubert: Wenn man das so hört – die zwei Berichte von eben und das Vorangegangene –, dann gewinnt man eigentlich den Eindruck, das Nötige sei gesagt. Aber das ist vielleicht auch nur ein Eindruck. Ich will einmal versuchen, es dann anders herum anzufassen, weil in meiner persönlichen Biographie sicher manches steckt, was sehr früh angelegt ist, anders als hier bisher.

Ich bin aufgewachsen in Potsdam, in einem evangelischen Pfarrhaus, vier Geschwister, wie das so noch zum Klischee gehört, weit verzweigte Familie in Ost und West, Bezugsrahmen bürgerlich, bildungsbürgerlich vielleicht. Deutschland ist nicht denkbar als Ost- und Westdeutschland, sondern das ist immer eins. Im übrigen wird das System, in dem wir leben, als historisch-befristet angesehen, und von daher ergibt sich auch eine natürliche Distanz von Anfang an. Dazu trägt weiterhin bei, daß es kaum Gelegenheiten gibt, eine emotionale Nähe zu diesem System in der DDR zu entwickeln. Das hat einfach damit zu tun, daß ich mit ansehen muß, wie mein Vater darunter leidet, daß er seine todkranke Mutter nicht besuchen und auch nicht zur Beerdigung fahren kann.

Zwei Geschwister verließen in den Augusttagen 1961 die DDR, vermutlich mit Pässen von Ihren tapferen Jungs. Es bleibt der Schnitt durch die Familie – er wurde schmerzlich erlebt. Es bleibt eine Orientierung, die zu tun hat mit Familie, mit dem, was sich in der Kirche abspielt; also Gruppen, Arbeitskreise bilden den prägenden Bezugsrahmen, und vielleicht bildet sich hier dann das, was Herr Ronge so schön „Sozialisationsgepäck“ genannt hat.

Einschneidendes wurde zum Teil schon gesagt. Schulbildung ist nicht möglich, wie es eigentlich vorgesehen war. Wie viele andere auch von meinem Herkommen – Zugang zum Gymnasium eher nicht. Mit dem Hinweis, daß zwei meiner Geschwister immerhin den Zugang zum Gymnasium hatten, wird mir erklärt, daß reicht eigentlich für eine solche Familie, und jetzt ist etwas anderes angesagt. Ich habe dann eine Lehre als Uhrmacher absolviert, in einem Handwerksberuf, von dem man sagte, da kann man auch von politischem Einfluß frei ganz ordentlich vorankommen und vielleicht das eine oder andere Gute tun.

Am 21. August 1968 befinden wir uns auf einer Reise zur Hochzeit meines Bruders in Budapest und erleben dabei, in Prag festsitzend, den Widerstand

der Prager Bevölkerung gegen den Einmarsch der Russen. Es war davon hier schon die Rede. Prägendes Erlebnis dann: Schulausbildung am kirchlichen Oberseminar in Hermannswerder, ein Stück humanistischer Bildung; alles das, was es sonst nicht zu lesen gab, war da durchaus doch verfügbar. Ein Raum von Freiheit hat sich da aufgetan, der später noch eine Rolle gespielt hat. Nach dem kirchlichen Abitur Aufnahme des theologischen Studiums in Ost-Berlin am Sprachenkonvikt, der kirchlichen Hochschule.

Dann bildete sich in dieser Zeit, von 1973 bis 1974/75, langsam ein Prozeß, in dem die Frage stand: „Wie kann man eigentlich mit der politischen Situation umgehen?“ Sie werden sich erinnern, es war die Zeit, wo deutschlandpolitisches Interesse uns alle bewegt hat. Der Grundlagenvertrag ist verabredet worden, die These vom Wandel durch Annäherung spielte eine Rolle. Der KSZE-Prozeß war in Gang und 1975 auch zu einem Abschluß gekommen. Jedenfalls gab es dann ein KSZE-Dokument, das für das Selbstverständnis vieler in meinem Umkreis eine wichtige Rolle gespielt hat. Wie es vielleicht üblich ist, bildet sich in dieser Zeit jugendlichen studentischen Daseins ein natürlicher Zwang, politisch stärker nachzudenken, und es gab 1974 eine Situation, in der wir sagten, entweder wir werden uns jetzt politisch aktiv betätigen, oder aber wir müssen dieses Land verlassen. Das, was hier in diesem Land die Alltagswirklichkeit prägt, ist jedenfalls nicht hinnehmbar, so wie es offenbar gewollt ist. Wir eignen uns nicht zu Duldern, entweder wir werden tätig oder reisen aus; das war 1974/75.

Ich habe damals einen, der hier mit in dieser Runde sitzt, gefragt: „Bist du bereit, hier in diesem Land dich politisch aktiv zu betätigen, und werden wir dann gemeinsam in den Stasi-Knast gehen?“ Wenn das kein eindeutiges „JA“ findet, heißt das für mich, daß ich dieses Land verlassen werde. Ich bin damals angetreten, in dieser DDR Pfarrer zu werden. Es kommt hinzu, daß meine damalige Verlobte Mühe damit hatte, zu erleben, wahrzunehmen, daß wir zunehmend unter Beobachtung standen. Ich war damals Sprecher der Studentenschaft an der kirchlichen Hochschule. Als ich dann einen der dortigen Verantwortlichen konfrontierte damit, daß das doch eine gewisse Belastung sei, wurde mir gesagt: „Ach, wissen Sie, wenn ihre Verlobte Probleme hat mit den Organen der Staatsmacht, dann muß sie zum Psychiater gehen. Das ist für uns kein Thema.“ Das spiegelt ein wenig und natürlich ganz unzureichend die Stimmung, das Klima – flott verdrängen, weggucken, möglichst Eigenes betreiben, aber sich nicht stören lassen durch das, was andere vorhaben.

Wir, meine Verlobte und ich, haben dann am 10. Oktober 1975 einen Ausreiseantrag gestellt, den wir mit Freunden, auch zum Teil mit meinen Dozenten beraten haben. Es ist mir schwergefallen, diese Entscheidung zu treffen, einen Ausreiseantrag zu stellen, weil er ganz im Gegensatz stand zu meiner eigentlichen Lebensplanung. Unter denen, die ich um Beratung fragte –

heute sind das alles Männer in kirchlicher hoher Verantwortung – war nur einer, der den Gedanken zuließ, daß man in diesem Land eigentlich durchaus Probleme haben kann, die einen hindern, es als selbstverständlich anzusehen, hier weiterhin zu leben. Er sagte nämlich: „Ich kann verstehen, daß man nicht leben möchte in einem Land, in dem man die Bücher, die man lesen möchte, sich von Auslandsreisen mitbringen muß“. Dieser Mensch gehörte zu den eher weitgereisten, aber durch merkwürdige Fügung ist gerade der nun nicht mehr in kirchlicher Verantwortung.

Zu den Absonderlichkeiten dieses Vorgangs gehört auch, daß ich sehr frühzeitig die Leitung der kirchlichen Hochschule von unserem Vorhaben informiert habe. Dann wurde mir deutlich gesagt: „Das ist sehr nett, daß Sie uns vorher informieren, weil das ja nicht alle machen. Aber wir müssen jetzt ein Verfahren verabreden, das sieht folgendermaßen aus: Es wird ein Beschluß des Kollegiums gefaßt, in dem der Rektor vermahnt wird, dem Neubert mitzuteilen, wie er der Studentenvertretung seinen Rücktritt von diesem Amt mitzuteilen habe. Und dann muß er sich von sich aus exmatrikulieren lassen.“ In mündlichen Gesprächen wurde mir bedeutet, wenn ich auf dieses Ansinnen eingehe, könnte man durchaus darüber reden, daß ich noch weiterhin einen Gasthörerstatus behielte. Da es ganz und gar nicht in meiner Absicht lag, der kirchlichen Hochschule zu schaden, ließ ich mich durchaus ein wenig naiv, wie ich im nachhinein doch bekennen mußte, auf dieses Verfahren ein. Während die damalige Rektorin noch mit mir sprach, fuhr bereits der damalige Ephorus dieser Hochschule in unsere Wohnung und steckte den Beschluß der sofortigen Exmatrikulation in unseren Briefkasten. Ich habe daraufhin einen Antrag gestellt auf Gasthörerstatus, und dann wurde mir geschrieben, daß ein ehemaliger Student der Hochschule, der jetzt keiner mehr ist, auch einen solchen Antrag nicht stellen könne; infolgedessen sei mein Antrag nicht verhandlungsfähig.

Sie sehen aus diesen kleinen Episoden möglicherweise eine gewisse Parallelität auch zum Umgehen staatlicher Organe in der DDR. Es hat eine Weile gedauert, bis wir dieses Verfahren durchschaut haben, und ich muß zur Ehre derer, die daran beteiligt waren, sagen, daß dann auf mündlichem Wege verabredet wurde, daß ich doch noch in geringem Umfang Gasthörer zu sein konnte. Schmerzlich in diesem Prozeß ist eben, und das wurde an anderer Stelle auch schon häufiger gesagt, daß die Kirche nicht den Mut besessen hat, offenes Unrecht auch als solches ausreichend zu benennen. (Beifall)

Es gibt da Stellungnahmen von Bischöfen, ich denke etwa an Werner Krusche in Magdeburg, vor Synoden, in denen in einer durchaus distinguierten Sprache Probleme namhaft gemacht worden sind, und jeder, der es wahrnehmen wollte, konnte das. Die Kirche hat sich nicht einfach zum Handlanger machen lassen wollen und hat es nicht in dem Umfang getan, der ihr jetzt angelastet wird. Aber die deutliche Sprache hat gefehlt, das war eine wesentliche

Einsicht, die uns damals den Abschied leichter gemacht hat. Zu diesem Kapitel gehört, daß nach unserer Übersiedlung die evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg sich hat nicht dafür erwärmen können, mich auf die Landesliste der Theologiestudenten zu nehmen, was bedeutet, man wollte mir erst einmal deutlich machen: Einer, der so etwas tut wie ich, der kann nicht zu den Theologiestudenten gehören, die später einmal ins Pfarramt sollen. Das ist wahrscheinlich von Ihnen damit gemeint gewesen, Herr Wilke, daß auch da Absprachen grenzüberschreitend funktioniert haben. Immerhin – auch hier war dieses Veto gegen mich dann nicht von langer Dauer.

Am 10. Oktober 1975 haben wir den Ausreiseantrag gestellt. Im Januar 1976 haben meine Verlobte und ich geheiratet, weil wir davon ausgegangen sind, daß wir aufgrund des Wortlautes unseres Ausreiseantrages verhaftet würden. Unsere Ehe besteht noch immer, wir haben zwei Kinder und sind noch ganz munter miteinander. Am 7. Oktober 1976, am „Tag der Republik“ in der DDR, sind wir im Westen Berlins angekommen, also in einer vergleichsweise kurzen Frist. Die soziale Situation in der Zwischenzeit – Antragstellung, Exmatrikulation von der Hochschule und Ausreise – haben wir verbracht mit Gelegenheitsarbeiten, wie es viele gemacht machen. Die Evangelische Verlagsanstalt hat sich um mich sehr bemüht, mir Gelegenheit gegeben, dort zu überwintern, jedenfalls irgendwie durchzukommen.

Im Oktober 1976 beginnt für uns sozusagen die Normalität. Das Ankommen in West-Berlin läßt vieles, was uns bedrückend unnormal, nicht einfach hinnehmbar erschien, weitgehend von uns abfallen. Meine Frau bekam sofort eine Arbeit als Zahntechnikerin. Sie hatte sich zuvor in der DDR um ein Zahnmedizinstudium bemüht, das ging nicht. Sie war Zahntechnikerin gewesen, nach Abschluß des Notaufnahmeverfahrens in Marienfelde bekam sie sofort eine Arbeitsstelle. Hier ist noch einmal an das zu erinnern, was vorhin von Herrn Prof. Ronge dazu gesagt wurde. Ich habe mein Theologiestudium aufgenommen, habe das in Berlin und Zürich zu Ende gebracht und bin seit 1980 im Dienst der evangelischen Kirche tätig.

Noch einige Bemerkungen zur Situation in Gesprächen mit Freunden: Mit ganz wenigen Ausnahmen haben seinerzeit 1975 im Zuge unserer Antragstellung die Leute gesagt: „Also, was ihr da macht, das ist für uns vielleicht nicht der Weg, aber vielleicht können wir es nachvollziehen.“ Wir haben eigentlich durchgehend erlebt „Ablehnung“. Wer so etwas tut, der trennt sich, er ist ein Dissident und gehört nicht mehr regelrecht in unseren Freundeskreis.

Wir haben versucht, nach der Übersiedlung nach West-Berlin diese Kontakte zu Freunden, zur Familie aufrechtzuerhalten. Nachdem wir auch nicht mehr in die DDR einreisen konnten – Ende 1976 war die Einreise für uns gestoppt – sind wir nach Prag gefahren, haben uns in Polen getroffen, wie das auch viele andere gemacht haben, und mußten dann doch feststellen, was eben auch schon von Ihnen vorhin gesagt worden war – wir waren andere Leute. Man

kann jetzt lange darüber nachdenken, womit das zusammenhängt, aber die Wahrnehmungsmuster, die Einstellungen haben sich offenbar so gravierend unterschieden, daß wir irgendwann am Ende eines schmerzlichen Prozesses gefunden haben, es geht nicht mehr, es ist sinnlos, diese Kontakte auf dieser Ebene zu suchen, und wir haben dann einfach die Dinge auf sich beruhen lassen. Wer uns geschrieben hat, hat Antwort bekommen oder auch nicht. Wir hatten kein Interesse mehr. Das ist aber nur die halbe Wahrheit. Wir hatten doch Interesse, aber wir fanden keinen Draht mehr. Es hat uns dann geholfen, so makaber das klingt, daß wir bis 1982/83 nicht mehr in die DDR einreisen durften. Es hat uns geholfen, uns auch innerlich zu lösen. Wir haben das westeuropäische Ausland vor allem bereist und mit einer gewaltigen Wut im Bauch erleben müssen, was uns eigentlich vorenthalten worden ist und welches Unrecht an denen geschieht, die festgehalten werden.

Ich will Ihnen abschließend einige Zitate aus unserem Ausreiseantrag vortragen und damit schließen. Wir haben uns in dem Ausreiseantrag berufen auf die Verfassung der DDR, das Staatsbürgerschaftsgesetz, die Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Und dann haben wir geschrieben: „Dieser Antrag auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR ist zu verstehen als Ausdruck unserer entschiedenen Absage an die marxistisch-leninistische Gesellschaftskonzeption und ihre konkrete gesellschaftspolitische Praxis des Lebens in der DDR.“ Nach unserer Auffassung ist damit bereits eine wesentliche Grundvoraussetzung der Aufrechterhaltung der antidemokratischen Machtausübung durch die DDR genannt. Wir haben uns dabei bezogen auf das Gesetz über die Ein-Parteien-Herrschaft in der DDR. Wir haben geschrieben: „Dieser Ausreiseantrag stellt unsere persönliche Gewissensentscheidung dar, die auf ideologiefreien und so Freiheit ermöglichenden Glauben gegründet ist. So steht unsere gesellschaftspolitische Position nach unserer Überzeugung folgerichtig und zwangsläufig im Gegensatz zu den totalitären Praktiken einer staats-sozialistischen Gewaltherrschaft.“ Diese byzantinistische Sprache atmet natürlich den Hauch der Vergangenheit, das ist ganz klar – ich will Sie damit jetzt verschonen, aber nur sagen: Wir haben diesen Ausreiseantrag manchen linken Freunden in West-Berlin gezeigt, weil davon vorhin schon die Rede war. Mit Naserümpfen und spitzen Fingern wurde uns das Dokument zurückgereicht, üblicherweise kommentarlos. Man hat wissen können, aber man wollte nicht wissen, wie es aussah. (Beifall)

Gesprächsleiter Dirk Hansen (FDP): Vielen Dank, Herr Neubert. Ich finde es immer wieder beeindruckend, daß uns allen heute, egal, ob aus dem Westen oder aus dem Osten kommend (ich sage das auch für mich, ich komme aus dem Westen), wieder ganz deutlich bedeutet wird, daß wir wirklich noch aufgefordert sind, Fragen an uns selbst, und das heißt, an unsere eigene Vergangenheit, an unser Verhalten gegenüber anderen stellen zu lassen und

uns selbst zu stellen. Sie haben für mich eben ein Beispiel dafür geliefert, wie notwendig es weiterhin so bleiben wird. Die eigenen Erinnerungen und die Assoziationen bei solchen Erzählungen führen mich dazu. Als nächste Frau Sybille Schönemann und Herr Hannes Schönemann.

Hannes Schönemann: Wir haben keine Arbeitsteilung vereinbart, weil es möglicherweise gar nicht dazu kommen wird. Auch in der Einschätzung unseres Falles sind wir uns nicht in allen Interpretationen einig, was wir aber wichtig finden.

Unsere Namen sind Hannes Schönemann, Sybille Schönemann. Wir sind 1984 verhaftet worden und 1985 im Rahmen des Häftlings-Freikaufs nach Hamburg gekommen. Wir gehörten zu einer Generation von Filmemachern in der DDR, die sehr stark davon geprägt war, was man heute die 1968er Generation nennt, um das nur einmal als Stichwort zu nennen.

Unser Verhältnis zu dem Land DDR war eher kritisch-solidarisch, wobei sich das Solidarische mehr auf die Menschen bezog und weniger auf die Gesellschaftsordnung. Ich muß voranstellen – das ist meine persönliche Interpretation der Ereignisse –, daß in den Kreisen, in denen wir zu Hause waren, sowohl beruflich als auch sozial, es als tabu galt, über die Möglichkeit, das Land zu verlassen, zu reden. Das war keine Parteigruppe oder so etwas, wir hatten einfach einen hohen hehren Anspruch an uns selber, daß wir durch unsere Filme, wenn wir sie denn machen werden, einen großen wichtigen Beitrag dazu leisten werden, daß dieses Land besser wird.

Ich persönlich habe noch einer Freundin von mir ein halbes Jahr, bevor ich selber einen Ausreisantrag gestellt habe, strikt davon abgeraten und sie, wenn auch nicht des Verrates bezichtigt, aber zumindest an unser gemeinsames Versprechen erinnert, so etwas nicht zu tun. Das wollte ich nur vorausschicken, weil unser Fall vielleicht auch typisch für die Generation der heute Vierzig- bis Fünfzigjährigen in der DDR ist.

Wir befanden uns nach erfolgreichem Studium an einer Schwelle, wo wir alle Anfang bis Mitte dreißig waren und der Generationswechsel in unserem Milieu, also der Filmemacher, der Kulturschaffenden hätte in absehbarer Zeit stattfinden müssen. Wir nahmen dann zunehmend zur Kenntnis, daß dies nicht der Fall sein wird, mußten erkennen, daß wahrscheinlich aus der Erfahrung, die die Oberen mit der Generation vor uns gemacht hatten – ich sage nur das Stichwort „Biermann-Affäre“ –, unsere Generation zunehmend kaderpolitisch und immer im Zusammenhang mit der Stasi, und aus unseren Akten läßt sich das sehr deutlich herausinterpretieren, einer sehr genauen Steuerung unterworfen war. Das hat damals bei mir persönlich zu dem Gefühl geführt, aus dem Dunkeln heraus verwaltet zu werden, aber nicht genau zu wissen, wie. Das ist, so meine Interpretation aus den Akten, die ich jetzt kenne, tatsächlich der Fall gewesen. In unserer Generation, in unserem Bereich bei den jungen Filmschaffenden der DEFA, hat eine sehr

genaue detaillierte kaderpolitische Steuerung stattgefunden, und zugelassen zur öffentlichen Person wurde nur jemand, der auch das „okay“ des MfS bekam, unabhängig von seinen Arbeitsergebnissen, Talenten, wie man es auch immer nennt. Dies ist mir damals alles nicht bewußt gewesen, ich ahnte es eher, merkte nur, daß ich offensichtlich, obwohl ich davon überzeugt war, daß meine Arbeitsergebnisse, mein Talent ausreichend hätten sein müssen, nicht zugelassen werden sollte zur öffentlichen Person, denn das wäre man in der DDR als Spielfilm-DEFA-Regisseur gewesen. Als mir das bewußt wurde, und dieser Bewußtseins-Prozeß hat bei mir persönlich fast zehn Jahre gedauert, von Anfang der siebziger Jahre bis zu dem Ausreiseantrag, als mir das endgültig und definitiv bewußt wurde und ich erkennen mußte, daß diese Entscheidung irgendwo definitiv getroffen worden ist, ich aber Filme machen wollte, habe ich – haben wir – von heute auf morgen entschieden, daß wir das Land verlassen müssen. Daß wir drei Jahre davor durch bestimmte Mechanismen der Kaderpolitik im Zusammenhang mit der Stasi an diesen Punkt gebracht worden sind, war mir damals noch nicht klar. Also ich betrachte mich auch als einen Menschen, der zur Ausreise gedrängt wurde, ohne daß man mir das sagte. Das in Kurzfassung zu unserem Fall.

Was ganz wichtig ist – aus der Aktenlage wissen wir heute, daß die Entscheidung, uns an diesen Punkt zu bringen, die Entscheidung, uns gehen zu lassen, und die Entscheidung, uns aber nur über die Inhaftierung und den Freikauf gehen zu lassen, Wochen vorher getroffen worden sind, bevor wir den eigentlichen Ausreiseantrag geschrieben haben, der letztlich zu unserer Verhaftung und unserer Verurteilung führen sollte.

Für mich ein ganz wichtiger Punkt, daß das Szenarium, bestimmte Abläufe immer im Zusammenhang mit der Kaderleitung, der Studienleitung und der Stasi standen, um bestimmte Dinge, ich sage nur das Stichwort „Planwirtschaft“, möglich zu machen. Dann sind wir 1985 über den Häftlings-Freikauf in Hamburg angekommen; zur Integration wird Sybille etwas sagen.

Sybille Schönemann: Es ist natürlich schwierig, wenn schon viele Leute vor einem gesprochen haben und so bewegende Schicksale, so viele Gedanken zur Sprache kamen, die man eigentlich nur wiederholen könnte von der Beziehung zur DDR, die bis heute auf geheimnisvolle Weise irgendwie geblieben sind und die man nie losgeworden ist, bis zu der Tatsache, was sie gewußt haben, daß sie mit Inhaftierung gerechnet haben und wir z. B. nie.

Wir haben diesen Ausreiseantrag auch nicht mit leichtem Herzen, sondern schon mit der Gewißheit, daß wir viel verlieren werden, gestellt. Wir haben nicht damit gerechnet, daß man uns inhaftieren würde. Wir haben am Anfang im Sinne der Familienzusammenführung formuliert, um denen eine gesetzliche Handhabe zu geben, uns ausreisen zu lassen.

Wir haben erst in den anderen Anträgen auf die berufliche Einschränkung hingewiesen und auch die Gründe angeführt. Wir haben natürlich mitnichten

geahnt, daß wir gefährdet sind, weil wir uns von Anfang an vorgenommen hatten, in keiner Weise zu provozieren, sondern, weil wir zwei Kinder hatten, uns ruhig zu verhalten, abzuwarten die zwei, drei oder vier Jahre, die es dauern würde, um dann dieses Land zu verlassen.

Das Erschreckende an dieser ganzen Geschichte war, wie ahnungslos wir waren, wie leicht man zum Feind gemacht werden konnte und wie die Verknüpfung zwischen der staatlichen Leitung, zwischen der Partei, der Justiz und dem MfS funktioniert hat, und in unserem Fall besonders, weil wir jetzt aus den Akten wissen, daß diese ganze Inhaftierung nur deshalb inszeniert worden ist, um ein Exempel zu statuieren, um die anderen jungen Filmemacher, von denen einige doch mit dem Gedanken spielten, weggehen zu wollen, abzuschrecken. Sie haben noch nach Paragraphen geucht, bevor sie den eigentlichen Anlaß hatten. Sie wollten uns einsperren, sie hatten es geplant und haben aber eigentlich erst bei der Vernehmung einen Punkt gefunden, mit dem sie uns festnageln konnten. Diese Verknüpfung zwischen der staatlichen Leitung, was auch Partei heißt, der Justiz und dem MfS finde ich wichtig, und deshalb möchte ich auf einige Einzelheiten hinweisen, die mich immer besonders bewegt haben. Dazu gehörte, daß bei der Gerichtsverhandlung, die nichtöffentlich stattgefunden hat, wie fast alle diese Prozesse, die staatliche Leitung, also die DEFA, für uns z. B. keinen gesellschaftlichen Vertreter, keinen Fürsprecher vorgesehen und damit auch ein Zeichen gesetzt hat, die sind zum Abschluß freigegeben, da gibt es nichts mehr, was wir unterstützen müßten, wir wollen genauso, daß die inhaftiert werden, wie das Gericht.

Der Paragraph, nach dem sie uns verurteilt haben, war § 214 – Beeinträchtigung staatlicher Tätigkeit durch Drohung. Es ging um einen Satz im Ausreiseantrag, wo wir gesagt haben, wir würden der weiteren unwürdigen Behandlungsweise in unserer Angelegenheit nicht tatenlos zusehen, das hat schon als Beeinträchtigung, Beeinflussung und Drohung gereicht. Bei der Gerichtsverhandlung war interessant, daß es die ganze Zeit und auch bei den Vernehmungen fast ausschließlich nur um die DEFA ging, um die geplanten Arbeiten, um die Querköpfigkeit und die Ignoranz, die man selbst an den Tag legte, indem man die politischen Notwendigkeiten dieses staatlichen kulturellen Betriebes ignorierte, also wie ignorant man gewesen ist. Darüber haben sie mit uns immer sprechen wollen. Es ging nicht um die Tatsache, welche Art der Bedrohung oder was sonst es dann gewesen sein könnte, auch bei der Verhandlung nicht. Sie haben uns eingesperrt wegen Beeinträchtigung staatlicher Tätigkeit, aber der eigentliche Grund war, daß die DEFA ihre jungen Leute abschrecken wollte, und es steht auch in dem Abschlußbericht, daß sich die Position der DEFA-Leitung durch die Tatsache, daß wir inhaftiert wurden, stabilisiert hat.

Diese Verantwortung finde ich ganz wichtig und auch interessant in dem Zusammenhang, wenn man über Wiedergutmachung oder über Abfindung

spricht, die wir ja alle nicht bekommen haben, weil die ganzen Kollegen die fristlose Kündigung unterschrieben haben, ohne daß wir uns wehren konnten. Wir haben überhaupt keine Möglichkeit gehabt, da etwas zu bekommen.

Eine andere Sache, die ich ansprechen möchte, ist eine Randgruppe, die eigentlich nie sprechen kann, das sind die Kinder der Leute, die im Gefängnis gesessen haben, über die reden wir ja nie. Welcher Schaden, welche Spuren durch die ganzen kleinen Schicksale sind entstanden? Ich meine, wir haben ein Jahr im Gefängnis gesessen, wir haben es relativ gut überstanden, aber die Frage ist, was bleibt auch in der nächsten Generation und wie kann man dies wieder reparieren. Die Kinder waren überhaupt nicht darauf vorbereitet, daß die Eltern inhaftiert würden. Dazu gehören die Therapien, die die Kinder nachträglich im Westen gemacht haben, und die Integrationsschwierigkeiten, die sie hatten, und der Verrat, den sie gefühlt haben von ihren Eltern, weil sie gar nicht wußten: Warum sind die plötzlich weg? Warum kommen sie nicht mehr nach Hause?

Die Kleine war 6 Jahre. Sie war gerade in die Schule gekommen. Die Große war 10 Jahre. Als man uns verhaftet hat, hat man den Kindern gesagt: „Eure Eltern sind am Nachmittag wieder da.“ Und dann haben unsere Kinder uns ein Jahr später im Westen wiedergesehen.

Hannes Schönemann: Wir hatten unseren Kindern natürlich auch nichts gesagt. Wir hatten zwar gesagt, wir tragen uns mit der Absicht, möglicherweise aus Potsdam wegzuziehen, aber wir hatten bewußt den Kindern nichts von der Problematik erzählt, in der wir uns seit Monaten befanden, also über die ganzen operativen Vorgänge, die Observation durch die Stasi und was da noch alles dazu kam. Davon hatten wir bewußt unseren Kindern nichts erzählt. Wir sind davon ausgegangen, daß wir zwei oder drei Jahre warten müssen, in diesen zwei oder drei Jahren eben uns mit uns selbst und mit unserer Arbeit beschäftigen müssen und in dieser Zeit genug Zeit haben werden, die Kinder langsam auf eine neue Heimatstadt vorzubereiten, mehr hatten wir ihnen nicht erzählt.

Sybille Schönemann: Also wir haben sie zwar auf eine Veränderung vorbereitet, haben aber wohlweislich das Thema „Ausreiseantrag“ vermieden, um die Kinder nicht zusätzlich in Konflikte zu stürzen, weil wir überhaupt nicht wußten, wie lange diese ganze Sache dauern würde. Die wären in der Schule diskriminiert worden. Die hätten nur gewußt, irgendwann gehen wir in den Westen, warum, wissen wir auch nicht so richtig. Die hätten es auch gar nicht gewollt, wir hätten ein Spannungsfeld aufgebaut, das völlig überflüssig gewesen wäre. Die Kinder waren natürlich in dem Moment, als wir verhaftet worden sind und sie erfuhren warum, völlig überfordert. Sie sind dann in den Westen gekommen – sechs Wochen, nachdem wir drüben waren, kamen die Kinder dann nach, was im Vergleich zu vielen anderen relativ schnell ging. Es hat aber danach lange gedauert – also verschiedene Schulwechsel,

die Kleine hat dann in der dritten Klasse schreiben gelernt, nachdem sie die ersten Jahre total verweigert hat, da irgend etwas zu lernen. Und es sind bestimmte seelische Schäden bis heute, obwohl die Kinder inzwischen doch erwachsen sind, geblieben, z. B. nicht allein sein zu können, wenn wir beide weggehen, daß sie dann immer noch irgend eine Panik haben. Das wollte ich nur am Rande erwähnen.

Das gehört natürlich schon wieder zum Thema der „Integration“, worüber man auch ewig weiterreden könnte. Das war mir der wichtigste Punkt, wie es eigentlich für die Kinder ist, wie die sich integrieren können, wie schwierig es ist für sie. Für uns war die Integration nicht nur einfach, weil wir auch in eine Arbeitswelt kamen, die wir nicht kannten. Wir waren ein Jahr nach dem Knast krank geschrieben. Ich glaube, danach war ich ein Jahr und Hannes zwei Jahre noch arbeitslos, bis wir unsere eigenen Strukturen gefunden haben, in denen wir wieder halbwegs funktionieren konnten.

Das sind Dinge, die nicht so bedacht werden, wenn man sagt, die sind in den Westen gekommen, und dann geht es immer wunderbar los. Uns ging es ja nicht schlecht. Wir waren auch froh wegen der brutalen Abnabelung, die der Knast eigentlich bedeutet. Man will einfach nicht zurück. Man kommt irgendwie zurecht, aber es ist schwer und schmerzvoll gewesen.

Bei der nächsten Frage will ich einmal über das Geld reden. Dazu gehört die Frage mit der Wiedergutmachung mit diesen 300 DM, die wir bekommen für einen Monat Knast, daß ist mir völlig rätselhaft. Ich stelle einfach einmal als Frage, warum die Leute, die in die DDR entlassen worden sind, 200 DM mehr im Monat kriegen. Wir haben mit Null DM angefangen. Wir sind mit den Hausschuhen, mit denen sie uns verhaftet haben, im Westen angekommen. 6 Wochen später kommen die Kinder, die eine Tasche voller Spielzeug mitbringen. Dann fängt man an, ein neues Leben aufzubauen, irgendwie wieder eine Familie zu gründen. Man muß sich einmal überlegen, daß die Leute, die im Gefängnis gesessen haben, praktisch alles haben neu lernen müssen. Ich wußte nicht, wie man Frühstück macht. Ich habe eine dreiviertel Stunde das erste Mal gebraucht, um überhaupt zu überlegen, was auf so einen Tisch gehört. Wenn man ein Jahr kein Frühstück macht, nicht kocht oder kein Bad vorbereitet – alles so profane Dinge, über die man nie redet –, wird deutlich, wie sehr man verletzt oder verstört war, obwohl man das Gefühl hat, man hat es gut überstanden. Insofern war es für die, die in den Westen gekommen sind, nicht nur toll und nicht nur besser als für die, die im Osten geblieben sind, in ihrer sozialen Umgebung, in ihrer Wohnung usw. (Beifall)

Gesprächsleiter Dirk Hansen (FDP): Danke, Frau Schönemann. Das, was Sie gesagt haben am Rande, war auch einmal wichtig, in den Mittelpunkt zu rücken – die Frage nach den Kindern. Frau Ellen Thiemann, als letzte in dieser Runde.

Ellen Thiemann: Jetzt müssen wir wieder einen Sprung zurück machen, denn

ich habe weder einen Ausreiseantrag gestellt noch liegt meine Geschichte in den achtziger Jahren.

Wir hatten 1972 geplant, die DDR illegal zu verlassen, weil das ja damals mit Ausreiseantrag, soweit mir bekannt ist, noch nicht möglich war. Wir hatten eine Fluchthilfeorganisation gesucht. Da muß ich insofern Frau Bienert widersprechen, das heißt von ihr ist es ehrenwert, daß sie das alles umsonst gemacht hat, und es gab sicherlich eine Menge Fluchthelfer, die das aus ideologischen Gründen gemacht haben.

Unsere Fluchthilfeorganisation war anders, und die, die ich dann im Gefängnis kennenlernte, die Frauen, die auch auf diese Art geflohen sind, mußten alle sehr viel Geld bezahlen. Ich habe bis vor ein paar Jahren noch fleißig abgezahlt.

Inge Bienert: Das ist ja das Schlimme, daß das überlagert ist und die, die nicht für Geld gearbeitet haben, immer im Soge derer standen, die kassiert haben.

Ellen Thiemann: Ich finde es richtig, daß so eine Organisation Geld genommen hat. Irgendwie mußten sie sich finanzieren, doch, es gab ja Unkosten. Und die, die reell gearbeitet haben, die also das wirklich für die Flüchtlinge gemacht haben, die weg wollten, die haben dann, wenn sie eine Summe von 20.000 DM von den Verwandten angenommen haben, die im Westen lebten, diese Summe, wenn die Flüchtlinge endlich nach langer Haft im Westen waren, an die West-Verwandten zurückgezahlt bis auf ein paar Unkosten von 1.000 DM bis 2.000 DM. Somit haben diese Leute einen normalen Start gehabt mit ein paar Unkosten.

Bei mir war es so, daß meine Fluchthilfeorganisation keinen Pfennig zurückgezahlt an meine Tante. Da meine Tante ein armes Luder war, wie man sagt, und selbst ein Darlehen aufnehmen mußte, war es ziemlich hart, das zu finanzieren. Ich habe bis vor drei Jahren abgezahlt.

Die Flucht war 1972 geplant. Wir sollten ursprünglich über Polen oder über die CSSR mit falschen Pässen flüchten. Dann hieß es ganz kurzfristig, es gibt keine Pässe, Sie müssen von Ost-Berlin nach West-Berlin mit Autoversteck. Ja, wenn man in Berlin lebt, das kann man hier nur bestätigen, das war eigentlich das letzte, was wir hätten machen sollen.

Mein Mann war damals Sportredakteur. Früher hat er Fußball gespielt, beim SC Dynamo Berlin. Mein Vater war Chefredakteur erst bei den „Sächsischen Neuesten Nachrichten“ in Dresden, und dann in Berlin war er Verlagsdirektor bei der „Nationalzeitung“. Ich selbst war Gott sei dank zum Zeitpunkt der Verhaftung nicht mehr angestellt. Ich war zuletzt bei der kubanischen Handelsmission tätig, aber zum Zeitpunkt der Verhaftung nicht.

Denn ich bekam erst einmal den Paragraphen 213, wegen „Republikflucht“, obwohl ich von zu Hause aus verhaftet wurde, also es nur geplant hatte. Dann bekam ich den Paragraphen 100 – „staatsfeindliche Verbindungsaufnahme“,

weil die Tante im Westen Verbindung mit der West-Berliner Fluchthilfeorganisation aufgenommen hatte, was ich jetzt erst aus den Gauck-Akten entnommen habe. Man hatte daran gearbeitet, mir einen dritten Paragraphen anzulasten, und zwar „Menschenhandel“, § 105, weil ich meinen Sohn mitnehmen wollte. Das muß man sich einmal vorstellen, wie pervers das ist; hätte ich ihn hier lassen wollen, dann hätte man sich einen anderen Paragraphen ausgedacht.

Über die Motive hat Herr Hilmer sehr ausreichend gesprochen. Sie wissen wahrscheinlich alle, je privilegierter man war, desto stärker wurde man auch bespitzelt. Die kleine Gemüseverkäuferin war weniger interessant als ein Professor oder Journalist oder ein Spitzensportler. So war das auch bei uns. Wir merkten also, daß unsere Post systematisch kontrolliert wurde. Es wurden die Pakete geöffnet. Da wurde der Kaugummi durchstochen, die Schokolade zerbrochen. In den Schokoladentafeln waren meistens so hübsche Sportbilder, die unser Sohn sammelte. Die entnahm man, klebte die Schokolade wieder zu, lieferte das Paket an uns aus. Ich habe noch die Spuren gesehen, da waren so dicke Leimspuren. Ich habe die letzten Jahre in Berlin die Pakete nur noch auf der Post geöffnet, und doch hat man bestritten, daß die Pakete vorher geöffnet worden sind. Man hat es auf die Bundesbehörden geschoben, die eben auch kontrollieren würden. Ich habe dann Leimproben gemacht. Der Leim war nach einer halben Stunde trocken, und der Leim, den ich an meinen Paketen hatte, war weich, also haben sie es vorher auch noch wochenlang liegen gelassen. Die Briefe wurden geöffnet, Fotos wurden herausgenommen, alles, was aus dem Westen oder aus dem „kapitalistischen Ausland“ kam, wie das so schön hieß; unser Telefon war angezapft worden. Wir durften nicht reisen in das westliche Ausland, das hatten wir auch gar nicht in Erwägung gezogen. So unverschämt waren wir ja gar nicht. Wir wollten dann einfach einmal nach Rumänien reisen. Selbst das gestatteten sie uns nicht. Und als ich auftauchte auf der Polizei und fragte: „Warum denn nicht? Rumänien ist doch ein sozialistisches Land.“ – „Wir sind Ihnen keine Rechenschaft schuldig.“

Dann haben wir festgestellt, daß von Juni bis Oktober 1972 in unserem Fernsehapparat ein Abhörgerät drin war. Ich habe es im Buch mit dokumentiert, da sind sehr viele Dinge wirklich minutiös festgehalten. In der Gauck-Behörde habe ich jetzt gesehen, daß wir nicht nur in diesen paar Monaten mit Wanzen bespitzelt worden sind, sondern daß man im Jahr vorher, 1971, sich in unsere Wohnung Zutritt verschafft hat, als wir im Urlaub waren. In Polen waren wir vier Wochen, und da hat man unsere Wohnung verwanzt, das habe ich jetzt erst aus den Unterlagen gesehen, und nach dem, was sie alles über uns wußten, ist mir auch einiges mehr klar.

West-Besuche wurden gemeldet; bei uns war ab und zu einmal mein Zwillingsbruder aus Köln auf Besuch. Berufliche Perspektiven, das wurde hier schon hinreichend gesagt, gab es ja nur über Partei- oder Stasi-Tätigkeiten. Meinem Mann, der als Spitzensportler tätig war – mein Ex-Mann, muß ich

dazu sagen –, dem wurde angetragen, er möge doch von Dynamo weggehen zum Sport-Hotel, er möge zur Staatssicherheit gehen, er würde im Monat 2.000 DM mehr beziehen, er würde sofort einen höheren Dienstrang haben. Die DDR-Sportler standen fast alle im Dienste der Volkspolizei (VP) oder der Armee oder der Stasi und waren alle Offiziere in Zivil. Er hat nie eine Uniform getragen, aber sein Gehalt bekam er von der Volkspolizei.

Dann hat uns der Drill an der Schule gestört. Unser Sohn ging in eine Oberschule, das heißt damals war er noch klein. Er kam mit sechs Jahren in die Schule und unterstand einem sagenhaften Drill. Er war Linkshänder, er durfte nicht links schreiben, nicht links malen und auch nicht links im Werkunterricht feilen usw., was wirklich lächerlich ist, wenn man das nicht gestattet.

Dann wurde von mir eine Unterschrift gefordert – damals war ich bei der DEWAG-Werbung in einer Redaktion tätig (da gab es zwei verschiedene Redaktionen) –, daß ich nicht mehr mit meiner West-Verwandtschaft Kontakt haben werde. Ich habe einen Zwillingbruder in Köln, und ich habe gesagt, wenigstens mit dem möchte ich Kontakt haben und mit einer Lieblingstante. Nein, ich dürfte überhaupt nicht. Ich müßte erst etwas unterschreiben; wenn ich das nicht tue, würde ich, obwohl ich als Leitungs-Kader vorgesehen war – so hieß das halt – keine Karriere machen. Ich habe mich geweigert, ein halbes Jahr später ist mein Chefredakteur noch einmal zu mir gekommen. Ich habe es wieder abgelehnt. Man blieb dann still. Ich hatte direkt keine Nachteile, aber ich stieg natürlich auch nicht auf. Und irgendwann habe ich dann gekündigt, ein paar Wochen darauf. Ich wollte nicht mehr.

Das jetzt zu unserer Motivation, was eigentlich alles bestätigt, was bereits vorhin gesagt worden ist. Und natürlich das Problem der Meinungsfreiheit, daß man total still sein mußte, heucheln mußte oder man ständig Bedrohungen unterlag, was ich jetzt auch in der Gauck-Behörde gesehen habe. Man hat z. B. aufgezeichnet, bei ihnen wird an Feiertagen nicht geflaggt.

So, die Flucht mißlang. Wir sind im Vorfeld verraten worden, es würde jetzt auch zu weit führen, zu sagen, wieso. Ich wurde also am 29.12.1972 verhaftet. Mein Sohn war im Auto versteckt. Ich habe das in Entfernung Invalidenstr./Chausseestr. beobachtet, bin dann schnell nach Hause. Mein Zwillingbruder aus Köln war da und wartete mit meinem Mann auf der Bowling-Bahn. Sie riefen dann an: „Wo bleibst du denn?“ Ich sagte: „Kommt schnell nach Hause“, ich konnte ja nicht reden, das Telefon wurde abgehört. Dann kamen die beiden an, und mein Mann und ich haben einen Schlachtplan ausgearbeitet. Wir haben im Ministerium für Staatssicherheit angerufen, wo ein mit uns etwas befreundeter stellvertretender Minister für Staatssicherheit war, Alfred Scholz, er lebt nicht mehr (verstorben 1978 – Sekr. Enquete-Kommission). Und dieser Mann hatte meinem Mann im Oktober 1972 auf dem Sportplatz durch die Zähne zugezischt: „Ich warne dich, laß die Finger von der Sache mit deiner

Tante, es steht sehr ernst.“ Den haben wir versucht anzurufen und versucht zu retten, was zu retten ist. Sie hatten ja unseren Sohn. Er war nicht da; es ist alles registriert worden im nachhinein.

Irgendwann tauchten sie auf, gegen zehn/halb elf sechs Mann und verhafteten uns. Sie sagten: „Zur Klärung eines Sachverhaltes kommen Sie bitte mit.“ Mein Mann in ein Auto, ich in eins. Dann wurden wir die ganze Nacht getrennt verhört. Ich habe immer die ganze Zeit, so hatten wir das ausgemacht, gesagt: „Mein Mann hat damit nichts zu tun.“ Ich wollte mit meinem Sohn alleine fliehen, weil nur ich mit meinem Sohn bei dem Schleuser, am Autoversteck, war. Mein Mann hat es wirklich nicht miterlebt. Denn wir haben gedacht, wenn einer von uns ins Gefängnis muß, dann bin ich es, denn ich war dabei. Der Kleine ist auch verhört worden. Er hat damals ausgesagt: „Mama sollte morgen kommen und Papa in vierzehn Tagen.“ Aber, nun ja, das konnte man dann so auslegen – ich habe gesagt, das hätte ich nur gesagt, um den Kleinen zu beruhigen.

Ich bekam dann drei Jahre und fünf Monate Gefängnis für etwas, was ich noch gar nicht getan hatte, mußte zweieinhalb Jahre in Hoheneck absitzen, in diesem furchtbaren Bau. Erst in Hohenschönhausen wurde ich schwer gefoltert mit Schlafentzug, mit Drogen, wie ich jetzt in der Gauck-Behörde gesehen habe, mit sehr viel mehr Drogen, als ich ursprünglich angenommen hatte. Ich hatte wissentlich nur ein Glas bekommen, da wurde gesagt, das sei Schlafmedizin. Die bekam ich früh um neun, durfte mich dann aber nicht hinlegen, und was ich jetzt in der Gauck-Akte gesehen habe, bin ich in der ganzen U-Haft mit Drogen gefoltert worden, und das erklärt jetzt auch viele Bewußtseinsveränderungen, die ich mir damals nicht erklären konnte. Im Hoheneck war ich bis zum 29. Mai 1975, dann wurde ich entlassen nach Ost-Berlin.

Was ich nicht wußte, war, daß mein Mann inzwischen eine andere Frau zu Hause hatte und für die Stasi nebenbei arbeitete. Damals war er Sportredakteur beim „Sportecho“ in Ost-Berlin; heute ist er Sportredakteur bei „Bild“ in West-Berlin. Als ich zurückkam nach Ost-Berlin, wurde ich vor diese neue Situation gestellt. „Ich lasse mich scheiden, ich habe eine andere Frau.“ Am 7.7.1975 war die Scheidung, dann bin sofort zu Dr. Vogel in die Praxis. Er hatte mir vorher noch den wohlgemeinten Rat gegeben: „Sagen Sie um Gottes Willen nicht vor dem Scheidungsgericht, daß Sie nach wie vor in den Westen wollen. Dann kriegen sie ihren Sohn nicht.“ Das habe ich auch nicht getan. Ich bekam meinen Sohn zugesprochen, mein Mann wollte ihn auch gar nicht. Ich war sehr glücklich, als Dr. Vogel den Ausreiseantrag stellte, war fast jeden zweiten/dritten Tag in seiner Praxis, mußte dafür keinen Pfennig bezahlen; er wußte ja, daß ich kein Geld mehr hatte. Ich habe ihm auch gesagt, im Osten werde ich keinen Tag bleiben und auch keinen Tag arbeiten. Er hat dann diese Ausreise betrieben, und am 10. Dezember 1975 sollte es so weit sein.

Was ich da aber an Schikanen der DDR-Behörden erlebt habe, das werden mir viele bestätigen, die Ausreiseanträge gestellt haben. Es war eine andere Situation, weil bei mir die Haft vorangegangen war durch den Fluchtversuch. Das spottet jeder Beschreibung. Ich habe es auch im Buch dokumentiert, weil es zu weit führt, das alles Ihnen jetzt zu erzählen.

Sie hatten auf die Entlassung aus der Staatsbürgerschaft, auf die Urkunde, meinen Sohn nicht mitgeschrieben. Da habe ich gesagt: „Ohne Kind gehe ich nicht.“ – „Den kriegen Sie nicht mit.“ Ich wieder zu Vogel, er hat gesagt: „Das gibt es nicht. Ich habe vom Ministerium für Staatssicherheit die Zusage.“ Er hat wieder vorgeschlagen bei denen. Dann habe ich ihn wieder angerufen, weil unser Telefon merkwürdigerweise tot war, plötzlich lahmgelegt, dann wieder von einer Stelle zur anderen. Dann habe ich die Urkunde mit meinem Sohn bekommen. Dann brauchten wir ein Visum. Auf dem Visum stand mein Sohn auch wieder nicht. Wir hatten dann so merkwürdige Ausreise-Visa bekommen, wo noch nicht einmal eine Staatsbürgerschaft darauf stand, da stand Staatsbürgerschaft und dann ein leerer Platz. So, dann habe ich da wieder gekämpft, daß mein Sohn mit ausreisen durfte. Und immer diese widerlichen ganz, ganz böartigen Anwürfe dieser Angestellten, das war gezielt gemacht. Das bestätigt auch wieder, was Familie Schönemann gesagt hat, daß sie so Hand in Hand gearbeitet haben, daß da jeder Bescheid wußte – „da ist wieder einer, das ist ein Staatsfeind“, wie es uns auch im Gefängnis schon gesagt worden ist von einem weiblichen Offizier: „Republikflucht kommt gleich nach dem Massenmord.“ Irgendwann war es endlich so weit, am 19. Dezember 1975 durften im Bahnhof Friedrichstraße mein Sohn und ich in den Zug steigen und in Richtung Westen fahren.

Wir sind zuerst eine Woche in Seesen im Harz gewesen, weil ich meinem Sohn den Konsumschock ersparen wollte, der kannte den Westen nur aus Erzählungen und aus dem Fernsehen. Wir sind eine Woche in dieser Kleinstadt gewesen und dann erst Ende 1975 nach Köln, wo mein Zwillingbruder wohnte und Verwandtschaft, gezogen.

Zum Start in Köln muß ich auch noch etwas sagen – das ist voll in den Referaten der beiden Wissenschaftler zum Ausdruck gekommen. Es war sicherlich in Westdeutschland sehr viel schwerer als hier in West-Berlin. Die Mentalität der Leute dort war so konträr zu den Leuten aus dem Osten, aus Ost-Berlin. Hier – wer in West-Berlin wohnte, ist mit der Mauer großgeworden, er hat sich irgendwann daran gewöhnt, ob es ihm recht war oder nicht. Aber in Köln – die Ämter, also das ist ein Wahnsinn gewesen, was sich da abgespielt hat. Ich kam wirklich geschlagen an, todkrank, natürlich durch diese Scheidungsgeschichte. Ich dachte, mein Mann küßt mir die Füße, wenn ich komme, weil ich ihn die ganze Zeit nicht verraten habe, und dann spielte sich da so etwas Furchtbares ab. Ich fand Unterlagen, daß er inzwischen für die Stasi arbeitete. Damit mußte ich auch zuerst fertig werden. Und dann

komme ich nach Köln und dachte, jetzt ist alles einfach, und dort wußte man nicht Bescheid. Was dazu vorhin gesagt worden ist von Herrn Geiger, war sehr interessant, und das möchte ich auch noch einmal bestätigen.

Also die Bespitzelung in Köln ging weiter, und sie geht heute noch weiter, die ist noch nicht zu Ende gewesen mit dem Umsturz, möchte ich ihnen nur sagen. Gott sei dank habe ich das Glück, in meiner Zeitung ab und zu Berichte zu schreiben über Margot Honecker & Co., über Stasi & Co., und immer dann, wenn ich solche Artikel drin habe, kriege ich heute noch Morddrohungen. Vielleicht sollten sich einmal die Journalisten, die hier im Raum sind, ein paar Gedanken machen, wenn sie Anrufe bekommen von irgendwelchen Leuten, daß man das nicht als Hirngespinnste oder Einbildung abtun soll. Man sollte es verdammt ernst nehmen, denn die Stasi ist weiter aktiv, und sie schicken heute noch Flugblätter. Sie machen nicht nur anonyme Anrufe. Ich bin z. B. nicht in Köln unter der Anschrift gemeldet, wo ich wohne, Telefon ist sowieso, seit ich im Westen lebe, eine Geheimnummer, die ist ein paar Mal aufgestöbert worden von denen. Aber unter meiner Adresse sind mehrfach mysteriöse Personen aufgetaucht. Also es hört nicht auf, und ich kann das von Herr Geiger nur bestätigen. Ich habe gerade Unterlagen geschickt bekommen von der Gauck-Behörde, von den wenigen, die von meiner Sache noch da sind. Da steht drin, daß ich 1989 einen Leitartikel in der Zeitschrift von Siegmur Faust, also von der „Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte“ – „DDR-intern“ – hatte. Da hatte ich einen Leitartikel geschrieben über Stasi-Drohungen und Mordanschläge, und diese Sache haben die 1989 noch in den Stasi-Akten abgeheftet, die habe ich gerade geschickt bekommen. Das sollte uns allen zu denken geben, auch den Damen und Herren der Enquete-Kommission, daß sie vielleicht doch viel mehr die Zeitzeugen hören sollten. Ich bedauere auch, daß Frau Schönemann nicht länger reden konnte, daß wir einfach zu wenig Zeit haben, um diese Dinge, diese Erfahrungen Ihnen mitzuteilen, weil ich finde, daß das für Ihre Arbeit wichtig ist.

In Köln war der Start schwer, die Schule, diese verschiedenen Systeme. In der DDR gab es ein Schulsystem – da gab es nun alles mögliche, von der Montessori-Schule über Gymnasium, Hauptschule usw. Das war sehr schwer, da hat man uns sehr wenig geholfen. Auf den Ämtern verschwanden alle Unterlagen, im Ausgleichsamt, Versorgungsamt, Wohnungsamt, überall, wo ich etwas abgegeben, wo ich Anträge eingereicht habe. Über gesundheitliche Haftschäden verschwanden die ganzen Unterlagen. Die Ärztin verhöhnte mich, sagte: „Glauben Sie, daß Ihnen hier im goldenen Westen die gebratenen Tauben in den Mund fliegen?“. Mit solchen Sachen mußten wir uns im Westen auseinandersetzen, nachdem wir gerade so ein schweres Schicksal hinter uns hatten. Also das hat auch sehr viel zusätzliche Kraft gefordert, die eigentlich nicht notwendig gewesen wäre. Ich denke mir, in Berlin hat man mehr Verständnis gehabt für die Leute, die gekommen sind. Allerdings

muß ich auch eines zur Ehrenrettung sagen – z. B. Herr Wischnewski, weil ich die ganzen Kölner Geschichten hier mit im Buch verankert habe, hat mich angerufen und mir gedankt, daß ich diese Sachen im Buch dokumentiert habe, so daß er mit den Ämtern nun anders umgehen und die Ämter anders anleiten kann. In den achtziger Jahren ist es natürlich sehr viel besser geworden, auch in Köln. Das muß ich schon sagen – laut Erzählungen jedenfalls.

Abschließend möchte ich noch etwas sagen, was auch sehr widerlich war. Mein Mann war zum Unterhalt für meinen Sohn verpflichtet, 250 Ost-Mark auf ein Konto zu zahlen. Da haben mir die Westbehörden auch nicht geholfen. Ich war ja arm wie eine Kirchenmaus. Ich hatte 25.000 DM Schulden, als ich ankam, kein Bett in der Wohnung, kein Glas, nichts auf dem Tisch. Ich habe sieben Jahre ohne Bett geschlafen, sondern auf einem ausziehbaren Sessel. Und dann hat man mir für meinen Sohn das Armenrecht verweigert in Köln. Wir mußten, um den Unterhaltsprozeß zu führen, einen Anwalt in Ost-Berlin und einen Anwalt in Köln nehmen, und ich hatte überhaupt kein Geld dafür. Dann haben sie verlangt – die Jugendämter haben nur so schleppend mitgearbeitet –, daß ich West-Geld im Osten einzahle auf ein Konto. Der Prozeß ging ein Jahr. Dann wurde mein Mann dazu verdonnert, 250 Ost-Mark auf das Konto zu zahlen, was dann in West transferiert wurde. Und dann hat es noch einmal zwei Jahre gedauert, nachdem wir den Prozeß gewonnen hatten, ehe wir unser Westgeld von dem Ostkonto zurück bekamen. Da hat man uns geschrieben, nein, ich könnte das nur in Ost zurückbekommen, obwohl ich es in West eingezahlt hatte. In Köln gab es keine Stelle, ich habe an Minister geschrieben, an Regierungspräsidenten, damit die mir geholfen hätten. Also das muß man wirklich auch einmal mit erwähnen, obwohl ich nicht undankbar sein will.

Ich möchte in diesem Moment trotzdem noch einmal sagen, die Bundesregierung hat uns natürlich und vielen Menschen das Leben gerettet, indem sie uns freigekauft hat, denn wenn wir das im Gefängnis nicht gewußt hätten, daß so und so viele wieder auf den Transport gehen nach dem Westen (Wir hörten immer wieder, die werden zuerst einmal nach Karl-Marx-Stadt transportiert und gehen dort als Sammeltransport nach dem Westen.), dann hätte es sehr viel Selbstmorde gegeben. Irgendwo haben wir dann einen Rücklauf gefunden; in einem Brief war eine versteckte Nachricht von einem Familienangehörigen, da wir alle immer unsere Adresse mitgegeben hatten, daß sie uns informieren sollen, und dann wußten wir, daß sie wirklich im Westen gelandet sind. Das gab Hoffnung für uns, und das hat viele von uns aufrechterhalten, daß wir nicht selber Hand an uns gelegt, daß wir uns nicht das Leben genommen, daß wir durchgehalten haben. Nur, man sollte nicht unerwähnt lassen, was Frau Schönemann eben vorhin gesagt hat, daß es für die ehemaligen Häftlinge wirklich unbegreiflich ist, daß man diesen Unterschied machen will zwischen Ost und West. Das ist egal, wer im Osten wohnt oder im Westen wohnt, man

schaft da eine Zwei-Klassen-Gesellschaft unter Häftlingen. Jeder hat dasselbe durchgemacht, der eine mehr, der andere weniger, der eine kürzere Zeit, der andere längere Zeit. Ich war zweieinhalb Jahre da drinnen. Ich habe doppelt Zwangsarbeit geleistet. Ich hatte eine Fluchtsumme bzw. eine Anfangssumme von 25.000 DM Schulden nachzuzahlen und soll auch nur 300 DM kriegen. Das ist halt ungerecht, und deshalb kann ich genau die älteren Häftlinge verstehen, die in der Russenzeit inhaftiert waren, die fünfundzwanzig Jahre Haft vor sich hatten, dann zwar nach sieben Jahren herausgekommen sind, und was die älteren Damen erlebt haben, wie die heute traurig und enttäuscht sind, daß man da einen Unterschied machen will. Das möchte ich hier noch einmal unterstreichen, weil das eine zweite Ungerechtigkeit ist, die jetzt hier von seiten der Bundesregierung gemacht wird. (Beifall)

Gesprächsleiter Dirk Hansen (FDP): Vielen Dank, Frau Thiemann. Wir sind, was unseren Zeitplan angeht, über die Zeit, aber ich finde, das gehört dazu. Sie haben recht zu sagen, daß wir zu wenig Zeit für die verschiedenen Erfahrungen, Erlebnisse und Bedrängnisse haben. Ich schlage vor, zu einer Fragerunde zu kommen. Ich notiere: Herr Büttner war der erste, dann Herr Faulenbach.

Abg. Büttner (CDU/CSU): Ich habe drei kurze Fragen eigentlich an alle, weil ich annehme, alle werden am Schluß noch etwas sagen oder zusammenfassend auf die Fragen antworten wollen.

Zunächst die erste Frage: Waren denn die eigenen Erfahrungen, Ihre Biographien, Anstoß und Anreiz zu gesellschaftlichen oder politischen Engagements später in Westdeutschland? Wie sind Sie in Westdeutschland eingestiegen? Haben Sie sich vor allen Dingen – das ist der zweite Teil der Frage – für die Menschen eingesetzt, die Leidensgefährten waren, das heißt waren Sie später aktiv in Organisationen wie VOS oder Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), haben Sie versucht, für andere Ausreisewillige etwas zu tun, oder war das Kapitel anschließend für Sie abgeschlossen?

An Frau Bienert die direkte Frage: Sie haben auf die zahlreichen selbstlosen Fluchthilfe-Organisationen hingewiesen, die eigentlich untergegangen sind in der heutigen Medien-Diskussion. Wenn ich mich an Schlagzeilen erinnere, da war das eben die Frage des großen Geldes, die gerade in den letzten zwei/drei Jahren eine Rolle spielte. Alle diejenigen, die wie Sie ohne Bezahlung aus Idealismus heraus und mit persönlichen Nachteilen bis zur Haft dafür bezahlt haben, spielen keine Rolle mehr. Fühlen Sie sich eigentlich in unserer heutigen Gesellschaft noch beachtet: a) von der Politik, aber b) vor allen Dingen von den Medien? Und welchen Rat können wir den Medien heute geben, auch einmal mit Blick auf Film und Fernsehen und Aufarbeitung von Holocaust, wie wir sie gerade zur Zeit erleben von den Amerikanern? Können nicht auch deutsche Medien aus ihrer Sicht heraus vielleicht einen Anstoß geben, diese Zeit so aufzuarbeiten, wie Sie sie erlebt haben, auch mit den Menschen, die

ähnlich wie Sie Fluchthilfe nicht kommerziell betrieben haben und deren Rolle auch ein Stück weit vernünftiger, besser, ehrlicher und tapferer darzustellen? (Beifall)

Gesprächsleiter Dirk Hansen (FDP): Vielen Dank. Herr Faulenbach als zweiter. Die Befragten müssen sich ein bißchen merken oder notieren, was gefragt worden ist, und am besten wäre, der Fragesteller sagt auch, so wie eben das Herr Büttner in bezug auf Frau Bienert getan hat, wen er unmittelbar meint mit seiner Frage. Herr Faulenbach, bitte.

Sv. Prof. Dr. Faulenbach: Ich möchte von dem eben Gehörten her an die beiden Sozialwissenschaftler Fragen stellen, denn ganz anscheinend sind die Raster, die Sie als Wissenschaftler anwenden, zu grob. Jedenfalls sehe ich eine erhebliche Diskrepanz zwischen dem, was wir am Anfang gehört, und dem, was wir jetzt konkret erfahren haben.

Zunächst Fragen an Herrn Hilmer: Die Berichte, die wir gehört haben, legen den Eindruck nahe, daß es entgegen den referierten Befunden eine erhebliche Distanz zwischen denjenigen gegeben hat, die hiergeblieben sind, und denen, die ausgewandert sind. Es hat da offenbar Spannungen gegeben, wie einige Fälle, die hier vorgeführt wurden, zeigen. Könnte es sein, daß Ihre standardisierten Fragen an diejenigen, die im Westen angekommen sind, diesen Tatbestand nicht erfassen können? Möglicherweise reicht das Instrumentarium nicht aus, um Distanzen etwa in oder zu früheren Freundeskreisen mit in den Blick zu bekommen; hier liegt anscheinend doch – jedenfalls bei den hier dargestellten Fällen – eine Bruchlinie vor. Ich erinnere übrigens daran, daß die Art der Schikanen, die ausgeübt worden sind, sicherlich behördlich gewollt waren, wobei eine Fülle von Personen beteiligt gewesen sind, die schikaniert haben. Auch dies könnte darauf hindeuten, daß es zwischen denjenigen, die ausgewandert sind, und denjenigen, die in der DDR geblieben sind, Differenzen gegeben haben muß. Jedenfalls ist eine ganze Reihe von Beiträgen nicht anders zu verstehen.

Auch an Herrn Ronge die Frage: Sicher war Ihre Fragestellung im engeren Sinne die Integrationsproblematik. Aber dadurch, daß Sie die subjektive Dimension der Integrationsfrage weitgehend abgeschnitten und gesagt haben „Das ist politisch nicht relevant“, kommen natürlich all die Probleme, die hier angesprochen worden sind, bei Ihnen als Wissenschaftler nicht richtig in den Blick. Müßten Sie nicht ihr Instrumentarium dahin verändern, daß Sie über qualitative ausführliche Interviews mit einer Reihe von Menschen festzustellen versuchen, was passierte, als diese Menschen in den Westen gegangen sind, u. a. welche Probleme hat es dabei konkret gegeben? Wenn hier gesagt worden ist – sie sind weggegangen, es hat eine Distanzierung zur DDR stattgefunden, aber sie sind zum Teil sozusagen nicht angekommen – so ist dies doch auch bedeutsam im Hinblick auf die Frage, wie wir jetzt insgesamt Integration in Deutschland betreiben. Insofern hätten wir hier eine Fallgruppe, übrigens

auch als Wissenschaftler, von der her wir Hypothesen gewinnen könnten im Hinblick auf den Integrationsprozeß insgesamt.

Also noch einmal zum Frageraster bzw. Fragenrahmen: Sind sie vielleicht für die Erfassung der subjektiven Dimension, die wir hier eindrucksvoll vorgeführt bekommen haben, zu grob?

Gesprächsleiter Dirk Hansen (FDP): Herr Passauer, der nächste dann Herr Meckel.

Sv. Martin-Michael Passauer: Ich habe vier Fragen.

Die eine Frage (dafür danke ich Frau Schönemann sehr herzlich, diese Frage habe ich mich vorher schon notiert) nach den Kindern und den Jugendlichen finde ich noch nicht ausreichend beantwortet. Ob vielleicht die anderen oder die Wissenschaftler darauf reagieren können? Denn es ist in der Tat so, daß bei Ausreisefragen die Kinder erhebliche Schäden bekommen haben. Ich frage, wie Sie als Eltern dies aufgearbeitet oder daran gearbeitet haben, oder wie Sie als Wissenschaftler dieses Phänomen beurteilen.

Die zweite Frage, eine Unterstützung der Frage von Herrn Büttner, nach Ihrem politischen Engagement. Als Sie schließlich da angekommen waren, wo Sie hin wollten oder wo sie vielleicht nicht hin wollten: Wie haben Sie sich innerlich, politisch orientiert? Oder wie haben Sie sich gesellschaftlich orientiert? Wie war Ihre Bereitschaft, sich auf dieses neue gesellschaftliche System einzulassen?

Die dritte Frage geht besonders an Herrn Neubert, die Frage der Nacharbeit. Das, was Sie erzählten, ist ja Begegnung mit heute noch Lebenden und zum Teil Verantwortung tragenden Frauen und Männern. Gibt es aus Ihrer Sicht, oder auch aus der Sicht anderer, so etwas wie eine persönliche Nacharbeit. Etwa so, daß Sie sagen, was ich jetzt weiß und damals nicht wußte, verführt mich doch zu der Frage an Sie oder an Dich: „Wie ist es eigentlich damals gewesen?“ Oder ist das Forum hier eigentlich die Form der Nacharbeit? Das betrifft uns alle, die wir hier an der Frage arbeiten: Wie ist das mit der Nacharbeit?

Die letzte Frage geht an Herrn Hilmer: Sie haben hier in einer ihrer Auflistungen geschrieben, die Übersiedler trugen dazu bei, den Blick auf die Verhältnisse in der DDR zu schärfen und die Verbindung von Ost nach West zu stärken. Wie beurteilen Sie das eigentlich nachträglich, diese Einschätzung des Phänomens? Denn wenn sie stimmt, und ich habe keinen Zweifel daran, daß sie stimmt, hätte sie irgendwelche politische Konsequenzen haben müssen. Also das hätte ja zumindest nicht zur politischen System-Stabilisierung beitragen können, sondern hätte eigentlich zu einer Form von politischer Demontage von seiten der Bundesrepublik führen müssen, die jedenfalls nicht erkennbar war. Wie schätzen Sie das nachträglich ein, daß das, was Sie wissen

und was Sie hier sehr überzeugend auch dargestellt haben, ja kaum erkennbare Konsequenzen gehabt hat?

Gesprächsleiter Dirk Hansen (FDP): Herr Meckel und dann Herr Fricke.

Abg. Meckel (SPD): Es fällt jetzt schwer, hier nicht selbst als Zeitzeuge aufzutreten, aber diese Rolle hat nachher Herr Dr. Eckert. Er wird unter dem Stichwort des „Zurückgebliebenen“ einige Worte sagen. Bei mehreren Zeitzeugen, die hier vorgetragen haben, ist sehr deutlich geworden, das es eine Reihe von Verletzungen gegeben hat. Man fühlte sich nicht verstanden, hatte viel Wut und Protest in sich. Meine Frage: Haben Sie dieses Gefühl des Verlassenwerdens, des Protestes bei denen, die Sie zurückgelassen haben, festgestellt? Haben Sie darüber nachgedacht, weshalb das so war? Wie würden Sie sich das im nachhinein erklären? Ich glaube, hier gibt es vielleicht nach so einem langen Abstand eine ganze Menge Gesprächsbedarf. Christhard Neubert hat es ja vorhin so ausgedrückt, er sei damals an einem Punkt angekommen, wo er entweder politisch aktiv werden mußte oder gehen.

Wir, was sich Opposition in der DDR nennt, hatten oft das Gefühl, daß viele, die weggegangen sind (nicht alle, gewiß nicht alle), bis zum letzten Tage angepaßt waren, dann den Ausreiseantrag stellten und weggingen. Dieses Vorurteil – wie wurde dies damals, sofern Sie es wahrgenommen haben, und wie wird es nachträglich gesehen? Ist es die Überheblichkeit von ein paar Akteuren gewesen? Haben wir Zurückgebliebenen möglicherweise gar nicht wahrgenommen, wo die persönlichen und die vielen anderen Schwierigkeiten für Sie lagen? Ich meine Ihre Situation vor der Antragstellung. Fühlten Sie sich dann in Ihrer Entscheidung richtig verstanden?

Nächster Punkt – die Lage dann im Westen: Unser Eindruck war oft, daß die allermeisten Ausreiser (das ist ja durch das, was Prof. Ronge gesagt hat, in gewisser Weise bestätigt worden) sich im Westen sehr schnell integrierten. Aus dem Blick derer, die zurückblieben, kann man sagen, daß sie sich so anpaßten, daß man sie gar nicht mehr spürte, auch nicht mehr als eine Lobby für uns im Osten. Und das möchte ich auch als eine Frage stellen: Gab es Aktivitäten? Gab es irgend etwas, wo nicht nur persönliche Freunde, sondern die Tatsache, daß es da dieses System gab, eine Rolle spielte? Herr Neubert sagte, dann begann die Normalität – das ist mir sehr nahe gegangen –, die Normalität, weil man selber da war, wo es dann anscheinend normal war, wie für die allermeisten Westdeutschen.

Letzte Frage direkt an Prof. Ronge: Hatten Sie Kontakt zu dem, was wir jedenfalls in Ost-Berlin dann oft die „DDR-Kolonie in West-Berlin“ nannten? Gemeint ist die relativ kleine Zahl von DDR-Flüchtlingen, die von West-Berlin aus intensiven Kontakt hielten! Bekannte Namen sind nun Ralf Hirsch, Jürgen Fuchs oder Biermann u. a., durchaus auch manche gebrochene Persönlichkeiten, die eben nicht richtig ankamen und für die das nicht nur Solidarität war, sondern auch Nichtzurechtkommen.

Gesprächsleiter Dirk Hansen (FDP): Herr Fricke, bitte.

Sv. Karl Wilhelm Fricke: Ich habe zwei Fragen. Die erste richtet sich an diejenigen Zeitzeugen, die seinerzeit die DDR verlassen haben. Ich würde Sie bitten, ein paar Worte doch zu sagen, ob Sie heute noch Kontakt oder wieder Kontakt zu denen haben, die Sie verlassen haben, das heißt zu den früheren Freunden und Bekannten in der DDR, und wie das Verhältnis heute ist, ob Sie heute Ihre Entscheidung anders beurteilen als damals.

Die zweite Frage richtet sich an Herrn Hilmer: Sie haben im wesentlichen in Ihren Darlegungen die Motivation der Fluchtbewegung in den Jahren nach dem Bau der Mauer dargelegt. Nun wissen wir alle, daß von 1949 bis 1961 auch über 2 Millionen Menschen die DDR verlassen haben. Können Sie kurz sagen, ob es wesentliche Unterschiede in der Fluchtmotivation aus dieser Zeit gibt oder Übereinstimmung? Und haben Sie jemals untersuchen können, ob unter den Geflüchteten, sowohl vorher als auch nachher, ein bestimmter Anteil von Mitgliedern der SED war?

Gesprächsleiter Dirk Hansen (FDP): Herr Gutzeit bitte, und dann Herr Poppe.

Sv. Martin Gutzeit: Zuerst eine Frage an Herrn Hilmer: Sie haben auch von Ihren langjährigen Forschungen berichtet, aus denen deutlich wurde, welches Verhältnis die DDR-Bürger zu ihrem Staat hatten, und dann auch noch vorausschauend gesehen, daß es besonders schwierig würde 1988/89. Wenn man die Berichte in den Medien, wenn man Äußerungen westdeutscher Politiker aus dieser Zeit der achtziger Jahre dazu ins Verhältnis setzt, was Sie über Ihre Forschungen sagen, scheint es fast so, als ob das, was Sie erforscht haben, irgendwie bei Politik und Medien überhaupt nicht angekommen ist. Können Sie das etwas genauer erläutern? Denn als nachher das System zusammenbrach, erschien es wie ein Wunder; wenn man Ihre Forschungen betrachtet, ist es gar nicht so verwunderlich.

Als nächstes eine Frage an Frau Bienert: Von Interesse wäre, zu wissen, nachdem Sie aus der Haft entlassen wurden und dann wieder in West-Berlin lebten – welche Erfahrungen haben Sie gemacht? Wie haben sich Politik und Medien zu Ihnen am Anfang verhalten, wie ging das in der Geschichte weiter? Es steckt schon in Ihrer Geschichte drin, aber ich möchte das einfach nicht nur aus heutiger Sicht hören – wie waren Ihre Erfahrungen in den sechziger, siebziger und achtziger Jahren? Wie haben sich Menschen zu dem verhalten, was Sie damals gemacht haben?

Und schließlich noch einmal zu Herrn Neubert: Natürlich hat das Verhalten der Ausreiser gewirkt – wir haben das ja über Jahre erfahren. Von Anfang der siebziger bis Ende der achtziger Jahre ging es immer schubweise, daß man liebe Freunde und Mitstreiter verlor, so daß ja dann sehr bald der Spruch aufkam: „Der letzte macht das Licht aus“, weil aus dieser Szene, aus der mobilisierbaren Szene, wo auch Opposition entstehen konnte, immer sehr viel

abgefließen ist. In welcher Weise ist das mit reflektiert worden? Bei Ihnen in der Begründung ihres Ausreiseantrages sind ja sehr harsche Kritiken der DDR-Wirklichkeit enthalten, dies haben wir auch von vielen anderen gehört. Welche Auswirkungen, meinen Sie, hat es gehabt, wenn gerade die, die eine starke Kritik an dem System übten, dann gegangen sind, welche Auswirkungen für die, die dageblieben sind? Ich will nur einmal darauf hinweisen, weil es jetzt so scheint, als ob diejenigen, die dann sagten, bleib doch hier und kämpfe, quasi welche sind, die das System stützen wollten. Ich meine, Sie haben im gleichen Institut gelernt wie ich, und wenn ich mir anschau, wenn noch mehr von denen, die damals da waren, gegangen wären – was wäre dann nachher am Ende der achtziger Jahre an Potential noch übrig geblieben. Ich habe in Ihren Äußerungen so anklagende, spitze Bemerkungen gehört, deshalb die Rückfrage.

Gesprächsleiter Dirk Hansen (FDP): Herr Poppe bitte, danach Herr Wilke.

Abg. Poppe (Bündnis 90/Die Grünen): Ich kann gut anknüpfen an das, was Herr Faulenbach eben gesagt bzw. gefragt hat. Der Eindruck, den ich auch immer in Gesprächen mit denjenigen hatte, die weggingen, war tatsächlich, daß sie im wesentlichen weggingen, nicht irgendwo hingingen. Das ist auch ein paar Mal vorhin angedeutet worden von verschiedenen unserer Zeitzeugen. Ich denke auch, das, was die Zeitzeugen vorhin gesagt haben, beantwortet nicht eine Frage von Ihnen, Herr Prof. Ronge, sondern gibt vielleicht eine andere Aussage zu dem Problem, ob diese Integrationsfrage anachronistisch geworden ist oder nicht. Ich meine, alle Aussagen, die hier von den Zeitzeugen gekommen sind, zeigen, daß das eben keine anachronistische Fragestellung ist, nicht einmal aus der heutigen Sicht, und schon gar nicht, wenn man sieht, daß natürlich heutzutage durch die deutsche Einheit wieder neue Integrationsprobleme entstanden sind, wo viele der sechzehn Millionen ehemaligen DDR-Bürger zwar nicht weggegangen, aber immer auch noch nicht angekommen sind. Also gibt es da vielleicht Möglichkeiten von Analogieschlüssen aufgrund dieser Geschichten, die die Ausgereisten, die Flüchtlinge bereits hinter sich haben – insofern denke ich doch, ein relevanter Forschungsgegenstand. Die DDR abzulehnen, bedeutete ja damals auch nicht automatisch eine bedingungslose Zustimmung zur Bundesrepublik.

Eine Frage an Herrn Hilmer: Sie haben die wesentlichen Tätigkeitsbereiche angeführt, auch regionale Zahlen, also auch Dresden, Leipzig usw., woher wohl die meisten Flüchtlinge kamen, mehr als aus dem Norden. Wenn ich mir hier unsere Zeitzeugen betrachte, so sind sie offensichtlich nach Ihrer Auflistung nicht besonders typisch, also weder entsprechen sie den Beschäftigungsbereichen, die hier an der Spitze bei Ihnen stehen, noch den Regionen. Kann es also sein, daß hier ein wesentlicher Teil von Biographien durch die Umfragen, die Sie gemacht haben, überhaupt noch nicht erfaßt ist oder gar nicht erfaßbar war? Das hat Herr Faulenbach im Prinzip auch schon

gefragt. Und haben Sie darüber hinaus noch weitere Untersuchungen gemacht, die vielleicht eine größere Differenzierung möglich machen, insbesondere auch hinsichtlich der Zeiträume? Wenn ich Ihre Auflistung sehe, so bezieht sie sich auf die Jahre 1984 und 1989. Hier ist auch klar geworden, daß es in den siebziger Jahren noch einmal sehr viel anders zugegangen als in den achtziger Jahren und davor auch noch einmal. Also der Zeitraum, den Sie vorhin restriktive Phase genannt haben, kommt im Grunde genommen in der Umfrage überhaupt nicht vor.

Mich würde von den Zeitzeugen eine Antwort auf die Fragestellung interessieren: Was war denn 1989? Haben Sie das erlebt im Westen? Ich habe ein paar Mal gehört: Warum werden wir denn nicht mit einbezogen, in diese Umbruchssituation im Osten, in die Aktivitäten der Opposition oder der Bürgerbewegung? Wir sind jetzt zehn Jahre weg, fünf Jahre weg. Aber im Grunde genommen ist das für uns ein ganz wichtiges Problem, daß wir, weil wir diese ganze Vorgeschichte auch haben, in diesen Neuanfang mit einbezogen werden. Wie geht es Ihnen mit dieser Fragestellung?

Eine weitere Frage an Herr Hilmer: Sie haben vorhin gesagt, die politische Opposition ist damit ziemlich oft und gravierend geschwächt worden. Das haben schon sehr viele gesagt. Ich glaube das auch, und wenn ich jetzt die Berichte der Zeitzeugen gehört habe, dann sehe ich, da war sicherlich ein Verlust für das, was oppositionelles oder widerständiges Potential in der DDR war. Aber, ich denke, es gibt gute Gründe, das einmal richtig zu erforschen, auch weil man immer sehr signifikante Unterschiede feststellt zwischen der Entwicklung in Polen, in der Tschechoslowakei und gerade in der DDR, weil immer vom Dritten Weg geredet wird oder daß die Opposition in der DDR angeblich nichts Besseres die ganzen Jahre zu tun gehabt hätte, als einen „demokratischen Sozialismus“ zu wünschen. Hier ist auch die Fragestellung sehr interessant, wie es sich tatsächlich damit verhält, wie groß der Anteil oder wie bedeutend der Verlust der Weggegangenen über viele Jahre hinweg für Opposition oder widerständiges Verhalten (denn das ist ja der Oberbegriff auf der heutigen Anhörung) in der DDR gewesen ist. Ich glaube, daß es ein sehr schwieriges Unterfangen ist, dort durch Befragung heranzukommen, aber ich denke, es würde sich lohnen.

Gesprächsleiter Dirk Hansen (FDP): Danke. Herr Wilke, als letzte Frau Barbe.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Ich möchte mit einer Feststellung beginnen, die sich auf die Akten bezieht, denn die Zeitzeugen haben sehr eindrucksvoll deutlich gemacht, daß ohne Vorliegen der Akten in der sogenannten Gauck-Behörde viele Einzelheiten Ihrer Verfolgung, aber auch Ihrer Ausreise ungeklärt geblieben wären, und somit war auch dieses hier ein eindringliches Plädoyer dafür, die Akten nicht zu schließen. (Beifall)

Das möchte ich gegenüber den Eiferern, die diese Aktenschließung immer

wieder befördern – als verdiente Politikerin sei an dieser Stelle genannt Regine Hildebrandt, aber sie ist es ja nicht alleine –, auch noch einmal festhalten und ins Stammbuch schreiben, daß wir die Akten nicht zumachen.

Frau Bienert hat mich mit ihrem Bericht betroffen gemacht, weil ich das ja im Zeitverzug der siebziger und achtziger Jahre auch persönlich mit nachvollzogen habe, was sie beschrieben hat, wie die westdeutschen Medien, die westdeutsche Öffentlichkeit mit Fluchthilfe, mit Kampf gegen die SED von West-Berlin oder von Westdeutschland aus umgegangen ist. Da wir hier nun einmal im Reich des Herrn Mielke tagen, möchte ich daran erinnern, wie Jürgen Fuchs noch 1989 darüber in „Kontraste“ streiten mußte mit Herrn Bölling, was es denn heißt, wenn Landsleute im Knast sitzen und es übergeordnete Friedensinteressen gibt, die uns doch anhalten, daß wir etwas leiser darüber sprechen, daß ein paar Kilometer weiter Landsleute eingesperrt werden. Also diese Dimension läßt mich immer noch nicht emotionslos kühl, bloß wissenschaftlich darangehen, sondern sie beschäftigt mich immer noch selbst wegen einer ganz einfachen Frage an Sie, Frau Bienert: Hat der Staat Bundesrepublik Deutschland Ihren Einsatz in Form von öffentlicher Anerkennung, in einer Form von einem Bundesverdienstkreuz geehrt? Ich möchte an dieser Stelle daran erinnern, daß Herr Bundespräsident Richard von Weizsäcker die famose Idee hatte, Herrn Wolfgang Vogel mit einem solchen Orden auszuzeichnen. Frage: Ist dieser Antrag auch schon einmal an Sie gerichtet worden?

Nun zu meinem Kollegen Ronge: Wir haben in einer anderen Anhörung festgehalten (ich glaube, das war Herr Schulz, der uns dieses vorgetragen hat), daß im Zusammenhang mit der neuen Ostpolitik der sozialliberalen Koalition in den Medien und auch in der Wissenschaft gewissermaßen ein Paradigmenwechsel stattfand von der Deutschland- zur Entspannungspolitik. Schulz hat sehr einleuchtend dargelegt, daß in dem Begriff der Entspannung die Problematik „Frieden“ vor die Problematik „Freiheit“ und „Einheit der Nation“ gerückt worden ist. Hat das auch ein bißchen damit zu tun, daß die polarisierende Entspannungspolitik der frühen siebziger Jahre dieses Gefühl der Nation systematisch in Bundesrepublik abgeschwächt, teilweise sogar abgetötet hat bei den nachwachsenden Generationen, so daß hier kein natürliches Mitempfinden gewesen ist für das Schicksal der Landsleute? Das ist die Frage, die ich an Sie habe – ob dieser Blickwechsel in der öffentlichen Diskussion über die Ost-West-Beziehungen hier eine gravierende Rolle spielt.

Die letzte Frage, die an Sie habe: Würden Sie die Hypothese teilen oder würden Sie ihr widersprechen, daß alle diese Flüchtlinge, die aus der DDR in die Bundesrepublik gekommen sind, auch wenn sie offenkundig wenig politische Spuren hinterlassen haben, doch – ich möchte es einmal in ein Bild fassen – wie eine ständige Steinzufuhr waren für den Damm der politischen

Kräfte, die gegen die Veränderung der Präambel des Grundgesetzes, gegen die endgültige Anerkennung der DDR gewesen sind und an der Perspektive der Einheit der Nation festgehalten haben?

Gesprächsleiter Dirk Hansen (FDP): Vielen Dank, und dann Frau Barbe zuletzt.

Abg. Frau Barbe (SPD): Da ich selber einen Ausreiseantrag gestellt hatte, kann ich mich in die Situation derjenigen gut hineindenken, die hier vor mir sitzen.

Zwei Fragen, einmal an Frau Schönemann: Ihren Film „Verriegelte Zeit“ habe ich gesehen. Er hat mich sehr betroffen gemacht. Ich fand ihn ausgezeichnet und würde mir wünschen, daß er in den Schulen der ehemaligen DDR oder den Schulen der jetzigen Bundesrepublik gezeigt wird. Dieser Film muß gerade in den Schulen der ehemaligen DDR gezeigt werden, damit sich Lehrer, Schüler, Eltern und auch Verantwortliche kritisch damit auseinandersetzen. Das halte ich für ganz wichtig, zumal ich selbst drei Kinder habe und weiß, wie wenig da an Aufarbeitung jetzt in den Schulen passiert. Die Frage: Wie war eigentlich das Verhalten derjenigen, die verantwortlich damals waren, als Sie sie nach der Wende oder nach der Revolution gefragt hatten? Wie standen sie zu ihrer eigenen Verantwortlichkeit? Was haben Sie da beobachtet? Mir ist eine Szene mit einer Schließerin im Gedächtnis geblieben, die da sagte, sie wäre sich keiner Schuld bewußt. Sie hat gesagt, sie hat nur auf Anordnung gehandelt.

Die zweite Frage an alle, die gegangen sind: Fühlten Sie sich nicht zunehmend allein gelassen? Das war eine Erfahrung, die ja viele gemacht haben, die gesagt haben: „Ich fühlte mich allein gelassen, ich hatte eine persönlich schwierige Situation“. Wenn ich z. B. daran denke, viele hatten auch Kinder, die nicht wußten, was damit wird, hatten Berufsverbote und keine Perspektive mehr in der DDR. War das Alleingelassensein, was Sie mit bewogen hat, den Ausreiseantrag zu stellen, oder spielte nicht auch die Einschätzung eine Rolle, daß das DDR-System keine Hoffnung auf Reformierbarkeit bot? Ich denke, das war vielfach ein wichtiger Punkt, der auch denen gesagt werden muß, die hier geblieben sind und auf eine Reformierbarkeit gehofft haben.

Daß ich selber dann noch 1988/Anfang 1989 den Ausreiseantrag zurückzog, hat z. B. nichts damit zu tun, daß ich an die Reformierbarkeit geglaubt habe, sondern lediglich damit, daß ich Verbündete hier gefunden habe, mit denen ich hoffte, dieses System bald zu stürzen.

Ich erinnere an das Beispiel einer Psychologin, die auch hier vor der Enquete-Kommission gesprochen und gesagt hatte, wie sie selbst versuchte, in einem Kinderheim die Situation zu ändern. Sie war alleine, sie stand alleine, und es war ihr nicht möglich, dies alleine zu tun. Sie ging dann noch im August 1989.

Gesprächsleiter Dirk Hansen (FDP): Das war das Ende der Fragerunde. Sie

sehen es mir hoffentlich nach, daß Sie jetzt aufgefordert sind, in prägnanter Kürze auf all die Fragen so einzugehen, daß Sie selber guten Gewissens dann zu Ihrer Antwort kommen können. Ich gehe jetzt in umgekehrter Reihenfolge vor. Fangen wir mit Frau Thiemann an, und Sie gehen darauf ein, wo Sie meinen, von den verschiedenen Fragestellern angesprochen worden zu sein. Frau Thiemann, bitte.

Ellen Thiemann: Herr Büttner hatte uns gefragt, ob wir uns im Westen politisch engagiert haben oder in irgendeine Organisation eingetreten sind.

Ich bin persönlich in der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS), seit ich in Köln lebe, und in der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte. Politisch bin ich nirgendwo eingetreten, bewußt bis jetzt nicht.

Ich habe sehr vielen Häftlingen dann vom Westen aus geholfen. Ich habe damals gleich am Tag meiner Ausreise Herrn Stoph einen dreißig Seiten langen Brief über die Zustände im Gefängnis geschrieben, minutiös Auskunft erteilt und um Hilfe gebeten, daß man da etwas tut. Das habe ich auch an anderen Stellen getan. Es ist auch einiges geschehen. Es können Häftlinge, die in den achtziger Jahren drin waren, bestätigen, da hat sich einiges verändert. Ich habe Verbindung nach wie vor in die neuen Bundesländer zu ehemaligen Haftkameradinnen, auch im Westen zu Haftkameradinnen; politisch sonst engagiert bin ich noch nicht, weil ich mich im Moment sehr stark engagiere, die Zentrale Ermittlungsstelle zu unterstützen, das heißt, ich habe sehr viele Anzeigen gegen ehemalige Täter laufen. Die Staatsanwältin Erika Roehl gehört dazu; ich habe jetzt erfahren, daß im Moment gegen diese Frau eine Anzeige läuft. Dann gehören der Stasi-Vernehmer Arno Libera und der Stasi-Arzt von Hohenschönhausen, Herbert Vogel, dazu, dann einige Leute von der Hauptverwaltung, da kenne ich nur die Decknamen. Die Gauck-Behörde hat sie leider auch nach drei Jahren Antragstellung noch nicht enttarnt. Ich habe also gegen die Decknamen Anzeige erstattet, aber ich glaube, das ist für die Aufarbeitung-Ost sehr wichtig. Dann habe ich gegen den Anstaltsleiter in Hoheneck, Wolfgang Veit, Anzeige erstattet und gegen den Stellvertreter Harri Grunewald. Die 2. stellvertretende Anstaltsleiterin Petra Dotzauer habe ich ausgelassen, weil sie gegen mein Buch Anzeige erstattet hatte. Sie wollte 7.000 DM Schmerzensgeld, weil sie von den Leuten auf der Straße angesprochen wird, aber gegen sie habe ich keine Anzeige erstattet. Ihre Anzeige ist jetzt niedergeschmettert worden. Das ist vielleicht für die anderen, die ähnlich aktiv sind, wichtig zu hören, daß das Hamburger Landgericht die Anzeige dieser Frau, die stellvertretende Anstaltsleiterin war in Hoheneck und jetzt 7.000 DM Schmerzensgeld haben wollte – sie lebt in Chemnitz – abgewiesen hat mit der Begründung, daß sie schließlich eine Person der Zeitgeschichte sei und damit leben müsse, daß Zeitungen und Autoren von Büchern sie abbilden und zitieren. In einem Film hat sie im Fernsehen noch klar und deutlich gesagt, mit welcher Freude sie

stellvertretende Anstaltsleiterin ist; das wollte sie dann nicht mehr wissen. Dann läuft eine weitere Anzeige, weil diese Männer die Decknamen kennen, gegen einen Oberfeldwebel H. Dieter Pleul von der Hauptverwaltung XX/3 und gegen einen Oberleutnant Erich Neudel. Es laufen elf Anzeigen von mir, und ich kann nur ehemalige Häftlinge ermuntern, das zu tun, weil wir damit Ihre Arbeit und die der Ermittlungsstelle sehr unterstützen, wenn wir das tun. Das ist das, was ich neben meiner Tätigkeit mache, und ein bißchen leben möchte man auch noch. (Beifall)

Gesprächsleiter Dirk Hansen (FDP): Herr und Frau Schönemann, bitte.

Hannes Schönemann: Mich interessiert hauptsächlich die Frage nach der politischen Identität und der Betätigung nach der Übersiedlung.

Bei mir persönlich ist das nicht so kompliziert, aber ich glaube, meine erste Arbeit im Westen war 1986, daß ich Wahlkampf für die SPD, für Gerhard Schröder in Niedersachsen, gemacht habe. Das war Zufall und kein politisches Bekenntnis, weil wir uns kennengelernt hatten. Bei dieser Arbeit habe ich Einblick nehmen können in die Mechanismen von Wahlkampf und Partearbeit, nicht nur in der SPD, sondern auch in anderen Parteien; das hat mich ein bißchen irritiert mit meiner politischen Identität, die ich aus der DDR mitgebracht hatte. Für mich war Politik immer ein innerer Zustand, ein Zustand der Qual, und im Westen habe ich feststellen müssen, hier ist es mehr eine Frage des Markenwechsels oder wie man eben die Automarke wechselt.

Also das war meine erste Irritation, die hat mich lange beschäftigt. Deshalb habe ich mich sehr lange aus politischen Betätigungen herausgehalten, weil ich nicht mehr wußte, was das nun wieder ist. Man ist sozusagen wieder nur in einem anderen Getriebe, der Gefahr des Mißbrauchs ausgesetzt oder nicht, das hat mich sehr lange beschäftigt. In der Zwischenzeit bin ich der Meinung, daß man der Gefahr des Mißbrauchs nicht so sehr ausgesetzt ist, wenn man sich nicht mißbrauchen läßt. Die politische Identität im Westen, glaube ich, ist sehr schwierig zu finden für jemanden, der in der DDR aufgewachsen ist. Ich meine damit nicht die Parteizugehörigkeit, ich meine, wofür man sich verantwortlich fühlt. Das hängt bei mir mit beruflichen Dingen zusammen. Ich fühle mich einfach verantwortlich, die Dinge so abzubilden, wie sie nach meiner Sicht der Wahrheit entsprechen. Das habe ich in der DDR auch versucht. Damit werde ich immer irgendwie nach wie vor links eingeordnet; woher das auch immer kommt, weiß ich nicht. Über die von mir damals aus der DDR-Perspektive etwas vergötterte linke Szene im Westen hat sich das Urteil beim näheren Hinsehen geändert, zumal die Filmszene aus unserer Generation sehr stark mit Leuten besetzt war, die ihre politische Herkunft in den sechziger und siebziger Jahren sehr weit links hatten, also vom Maoismus über KPD bis sonstwohin. Ich bin ja von meinen Arbeitsfreunden in der DDR weggegangen mit dem sehr freundschaftlichen, aber eindeutigen Urteil: „Du verrätst uns“, und bin hier angekommen mit dem sehr freundschaftlichen, aber eindeutigen Urteil:

„Du hast dein Land verraten“. Das hat mir die Identitätsfindung sehr schwer gemacht. Ich habe mich dann auf die Arbeit gestürzt. Das scheint mir sehr wichtig zu sein. Ich glaube, daß es für einen Menschen, der in der DDR geprägt wurde, sehr schwierig ist, im Westen politische Arbeit leisten zu können, außer er begibt sich gleich in eine der vielen verschiedenen Gruppierungen. Für mich persönlich ist es inzwischen mehr eine Frage der regionalen Betätigung. Meine Heimat ist Mecklenburg. Da versuche ich, mich in der Struktur einzulassen, in der ich mich auskenne, in der Filmförderung. Da versuche ich, mein Wissen, meine Erfahrung einzubringen, aber daß ich damit eine konkrete Ideologie verbinde, glaube ich eher nicht.

Sybille Schönemann: Die Filme, die du machst, sind ja auch politisch. Also man muß ja nicht in einer Partei sein, um politisch zu sein.

Hannes Schönemann: Was mir noch wichtig ist – ich bin weggegangen aus der DDR, weil ich tief davon überzeugt war, daß das System nicht reformierbar ist. Ich bin weggegangen aus der DDR, weil ich tief davon durchdrungen war, daß es kaum noch für mich erkennbare wichtige, kluge Köpfe gibt, die sich auch nur mit diesem Gedanken getragen haben.

Mir waren die kirchlichen Kreise, die sich schon in ihren Stuben mit gedanklicher Vorarbeit befaßten, verschlossen, dazu hatte ich keinen Zugang, ich habe es auch nicht gewußt, daß es sie gibt. Als wir aus der DDR weggegangen sind, das muß ich einmal ganz deutlich sagen, war die Wahrscheinlichkeit, daß jemals die Mauer fällt, sehr gering, das vergißt man heute oft. Und wenn ich heute gefragt werde: „Hast du es jemals bereut, aus der DDR weggegangen zu sein?“, dann ist das eine Frage, die ich nur beantworten kann, wenn dieser Gedanke mitgedacht wird – daß wir damals das nicht einmal ahnen konnten. Ich habe es nie bereut, aus der DDR weggegangen zu sein. Das einzige, was ich nicht bedacht habe bei diesem Schritt, war, daß ich ins Exil gehe. Ich dachte, ich gehe nicht ins Exil, ich dachte, ich gehe nicht in ein fremdes Land. Ich bin aber in ein fremdes Land gegangen und mußte im fremden Land zurechtkommen. Wenn ich das gewußt hätte, auch was meine Kinder betrifft, dann hätte ich mir vielleicht überlegt, den Antrag zu stellen. (Beifall)

Gesprächsleiter Dirk Hansen (FDP): Frau Schönemann, noch eine Ergänzung.

Sybille Schönemann: Zur Frage, wie in der Begegnung mit den Leuten, die damals für unsere Inhaftierung verantwortlich waren, diese ihre eigene Verantwortung sehen. Darum ging es im Prinzip in dem Film. Man sieht ja bei jedem einzelnen, dem ich da begegne, daß sie versuchen, sich irgendwie da herauszudrehen und nachträglich Interpretationen zu finden, z. B. wie der Richter: „Ich hatte nicht genug Zivilcourage“, und der sagte, was sich absurd anhört, in der DDR habe es nie eine Rechtsstaatlichkeit gegeben. Das aus dem Mund eines Richters zu hören, der jahrelang Richter war, ist ja absurd, und

die Erklärung mit dem Mangel an Zivilcourage kommt nach meiner Meinung nachträglich, weil er natürlich gemerkt hat, er kriegt jetzt Probleme mit seiner damaligen Tätigkeit. Aber was hätte er denn damals anders machen können? Er hat damals garantiert nie etwas anders machen wollen, weil ich mich an jede einzelne Begegnung mit diesen Leuten erinnern kann, die Begegnung mit dem Haftrichter, mit dem Richter, wie sie sich benommen haben, wie sie gesessen haben, wie sie geredet haben. Sie waren zu hundertfünfzig Prozent überzeugt von dem, was sie getan haben, daß ich dieses ganze Gelabere jetzt nachträglich ehrlich gesagt nicht hören kann.

Und dieser junge Haftrichter, der mir in sehr lebhafter Erinnerung geblieben ist, weil es so unfassbar war, wie der im Abstand von einer halben Stunde erst den Haftbefehl für meinen Mann ausschreibt, dann den für mich, wissend, daß zwei kleine Kinder zu Hause sind, und wissend, daß wir nichts gemacht haben, der mit einer Selbstgefälligkeit diese Macht über Leben genossen hat, der ist mir wirklich sehr in Erinnerung geblieben. Und der Mann sagt jetzt nachträglich; er mache doch nur Arbeitsrecht, und er sei doch noch jung, und er müsse doch weiterleben; deshalb war er damals auch nicht bereit zu einem richtigen Gespräch über das, was damals passiert ist. All diese Erlebnisse, diese Begegnungen mit diesen Menschen und zu Zeiten der DDR noch waren das, was ich als eine sehr brutale Abnabelung bezeichne, die im Knast stattgefunden hat, in dieser Erinnerung, was einem da passiert ist, wie die Menschen mit einem umgehen, wie man zur Nummer wird. Ich paßte nicht in die DDR. Ich hatte ein anderes Bild von diesem Land. Daß solche Dinge tatsächlich möglich sind, daß es erlaubt wird, daß Menschen zu Unrecht eingesperrt werden, das war mir unbegreifbar. Wie sehr die Menschenwürde verletzt werden kann innerhalb der Gefängnisse, wie Machtmißbrauch innerhalb der Gefängnisse betrieben wird, war mir eine völlig neue Erfahrung, und ich muß sagen, daß diese Zeit, dieses eine Jahr, mir doch so etwas wie einen endgültigen Abschied möglich gemacht hat von der DDR.

Zur Frage: Was haben Sie danach gemacht, für die anderen usw., wie haben Sie sich dann engagiert? In einzelnen Fällen, wenn Leute rüberkamen, die Hilfe brauchten, und es hat sich so ergeben, dann habe ich es gemacht. Ansonsten war das Thema DDR für mich ein finsternes Kapitel, und ich wollte nichts davon hören. Und im November 1989, als ich vor dem Fernseher gesessen habe – ich war so zerrissen, auf der einen Seite diese Natürlichkeit, ich habe gewußt, wie ich durch die Mauer gegangen wäre mit all den anderen. Ich habe geheult vor dem Fernseher. Ich habe auch so eine Wut gehabt, daß sie uns dafür in den Knast gesteckt haben. Jeder Tag Gefängnis – also wir reden hier großzügigerweise über Jahre, zweieinhalb Jahre oder sechs Jahre, das hört sich alles so gleich an –, über jeden einzelnen Tag könnte man diskutieren. Und auf einmal ist das alles wie nie gewesen. Sie laufen durch diese Mauer, als ob das irgendwie so ein Witz war, alles, was vorher war. Also da war

auch eine sehr große Wut, und ich habe sehr vieles verdrängt in der Zeit, als ich hier war im Westen. Ich konnte nicht zurück. Ich konnte nicht mit Freunden sprechen. Ich konnte meine Familie nicht besuchen. Wir haben aus den Akten jetzt festgestellt, daß man uns für fünfzehn Jahre gesperrt hätte. Ich bin natürlich jedesmal, wenn ich in Berlin war, wieder zur Grenze und habe wieder überlegt – das war meine Heimat, ich wollte da irgendwie hin, um mit den Leuten zu reden, zu wissen, wie sie denken, wie sie fühlen, wie sie damals über die ganzen Dinge gedacht haben, weil, was mit zu diesem Abnabeln gehörte, die Enttäuschung natürlich unheimlich groß war, daß von diesen ganzen Freunden – und das ist wieder ein nächstes Kapitel von Enttäuschung und von dem, wie man jetzt mit Freunden umgeht – damals ja niemand etwas gemacht hat. Niemand hat irgendwie gesagt, das kann doch nicht wahr sein, daß ihr die in den Knast steckt, oder warum sind die plötzlich verschwunden; niemand, die haben alle Angst gehabt. Über diese Angst ist es auch interessant, zu reden, weil die so tief verwurzelt war, weil sie den Menschen im Prinzip die Seelen deformiert hat. Ich finde, das ist der größte Schaden, den der Staat angerichtet hat. (Beifall) Genauso bei den Parteimitgliedern – die Leute, die Freunde von uns waren, in dem Moment, wo sie Parteimitglieder waren, waren sie total gespalten. Wir haben mit denen geredet, sie haben bestimmte Dinge verstanden, wir waren wirklich gute Freunde. Dann haben die ihre Parteiversammlung gemacht und kein Wort darüber gesagt, worüber wir heftig debattiert haben.

Und da waren eben auch Genossen, Freunde, die zugesehen haben, obwohl sie sich nicht erklären konnten, warum man uns einsperrte, und sie sich schon gedacht haben, daß da irgend etwas nicht in Ordnung ist. Nicht einer, der eine Frage gestellt hat. Die Gewerkschaftsleitung hat einstimmig – die haben also nicht diskutiert – ihre Zustimmung gegeben, daß wir fristlos gekündigt werden, als wir im Knast saßen. Also das sind alles so Kleinigkeiten, die bleiben, wo ich dann über meine Beziehungen zur DDR rückwirkend gesagt habe: „Nee, ick hab keen Bock, für die was zu tun“. Und wenn dann jemand kam aus der DDR und meine Arbeitskolleginnen irgendwann sagten: „Da kommt jemand aus dem Osten, da mußt du doch hin,“ dann habe ich gesagt: „Ich bin dafür nicht zuständig. Ich bin nicht Fachspezialistin für alle, die aus der DDR kommen. Weil sie jetzt einmal eine Reise in den Westen machen können, müßte ich mich jetzt wie die Mutti um die kümmern?“ Ich sagte, das war nicht mein Weg. Das nur als eine mögliche Variante, ohne daß man unpolitisch ist. (Beifall)

Gesprächsleiter Dirk Hansen (FDP): Herr Neubert, bitte.

Christhard-Georg Neubert: Es ist eben am Rande der Vorschlag gemacht worden, daß man so ein Schnittverfahren einführt, Leute, die in der DDR eine gewisse Zeit zusammengewesen sind, etwas Gemeinsames gemacht haben, sich dann trennten, der eine blieb hier, und der andere ging aus der DDR

weg, einmal nebeneinanderzustellen. Das wäre exemplarisch interessanter als das ständige Weiterführen, Hinzufügen von Mosaiksteinchen in der Hoffnung, daß irgendwann ein gültiges Bild erstünde.

Ich habe auch meine Zweifel, wie sie vorhin vorgetragen worden sind von Herrn Prof. Ronge, wie groß eigentlich das Interesse ist an dem, was wir hier tun, und ob das nicht alles über uns hinweggeht, wenn man sich die Karrieren derer ansieht, die staatstragend tätig waren für diese DDR und heute wohlgelittene Leute sind. Freunde, die Menschen als IMB ausmachen und an den Arbeitgeber herantreten und sagen: „Moment mal, das darf doch nicht wahr sein!“, die müssen damit leben, daß sie Verleumdungsklagen ins Haus geschickt bekommen. Es gibt eine beträchtliche Verängstigung – daß sind alles Dinge, die bekannt sind, die gehören dazu. Ich sage dennoch: Es mag eine Zeit geben, die möglicherweise doch Interesse hat an dem, was hier geschieht, und es ist sozusagen Ausdruck von Pflicht und Schuldigkeit, daß sich diese Enquete-Kommission dem hier zu widmen hat, denke ich. (Beifall)

Zu den einzelnen Fragen: Was Sie, Frau Schönemann, gesagt haben, das trifft meine Befindlichkeit durchaus auch. Wenn es darum ging, sich irgendwie zu äußern zu Themen, die die DDR betroffen haben, nachdem wir schon in West-Berlin gewesen sind – irgendwann war es eine Mischung aus Schmerz und bewußtem Sich-nicht-zur-Verfügung-halten-wollen für diese Thematik. Das hatte zu tun – ich habe das vorhin schon angedeutet – damit, daß viele Freunde sagten: „Ihr hättet dableiben müssen“. Also unsere linken Freunde hielten uns vor, daß wir genau das nicht taten, was sie ja hätten durchaus tun sollen. (Beifall) Man kam in eine ganz üble Ecke, wenn man dann sagte: „Geht doch rüber!“ Dann hieß es: „Ach, so einer bist du!“ Diese Leute, die in der Toskana ihren Rotwein tranken – das ist ein bißchen zugespitzt, ein bißchen provozierend – und sich in Berlin über das wohlgelittene System in der DDR äußerten, das war ein Stück Umfeld. Und es gehörte auch dazu, daß man sagte, geht bitte, macht eure eigenen Erfahrungen.

Jetzt zu dem, was ich persönlich getan habe, das ist nicht der Rede wert, Michael Passauer. Ich habe keinen Grund, mich zu rühmen, was ich auch nicht tun will. Ich habe meine Aufgabe darin gesehen, Menschen zu ermutigen, rüberzufahren in die DDR. Wir hatten Leute, die sagten: „In die DDR, das kann doch nicht wahr sein! Was soll ich denn da? Ich bin doch viel schneller in Österreich.“ Die DDR war ein Unternehmen mit Eintrittsgeld, das den Menschen schikanöse Eintrittsbedingungen auferlegte. Dann haben wir gesagt: „Das müßt ihr auf euch nehmen, das seid ihr unserem Land, unseren Menschen, euren Freunden und Familien schuldig, das müßt ihr machen.“ Wir konnten nicht rein, weil wir gesperrt waren. Es war mühsam, Menschen davon zu überzeugen, Kontakte zu Freunden in der DDR zu entwickeln, aufrechtzuerhalten und möglicherweise dadurch etwas zu tun, daß die Veränderungsprozesse, die etwa nach 1976 in Gang gekommen

sind mit den vielen Gruppen, die hier angesprochen worden sind, auch wahrgenommen und ins öffentliche Bewußtsein gehoben wurden als eine Möglichkeit, die möglicherweise für den einen oder anderen bedeutete, bewußt die Ausreiseentscheidung nicht zu treffen, weil möglicherweise die Kraft der vielen dann doch eher zu einem Prozeß hätte führen können, wie er 1989 in Gang gesetzt worden ist.

Für uns war es völlig klar, wenn wir verhaftet werden, dann gelten die Bedingungen des Stasi-Knastes, und über die hatte ich überhaupt keine Illusionen. Man konnte wissen, und es wundert mich, daß Sie das als diejenigen, die – um diesen Begriff einmal zu gebrauchen – zu den Kulturschaffenden gehörten, es so sagen. (Beifall) Wir haben doch gelesen von Solschenizyn „Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch“, die Diskussion um den „Archipel GULag“ ist doch gelaufen 1973. Wir wußten doch von dem Buch von Müller-Hegemann, dem früheren Chefarzt in Berlin-Buch, über die Mauerkrankheit. Das waren alles mehr oder weniger bekannte Dinge. Ich mache das nicht zum Vorwurf, gar nicht. Kein Vorwurf! Ich meine nur noch einmal – wer wissen wollte, der konnte wissen.

Das dritte: Kunze, Biermann, die Texte mit „Marx- und Engelszungen“ usw., die dann über Samisdat weitergereicht worden sind, machten gerade in der öffentlichen Reaktion auf sie deutlich, daß an Reformierbarkeit in diesem Lande, im klassischen Sinne von Reformierbarkeit, nicht zu denken gewesen ist, sondern daß es, wenn überhaupt, nur durch einen kompletten Wechsel geht. Wir hatten keinen Schneid dazu, das zu erhoffen, wir sahen auch nicht, daß das in einer überschaubaren historischen Zeitachse möglich sein würde. Es ist eine naturrechtliche Debatte, die wir damals geführt haben – wieso hat ein Land ein Recht, Menschen zu Geiseln zu machen mit einem moralischen Überbau: „Ihr dürft nicht weggehen, weil ihr uns dann verrätet“. Gut, es ist eine angreifbare Position, das ist mir deutlich. Das war in den Diskussionen, die wir damals geführt haben, eine wichtige Frage.

Zur Nacharbeit mit den Verantwortlichen in der Kirche: Ich denke, das steht noch aus, und ich meine, ein solches Gremium mag vielleicht geeignet sein dazu, die Fragen zu stellen, die da einen Prozeß in Gang setzen. Ich habe persönlich mit einzelnen und eigentlich auch nur im Vorübergehen einmal diese Frage angeschnitten. Aber ich bin es fast leid, als jemand herzukommen, der eine Zeitlang im Westen gelebt hat, und dann jemanden sozusagen in Rechtfertigungsdruck zu bringen. Das kann nicht das Verfahren sein, aber das entsteht schnell. „Ihr da drüben fragt uns jetzt in der ehemaligen DDR, was wir falsch gemacht haben.“ Das ist, glaube ich, kein Verfahren, das irgendwie Verheißung hätte. Also ich meine, da steht noch etwas aus.

Zur Frage der Verletzung der Zurückbleibenden: Das ist eine Dimension in dem Ausreiseprozeß gewesen, die uns erst deutlich geworden ist, als wir mittendrin standen, als wir uns die Frage stellten, warum ziehen die sich

so zurück, warum reagieren die in einer Weise, mit der wir gar nicht umgehen konnten. Erst als wir eine ganze Zeit Abstand hatten, wurde uns deutlich, die sind offensichtlich selber so verletzt und sind es auch ihrer eigenen Identität schuldig, um nicht selber in diesen Strudel zu geraten, daß sie sich abgrenzen müssen. Das ist ein Teil der Antwort. Verletzungen wollten wir niemandem zufügen, haben das auch erst relativ spät als ein ernstes Problem wahrgenommen. Als Lobby für die Zurückbleibenden – ich habe versucht, das vorhin schon anzudeuten – haben wir uns nicht verstanden. Wenn es konkrete Anfragen gab, haben wir versucht, das Nötige zu tun. Wir haben in der Öffentlichkeit da und dort kleine Beiträge geleistet, die aber alle nicht der Rede wert sind. Ich fand es auch immer sehr schwierig, im echten Sinne des Wortes Lobbyist zu sein für Leute, die einem ja selber vorspiegeln: „Ihr habt uns eigentlich verraten.“ Ich will das einmal so stehen lassen.

Herr Fricke hatte nach der nachträglichen Einschätzung der Ausreiseanträge gefragt. Ich denke, man kann die politische Wirkung dieser Ausreisebewegung auch einmal daraufhin befragen: Was wäre denn gewesen, wenn die Abstimmung mit den Füßen auch unter den erschwerten Bedingungen nach dem August 1961 nicht stattgefunden hätte? Ich sage das nicht in einem Rechtfertigungssinne, sondern ich meine, daß mit dieser ganzen Ausreise, die ja erst 1984 eine politische Explosivkraft entwickelt hat, doch etwas in Gang gekommen ist, was wesentlich dazu beigetragen hat, daß die Veränderungen in einem größeren und radikaleren politischen Rahmen gesehen worden sind.

Kontakte sind geblieben glücklicherweise über Familie, über Kirche und über Freunde, nicht alle. Wir bemühen uns manches anzuknüpfen, aber bei manchem ist auch die Luft raus. Da streitet man sich schon gar nicht mehr.

Dann bin ich noch von Herrn Gutzeit gefragt worden, ob wir uns die Frage gestellt hätten, wieweit unser Weggehen die Qualität des Widerstandes in der DDR geschmälert hätte. Nachträglich ist das gewiß so, wie die Frage es auch nahelegt, zu verstehen.

Wir hatten damals eben – das ist die Grundvoraussetzung, unter der man das nur nachvollziehen kann – nicht für uns sehen können, daß es eine effiziente politische Opposition geben würde in der Zeit, in der wir möglicherweise etwas hätten dazu beitragen können. Das war nachträglich eine Fehleinschätzung. Aber das ist relativ leicht nachträglich zu beurteilen. Wir haben es damals nicht übersehen. Für die Gefühlswelt ist ein wichtiger Faktor, der hier angesprochen worden ist: „Der Letzte macht das Licht aus.“ Das ist eine Wirkung, ich denke, das hat etwas Tragisches an sich, und ich maße mir nicht an, über diese Gefühle, die dann diejenigen hatten, die so denken und empfinden mußten, zu urteilen. Ich meine nur, das Stückchen Normalität, was diese DDR nicht hat bieten können, was ich vorhin sagte – ankommen in der Normalität mit all den Konflikten, mit den politischen, den sozialen –, das hat eine ganz andere

Dimension als das, was zuletzt hier in der DDR stattgefunden hat in unserer Geographie.

Herr Poppe, ich sage Ihnen ganz ehrlich, ich wäre 1989 gerne dabei gewesen. Ich war mir jedoch darüber im klaren, daß mit der Entscheidung, die zuvor gefallen war durch uns, kein Einstieg an der Stelle würde möglich gewesen sein. Aber wenn wir hiergeblieben wären – bloß das ist jetzt alles spekulativ –, dann wäre das unser Ort gewesen, an der Stelle mitzuwirken.

Ich möchte noch ein Wort abschließend sagen: Ob dieses Unternehmen Enquete-Kommission dasjenige Forum ist, das diese Prozesse des Sich-Verständigens vorantreiben kann, übersehe ich nicht. Aber es muß diese Foren dringend geben, möglicherweise kleine, viele viele kleine Foren, weil das Maß der Vorurteile hin und her so gewaltig ist, daß wir die Auswirkung dessen offenbar noch gar nicht übersehen. Und wenn wir da nicht anfangen, tun wir uns einen großen Schaden an. (Beifall)

Gesprächsleiter Dirk Hansen (FDP): Herr Eckardt, bitte.

Andreas Eckardt: Ich möchte zu den Fragen der Solidarität in der Bundesrepublik nach meiner Übersiedelung etwas sagen. Wir hatten damals – ich habe ja dann auch einige Freunde wiedergetroffen, als ich in West-Berlin ankam – doch versucht, für Probleme wie damals in Jena – dort gab es eine Menge Stunk, dann wurde Fuchs verhaftet, wurden alle möglichen Künstler verhaftet – am Rande der Parteien bzw. in den Parteien Verständnis zu finden. In meinem Falle war das also mehr die SPD; wir haben es auch bei der CDU versucht, da gab es Leute, die waren bereit, darauf einzugehen und Solidarität zu üben. Ich muß Ihnen aber sagen, bei der SPD haben wir überhaupt kein Verständnis gefunden, wenn man mal die Gruppe Kreuzer und die Leute, die um ihn herum existieren, außer acht läßt, die waren auch eine Minorität in ihrer Partei. Ich hatte den Eindruck, daß diese Linke, die sich in der SPD zusammengefunden hatte, ihre moralischen Visionen im Osten realisiert sah, aber nicht den praktischen Wirkungen dieser Vorstellungen ausgesetzt sein wollte, jedoch ganz gern dieses Versuchsobjekt weiterlaufen lassen wollte. (Beifall) Wir hatten ganz kolossale Schwierigkeiten, überhaupt Verständnis zu finden, und da hat sich auch eine bestimmte Distanz zu diesen Parteiapparaten herausgebildet. Das, was Sie vorhin sagten, das fand ich sehr entscheidend – man muß nicht in einer politischen Partei sein, um politisch zu werden. Ich bin im Westen wesentlich politischer geworden, weil mir mehr Möglichkeiten geboten wurden, mich politisch zu betätigen. Ich muß dazu aber auch sagen, ich bin es in einer viel kleineren Gruppe zum Teil eben allein geworden. Wenn es die Anforderung gab von Leuten in der ehemaligen DDR, daß geholfen werden mußte, wurde geholfen. Da haben wir versucht, Ausstellungen zu organisieren usw., und sofort konterkariert wurde das im Grunde genommen von etablierten Leuten. Das wurde von etablierten Leuten so entschieden konterkariert, daß sie sich mit denen im Osten zusammengesetzt, das auf

ihre Tableaus genommen und realisiert haben. Sie haben dann aber viele weggelassen, die auch wichtig gewesen wären, z. B. in die Ausstellungen reinzukommen, bildende Künstler usw. Die sind solange unter der Decke gehalten worden als Subkultur, bis die DDR verschwand.

Unter dem Eindruck dieser Ohnmacht der deutschen Entwicklung gegenüber bin ich also sehr vorsichtig, den Ausdruck „Revolution“ zu gebrauchen. Ich halte das eher für den Zusammenbruch eines Auslaufmodells, was da geschah, das kann man nicht als Revolution bezeichnen. (Beifall) In Deutschland wird der Begriff Revolution so gern zur Hand genommen, weil wir nie eine hatten. Insofern kann ich nur sagen, wenn ich die Öffnung der Mauer 1989 sehe, dann sehe ich immer die Figuren, die vor dem Schöneberger Rathaus die Nationalhymne intonieren. Da weiß ich, um welchen Bewußtseinsstand es sich dabei gehandelt hat bei den Herren. Die haben nämlich alle miteinander so erschrocken aus den Augen geschaut, daß sie gar nicht wußten, was ihnen ins Haus steht. Viele wissen es heute noch nicht, und da komme ich eigentlich auf den Punkt, den wir als einen der entscheidendsten, als Sinngehalt dieser Veränderung sehen sollten. Was ist passiert? Diese Gesamtverluste, die da abliefen, die sind im Osten weggerutscht. Wohin sind sie gegangen? Die Leute, die intellektuell im Osten nichts mehr zu sagen hatten, Sie und Leute, die ich kenne, und alle möglichen anderen, die sind in den Westen gekommen und haben im Grunde genommen meist den Mund gehalten – diese Chance, da etwas aufzunehmen, ist nicht aufgenommen worden, vielleicht der Toscana-Fraktion wegen, ich weiß es nicht. Jedenfalls es gab keine politische Ecke, wo diese Leute sich irgendwo manifestieren konnten, und ich glaube, die sind einfach weggerutscht aus der deutschen Geschichte. Das ist allerdings etwas, was wir in der jetzigen Zeit spüren werden, denn jetzt gibt es ja diese Möglichkeit „ich gehe nach dem Westen“ nicht mehr. Oppositionelle Dinge – ich meine, wir haben es ja schon erlebt mit den Rechten –, die sind jetzt nicht mehr irgendwo wegzudrücken, jetzt kommen sie an die Oberfläche. Aber ich hoffe ja, daß die Linken auch wieder an die Oberfläche kommen. Und wenn die Linken an die Oberfläche kommen, dann wird sich eventuell auch die endgültige Konsequenz der Bundesrepublik für die Einheit einmal vollziehen. Die Bundesrepublik hat bis jetzt ihr Bild sehr genau übertragen können auf den Osten, sie hat aber nicht begriffen, was diese Einheit für sie selber bedeutet, bis heute nicht. (Beifall) Das ist die Chance, die ich darin sehe, daß heute die Masse nicht mehr ablaufen kann, sondern sie muß einfach hierbleiben, muß sich auseinandersetzen.

Insofern noch einmal zur Einschätzung der Ausreise meinerseits: Ich fand es zum damaligen Zeitpunkt fast wie eine objektive und eine statistische Größe – wenn ich nicht in dem Jahr ausgereist wäre, dann wäre ich ein Jahr später oder noch zwei Jahre später ausgereist, aber ich hätte – glaube ich – nicht bis 1989 in der DDR durchgehalten. Da wäre ich in einen Kreislauf

von Gefängnis, Freiheit, Gefängnis, Freiheit gekommen, und das macht den Menschen innerhalb von fünf Jahren total kaputt. Das hätte ich nicht gemacht, das kann man auch keinem zutrauen.

Dazu noch eine Frage, die mir persönlich sehr wichtig erscheint: Wie gehen wir jetzt miteinander um? In der Zeit, als diese deutsche Teilung existierte, hat sie sich bis in das individuelle Bewußtsein geprägt. Alle Leute sind im Grunde genommen von der Teilung so beeinflußt gewesen, daß sie alle irgendwelche Vergleiche geführt haben, ob das Nylonhemden waren in den sechziger Jahren oder ob das irgendwelche anderen gesellschaftlichen Vorzüge waren. Irgendwie hat jeder versucht, seine Gesellschaft so darzustellen, daß sie doch etwas Nennenswertes oder etwas Liebenswertes hat. Das war auf beiden Seiten der Fall. Da kamen natürlich auch feindliche Positionen zum Ausdruck. In der DDR war es ja so, daß wir nicht miteinander diskutiert haben, wir haben uns mehr nach außen wie eine Notgemeinschaft verhalten. Wir haben auch unsere einzelnen Anschauungen nicht so ausgeprägt. Die Diskussion ging nur bis zu einem bestimmten Punkt, dann wurde sie abgebrochen, dann ging sie nicht tiefer.

Diese Möglichkeit ist heute vorhanden. Wir haben heute die Möglichkeit, uns auseinanderzusetzen. Ich finde, das sollten wir alle miteinander tun, sowohl von West nach Ost als auch von Ost nach West. Dazu gehören die Versuche, die wir, die im Grunde genommen die Kellerräume der DDR kennengelernt haben, machen sollten und die ich auch gemacht habe, mit den Leuten wieder in Kontakt zu treten, die in irgendeiner Weise dafür verantwortlich waren, daß dieser Extremzustand eingetreten war. Ich habe versucht, einen Kontakt zu dem Vernehmer zu kriegen, der mich bearbeitet hatte da drin – das wurde ja richtig so genannt „bearbeitet“ –, und er hatte überhaupt keine Erinnerung mehr an diese Zeit. Der ist jetzt inzwischen Versicherungsvertreter. Es gibt keine Erinnerung mehr. Der Mann weiß nicht, was er gemacht hat vor sechs Jahren. Und das ist ein absoluter Black out, denn es ist keinerlei Bereitschaft vorhanden. Ich habe von anderen gehört, daß es genauso sei. Ich habe ungefähr den Eindruck, bei 90 % sämtlicher hauptamtlichen Angehörigen des Ministeriums für Staatssicherheit, die etwas mit der politischen Diskriminierung zu tun hatten, ist es der Fall. Die Leute sind nicht bereit, zu ihrer eigenen Vergangenheit Stellung zu nehmen. Ich habe einen Ausnahmefall erlebt. Das war aber kein hauptamtlicher Mitarbeiter der Staatssicherheit, sondern das war im Grunde genommen nur ein schwach gewordener Mensch, und mit dem habe ich mich unterhalten. Wir haben beide einen großen Gewinn davon gehabt zu wissen, wo eigentlich die Motive dieser Person lagen, mich in die Pfanne zu hauen, und wo meine Motive lagen, diese Person dann natürlich auch dementsprechend als Feind zu erkennen. Beide sind wir wahrscheinlich einem Irrtum zum Opfer gefallen, der von den Kameraden, die nicht einsichtig sind, diesen 95 %, erst einmal eingerührt wurde.

Inge Bienert: Was habe ich hinterher gemacht? Ich habe weiter gemacht, aber diesmal über Anwälte, ich habe niemanden mehr gefährden können, der Markt war auch verändert. Also mit Pässen ging einfach nichts mehr, weil dann ab Ende 1964 die Kontrollen so waren, daß man denen niemanden mehr aussetzen konnte. Es war keine Chance mehr. Aber die Anwälte waren ja inzwischen erfunden. 1964 war meine Entlassung. Das war schon ein Freikauf, und ich war noch nicht in Berlin. In West-Berlin hatte ich schon meine Liste fertig, wir sind über Gießen mit Bus und dann per Flugzeug zurück mit Namen von inzwischen neu kennengelernten Häftlingen, und auf meine Rechnung etwa gehen noch 25 Menschen, die haben wir hinterher noch bis 1973 herübergelobt über Anwälte und auch ohne irgendeine Bezahlung.

Die Frage der Medien: Wir sind uninteressant, wissen Sie, das ist so. Es hat vor der Wende keiner wissen wollen und hinterher auch nicht. Da war Krenz der Star und Herr Wolf, das ist viel interessanter. Ich weiß auch gar nicht, warum ihr die Leute einladet für teures Geld, damit sie doch nichts sagen. Wenn sie wenigstens auspacken würden!

Herr Gutzeit, wie haben sich die Menschen verhalten? Da kann ich sagen, wer bis 1989 mit mir befreundet war, der ist es auch hinterher. Die Menschen, die ich herübergelobt habe, waren mir treu bis zu ihrem Tode. Ich habe noch ein paar Überlebende, einige sind gestorben; Freunde, die es nicht geschafft haben, die auch nicht herüberkonnten, sind trotzdem mit mir befreundet. Ich habe da Glück gehabt. Ich habe nichts aufzuarbeiten, und ich bin auch nicht böse. Ich bin auch gar nicht der Meinung für mich, daß ich da überall wandere. Ich bin heute das erste Mal hier und habe zum ersten Mal in der Öffentlichkeit darüber gesprochen, und dabei belasse ich es dann auch. Ich weiß, der Markt ist nicht interessant.

Ich will noch die Frage beantworten: Es hat mich niemand ausgezeichnet, glauben Sie es mir. Ich hatte sogar großen Ärger, als ich gewisse Haftschäden geltend machen wollte. Wir haben in Hohenschönhausen 25-Liter- und 50-Liter-Kübel geschleppt – die stehen noch da zum Besichtigen –, gefüllt so mit Erbsen oder Haferflocken, also das war ein schweinisches Gewicht. Zu den Haftschäden, die ich in aller Bescheidenheit einmal anmelden wollte, wurde mir dann gesagt, ja, es gibt durchaus Verschlechterungen innerhalb des Prozesses. Aber es gibt nicht unbedingt den Beweis, daß da Schäden und Schmerzen nicht auch gekommen wären, wenn ich in der Zeit an der Adria gelegen hätte. Also es gibt keinen beweisbaren Kausalzusammenhang zwischen meinen Defekten. Ich habe aufgehört, ich habe einfach nicht mehr geklagt.

Zur Aufarbeitung möchte ich generell etwas sagen an die Adresse der DDR-Bürger. Es ist nicht richtig, wenn Sie sagen, die Aufarbeitung der Vergangenheit ist allein Ihre Sache. Es ist die Sache der Opfer, und es ist

scheißegal, wo sie wohnen. Es ist unser Leben gewesen, und wir melden uns einfach.

Gesprächsleiter Dirk Hansen (FDP): Es sind noch Fragen gestellt worden an die beiden Wissenschaftler, ich denke im Sinne dessen, was Herr Neubert gesagt hat, ein Forum zu sein. Beide hatten zu Anfang ausreichend Zeit, daß sie sich jetzt ganz bewußt beschränken auf etwa fünf Sätze. Herr Ronge und dann Herr Hilmer.

Prof. Dr. Volker Ronge: Diese Limitierung hat den Effekt, daß ich nicht auf alles antworten kann. Aber ich will insbesondere etwas zu einer Grund-satzfrage, die Herr Faulenbach gestellt hat, sagen. Als Soziologe weiß man, daß man keine Betroffenheit erzeugt. Im Verhältnis zu psychologischen Fall-geschichten ist man immer in einer schlechten Situation. Und damit Sie die konkreten Gründe dafür sehen: Wir haben 1984 damit angefangen, eine Jahresanzahl von 40.000 DDR-Zuwanderern hinsichtlich ihrer Integration zu beobachten – von 40.000, nur damit Sie eine Vorstellung haben, worüber wir Aussagen machen. Und wenn Sie etwas zur Repräsentativität der Zeitzeugen hören wollen: Sie haben zwei Filmemacher, einen Journalisten, einen Pfarrer und einen Architekten hier. Glauben Sie im Ernst, daß das für irgendetwas repräsentativ ist? Ich will Ihnen nur einmal kurz die Berufszusammensetzung der Übersiedler aus zwei Jahren darstellen. 1984: industriell gewerbliche Berufstätigkeit in der DDR 51,6 %, 1989: Industrieproduktion und Handwerk zusammen 56 %, unter den männlichen Übersiedlern 68 % – damit Sie aus den Fallgeschichten, gegen die an sich nichts zu sagen ist, bitte nicht falsche verallgemeinernde Schlüsse ziehen wollen. Und das ganze gilt nicht nur sozio-graphisch, sondern es gilt natürlich auch mental: Die Menschen unterscheiden sich nicht zuletzt darin, wieviel Investition sie in die eigene Bewältigung ihrer Vergangenheit und in die Bereinigung ihrer Psyche, in die Bewältigung ihrer Biographie vornehmen. Nicht alle Übersiedler sind in der Weise hochsensibel für ihre eigene Geschichte, wie wir das hier erlebt haben. Die Probleme haben alle, Herr Faulenbach; nur mein Problem ist, ich soll etwas über eine größere Gesamtheit sagen, womit ich niemals die Feinheiten und die Betroffenheiten von individuellen Geschichten berücksichtigen kann. Dann müssen Sie Herrn Maaz, den Psychologen aus Halle, fragen, der macht das eindrucksvoller. Es gibt allerdings auch keine einzige langfrist-psychologische Untersuchung. Da muß man nämlich Fallgeschichten über viele Jahre haben. Die hat auch Herr Maaz nicht zu bieten, die hat im Augenblick überhaupt keiner zu bieten.

Zweitens: Ich habe mich auf die Übersiedlerbewegung seit 1984 beschränkt. Wer von den Zeitzeugen gehörte überhaupt in die Übersiedlerbewegung seit 1984? Ich hatte mich ausdrücklich beschränkt – aus besten Gründen, integrationstheoretischen Gründen – auf Nicht-Häftlings-Übersiedler. Zählen Sie bitte einmal durch, wieviele hier freigekauft wurden und wer hier in dem Sinne normaler Zuwanderer aus der DDR gewesen ist. Ich muß in dieser

Deutlichkeit einmal sagen, worüber Soziologen reden; und es gibt vielleicht gute Gründe, auch soziologisch über die Sache zu reden und nicht nur in Fallgeschichten.

Zur Frage nach den Kindern: Das ist eine völlig richtige Anmerkung gewesen. Ich habe 1986 einen ersten Aufsatz aufgrund eines kleineren Forschungsberichts über Kinder und Jugendliche aus der Übersiedlerbewegung veröffentlicht und später noch einmal einen anderen. Es gibt sonst nichts darüber. Aber das hat nichts mit dem Sonderproblem von Kindern von Eltern in der Häftlingszeit zu tun, sondern es sind wiederum normale Übersiedler; auch sie sind eine durchaus eigenständige Gruppe und wert, erforscht zu werden. Es gibt nichts darüber außer dem, was ich dort gemacht habe. Aber Sie sehen, daß es eine gewisse Sensibilität selbst bei Soziologen dafür gibt, was thematisch interessant sein könnte.

Die politologischen Fragen von Herrn Wilke – das ist sehr, sehr schwierig. Ich kann Ihnen sofort zugeben, daß das Nationalempfinden oder das Nationsempfinden sich im Westen im Zuge der Entspannungspolitik, aber auch einfach durch Gewöhnung und durch viele andere politikmentale, kultursoziologische usw. Entwicklungen in der Bundesrepublik deutlich verändert hat. Das ist keine Frage. Nur will ich hier nicht politologisch reden, sondern mich auf das Soziologische beschränken. Ob die Flüchtlinge sozusagen kleine Steine zur Aufrechterhaltung der Gemeinsamkeit in Deutschland gewesen sind, da habe ich große Zweifel. Meiner Ansicht nach gilt das nur an einer einzigen Stelle – in der nachgeordneten Behörde für politische Bildungsarbeit des früheren innerdeutschen Ministeriums. Dort wurden Übersiedler zum Teil systematisch eingesetzt für die politische Bildungsarbeit, z. B. bei Schülerreisen usw. Aber das ist meines Erachtens der einzige Punkt, wo sie in der Hinsicht eine Wirkung gehabt haben.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Ich glaube, vor Ort, da wo sie gelebt haben, haben sie schon allein durch ihr Erzählen genau diese Wirkung gehabt.

Prof. Dr. Volker Ronge: Ich habe einmal eine Vorstellungsrunde erlebt mit Westbürgern und Ostübersiedlern gemeinsam. Wenn Sie dieses Erlebnis hatten, dann konnten Sie schnell feststellen, wie schnell, wie frühzeitig die Menschen im Westen blockierten gegenüber den Geschichten, die ihnen die Übersiedler aus eigenem Erleben erzählten. So freundlich, wie Ihre Zeitzeugen hier aufgenommen werden – das habe ich noch nie irgendwo erlebt in einer normalen sozialen Situation in Westdeutschland. Das ist ja eine hochkünstliche, ein hochartifizielle Situation – das darf ich wieder als kalter Soziologe dazu sagen.

Zum Schluß noch der Punkt mit der anachronistischen Fragestellung: Natürlich habe ich das provokativ gemeint. Ich persönlich habe in die gesamte Integrationsforschung seit 1984 systematisch den Gedanken investiert, daß es eine andere Gesellschaftlichkeit in beiden deutschen Staaten gegeben hat, eine andere

Sozialisation, ein unterschiedliches, einander fremdes „Sozialisationsgepäck“. Ich habe diesen Punkt dann bis in die Wiedervereinigungsfrage hinein – was konnte man daraus eigentlich für die Bewältigung der Wiedervereinigung lernen? – verfolgt. Das habe ich auch zu einem Untertitel eines meiner Bücher gemacht – „Soziologische Lehren aus der Übersiedlerbewegung für die deutsch-deutsche Integration“. Ich habe an einer Stelle von 16 Millionen Übersiedlern gesprochen zum Zeitpunkt der Wende. Nur, es interessiert sich niemand dafür. Und das ist das, was ich mit „anachronistisch“ meine. Kein Mensch heute – wenn Sie einmal sehen, was die DFG finanziert an sogenannter Transformationsforschung –, kein Mensch interessiert sich für diese sozialpsychologische (nicht individualpsychologische!) Fragestellung der deutschen Wiedervereinigung. Das ist das, was ich meine, wenn ich „anachronistisch“ sage, und das reicht von der politischen Forschungsförderung bis hin zur Medienaufmerksamkeit.

Gesprächsleiter Dirk Hansen (FDP): Vielen Dank, Herr Ronge. Ich jedenfalls habe das auch nicht so verstanden, daß die Wissenschaft jetzt in Ihrer Person zurückgeschlagen hat auf die Enquete-Kommission. Die Zeitzeugen sind auch nicht zur Verifizierung Ihrer vorher vorgetragenen Thesen eingeladen worden, sondern es sind natürlich zwei verschiedene Ansätze und zwei verschiedene Ebenen auch offensichtlich – Herr Meckel hat das durch seinen Zwischenruf schon bestätigt – so gedacht gewesen. Es kann auch nicht so sein, daß einzelne Zeitzeugen repräsentativ etwa Aussagen machen für eine soziologisch anzuliegende Untersuchung. Der Empiriker Hilmer, es drängt ihn noch, zwei Sätze zu formulieren, dann muß er auch die Chance haben.

Richard Hilmer: Das Problem der Repräsentativität unserer Übersiedlerdaten hat sich jetzt erledigt. Ein zweiter methodischer Punkt betraf die Aussage, daß die Übersiedler durchaus auf Verständnis auch in der DDR-Bevölkerung rechnen konnten. Da muß man natürlich die verschiedenen Phasen berücksichtigen. Die Damen und Herren, die jetzt von ihren Erfahrungen berichtet haben, sie berichteten insbesondere aus der Zeit Mitte/Ende der siebziger Jahre. Da bestanden doch ein bißchen noch die Hoffnungen und Aussichten, daß sich KSZE-Prozeß, Entspannung etc. positiv auf das Leben zumindest, auf das Hierbleiben der DDR-Bürger auswirkten, und insofern mag das anders gewesen sein vor allen Dingen für die Zeit ab 1984/85, wo dann mit dem Aufkommen von Gorbatschow, von Glasnost, Perestrojka doch erst zunehmend Hoffnung und dann in einem ungeheuren Ausmaß auch Enttäuschung erlebt wurde. In dem Maße waren die Motive der Ausreisenden allen sehr wohl bekannt, und sie wurden auch geteilt, in zunehmendem Maße geteilt, wie die Zahlen ja belegen; zwischen 1985 und 1989 nahm das Verständnis zu. Nur, auf der anderen Seite ist es so, 1985 waren es gut 50 %, die ihr Verständnis äußerten. Es gab auch noch einmal knapp die Hälfte, die eben wenig bis gar kein Verständnis hatten. Diese Erfahrungen wurden hier von den Zeitzeugen

durchaus gemacht. Das waren natürlich zum Teil gerade diejenigen, die auch entsprechende Funktionen innerhalb der DDR und mit den Antragstellern unmittelbar zu tun hatten, wahrscheinlich auch eher innerhalb der Intelligenz, innerhalb der Kulturschaffenden etc. Insofern sind die Repräsentativität der Übersiedler und das Spektrum, das hier jetzt im Podium vertreten ist, nicht unbedingt vergleichbar und verallgemeinerbar.

Der zweite Punkt betrifft die Wirkung unserer Daten. Ich glaube sehr wohl, daß die Daten dort, wo wir sie abgeliefert haben – das war das Innerdeutsche Ministerium – sehr aufmerksam gelesen wurden; Frau Dr. Wilms, Sie werden mir das sicher bestätigen. Die Schwierigkeiten lagen natürlich darin, daß wir über diese sehr begrenzten Kanäle hinaus überhaupt nicht in der Lage waren, diese Ergebnisse einer größeren Öffentlichkeit vorzustellen. Wir hätten damit das gesamte Forschungsprojekt gefährdet. Es wäre nicht mehr möglich gewesen. Es war tatsächlich so, daß dieses Forschungsprojekt der indirekten Stellvertreterforschung nur eine Arbeitsgrundlage war für die Bundesregierungen seit 1968, um noch einmal für die eigene innerdeutsche Politik die Grundlagen und letztlich die Rechtfertigung geliefert zu bekommen, daß der Anspruch, der verfassungsrechtliche Anspruch, auch für die Bürger in der DDR zu sprechen, durchaus mit den Interessen der Bürger in der DDR konform ging. Also diese Ergebnisse gingen nicht darüber hinaus. Was die Wirkungen der Übersiedler innerhalb der politischen Diskussion anbetrifft, da gehe ich durchaus konform. Ich glaube, die öffentlichen Wirkungen waren nicht sonderlich gravierend und groß, denn die innerdeutsche Problematik stand generell in den achtziger Jahren nicht sehr weit oben auf der politischen Agenda, sie rutschte seit Anfang der siebziger Jahre zunehmend nach unten. Insofern konnte man sich da nicht allzuviel erwarten. Allerdings – da gehe ich nicht ganz konform mit Herrn Professor Ronge –, ich denke doch, daß sich im privaten, also im alltäglichen Bereich, einiges abgespielt hat, und seien es eben nur die Reisen in die DDR, die immer wieder durch die Übersiedler aus der DDR, soweit sie dann wieder einreisen durften, aufgefrischt wurden. Da würde ich schon der These von Herrn Wilke eher zustimmen, das war ein permanenter Zufluß an Hoffnungen, auch an Zusammengehörigkeitsgefühl, der sich durchaus auch auswirkte.

Gesprächsleiter Dirk Hansen (FDP): Vielen Dank, meine Damen und Herren. Ich überlasse nun Frau von Renesse die Weiterführung der Anhörung in den zweiten Teil. Wir danken Ihnen noch einmal ganz herzlich, daß Sie sich zur Verfügung gestellt hatten.

Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse: Es geht jetzt, nachdem wir zunächst über die eigenen Schicksale der Übergesiedelten gesprochen haben, über ihre Aufnahme im Westen, die Versäumnisse, die Verdrängungen, aber auch die Wirkungen und vielleicht auch die Vorzüge oder Vorteile, die die bundesrepublikanische Gesellschaft gehabt hat, auch an Bewußtsein, nun um

die Sprengkraft, die Selbstorganisation im Innern der DDR. Ich darf die beiden Herren Hilse und Jeschonnek bitten, sich vielleicht doch noch etwas kürzer zu fassen, als sie es ursprünglich vorhatten. Beide Herren sind inzwischen eingetroffen, und ich darf Herrn Hilse bitten, mit seinen Ausführungen zu beginnen.

Werner Hilse: „Die Flucht- und Ausreiseproblematik als innenpolitischer Konfliktstoff in der DDR und innerhalb der DDR-Opposition.“ Ich werde zu diesem Thema einige persönliche Bemerkungen machen, von Erfahrungen berichten, bin jedoch der Meinung, daß ich dabei nicht bei mir bleibe, sondern daß das Denken und Verhalten innerhalb der Kirche, der Gesellschaft und auch in den Gruppen deutlich wird.

Zuerst einmal: Nachdem die evangelischen Kirchen in der ehemaligen DDR mit der EKD zusammen beschlossen hatten, Berufsverbot auszusprechen für Pfarrer, die es wagen sollten, gen Westen zu ziehen, war für mich, der ich Pfarrer sein wollte, die Entscheidung abgenommen, bleiben oder gehen. Ich habe eigentlich auch nie versucht, an irgendeiner Stelle da wider diesen Stachel zu löcken oder durch die Hintertür zu bekommen, was mir durch den Vorderausgang eben nicht möglich war. Einige in der Kirchenleitung teilten diese Meinung zwar nicht, als sie feststellten, der Hilse will wohl auch nach dem Westen, und dann folgten die Gravamina, die sie mit mir hatten. Bezeichnenderweise findet sich diese Notiz in einem Gespräch, das Herr Stolpe mit Herrn Hoffmann vom Magistrat führte. Ich bin eigentlich nie gefragt worden, warum ich mich um eine Gruppe gekümmert habe, die nicht geliebt war und allenthalben als eine unerträgliche Belastung angesehen wurde. Nun ja, warum eigentlich fragen, positives Denken ist ja oft auch nicht angesagt. Aber einen Nachteil hatte diese Vorentscheidung, und von daher wird deutlich, wovon kirchliches Denken immer bestimmt worden ist, diese Vorentscheidung, Bleiben ist das Bessere. Ich habe selbst erst lernen müssen, mich und meine Entscheidung nicht zu einer Norm des Beurteilens und des Behandelns von Andersdenkenden zu machen. Was ich akzeptierte, das brauchten andere noch lange nicht zu akzeptieren, und das war eigentlich das Wichtigste in diesem Lernprozeß. Wer für Freiheit und für Menschenrechte eintrat und davon predigte und sagte, ich will das für mich selber nicht in Anspruch nehmen, der konnte eine Argumentation nicht mitmachen, der ich immer wieder begegnet bin und die eigentlich nur verschleierte – diese Argumentation, die sagte: „Du darfst nicht gehen.“ Die Begründung war: „Ich darf ja auch nicht.“ Von so manchem kirchlich Sozialisierten habe ich das in den schönsten Formulierungen gehört.

Noch schlimmer fand ich eigentlich diese moralisch-ethische Keule, die immer geschwungen wurde, sowohl in der Kirche als auch in den Gruppen, denen ich begegnet bin. Es wurde immer gesagt: „Wir brauchen Dich, Du hast doch eine Verpflichtung uns gegenüber, Freunde läßt man nicht im Stich“, oder kirchlich:

„Gott hat Dich hierhergestellt, und hier mußst Du Dich bewähren, hier ist die Nachfolge Jesu.“ Die staatlichen Stellen sagten das nicht so fein, sie sprachen aus, was die anderen verschleierten: „Wer geht, ist ein Verräter“, und machten sie dann zu Kriminellen. Die Menschen, die gehen wollten, sind über diesen Makel, der ihnen angehängt wurde, mehr oder weniger weggesprungen, und ich habe da so ein bißchen die Wahrheit dieses Spruches kennengelernt, wenn der Ruf erst einmal ruiniert ist, dann lebt sich's weiter ungeniert. Und der Ruf war auch ruiniert, wenn man einen Antrag auf Ausreise gestellt hatte, egal, ob es Familienzusammenführung war oder ob sich Menschen auf Helsinki und die von der DDR geleisteten Unterschriften beriefen, auf die Erklärung der Menschenrechte, oder die einfach sagten, hier wird es zu eng, hier kann ich nicht mehr atmen, hier will ich nicht mehr leben. Das letztere war ja so subjektiv, daß es sofort aus der Reihe fiel, denn objektiv mußten andere hier auch leben, wurde gesagt, wenn auch mit vielen Halsschmerzen, aber ein Subjekt galt nicht viel, denn die DDR war ja alles. Die Verantwortlichen merkten sehr bald, wenn wir an dieser Stelle nachgeben, dann gibt es einen Dammbbruch, und deswegen wurde hier sehr stark taktiert. Denn die Menschen, die weggehen wollten, waren in der Regel nicht die schlechtesten, und in der Kirche merkten wir, wir verloren treue Gemeindeglieder, manche sagten, nur Steuerzahler. So war man sich eigentlich einig, daß gesagt wurde, bleiben ist das Bessere. Das ging einigermaßen gut, solange Antragsteller vielleicht noch relativ seltene Vögel waren. Da machte man eben einmal das Tor auf, und da warf man hinaus, was nicht mehr wollte, so wie man einen Kübel mit Unrat auskippte. „Sie sind es nicht wert“, aber die erhoffte Wirkung blieb eben aus. Die Schar fing an zu wachsen, und damit fing es auch zu brennen an in der DDR.

Ein Generalsuperintendent kam dann auf den Gedanken, die Leute zu registrieren. Er legte Listen an, und die Leute standen Schlange, bis er selber entweder nun kalte Füße bekam, weil kein Ende abzusehen war oder weil der staatliche Druck zu stark wurde. Übrigens bin ich von den Leuten immer wieder gefragt worden, was mit den Listen eigentlich geschehen ist. Ich weiß es bis heute nicht. Es wurde eine andere Lösung versucht, und das geschah nach dem Rezept, wenn wir oben nicht damit fertig werden, dann gibt es ja noch die Basis, das heißt die Ausreisewilligen wurden an die Ortsgemeinde verwiesen. Sie sollten dort um seelsorgerischen Beistand nachsuchen, und Seelsorge geschieht ja, so war allgemein bekannt, im persönlichen Gespräch. Damit hatte man die Menschen, die zum ersten Mal erlebt hatten, wir sind nicht allein, wieder in die Vereinzelung geschickt und gehofft, sie würden aus der Öffentlichkeit verschwinden. Und Seelsorge, das war so erklärtes Ziel, war eigentlich Rückgewinnung. Einen kleinen Nebeneffekt hatte die Geschichte, daß ja manche derer, die zu einem Seelsorger gingen, zu einem IM gingen. Sie waren noch mehr unter Kontrolle.

Die Synode faßte dann auch den Beschluß, Seelsorge für diese Menschen, aber auf keinen Fall Ausreiseveranstaltung. Sie wissen es ja auch, ein Bischof hatte noch rechtzeitig das richtige, aber auch gefährliche Wort formuliert – die Kirche ist für alle, aber nicht für alles da. So konnte der Deckel, wenn man wollte, zugemacht werden. Wem das Thema zu heiß war, der sagte, damit haben wir nichts zu tun.

Wer seine eigenen Probleme hatte mit dem Thema Ausreise, konnte schnell sagen, was wir nicht dürfen, das dürft ihr auch nicht, und sie erhielten dann Beifall von denen, von denen sie gar keinen Beifall haben wollten. Konsens war, weglaufen darf man nicht, verändern ja, und wer in den Verdacht kam, einen Antrag gestellt zu haben, der verfiel sehr oft einer sogenannten Säuberung in der eigenen Gruppe. Es war Isolation angesagt, im Beruf, unter Kollegen und im Freundeskreis, bei den gesellschaftlichen Trägern, aber auch teilweise in der Kirche. So habe ich als einziges Argument gehört, was die sagen und kritisieren, das stimmt zwar, aber sie haben das Recht verwirkt, etwas gegen – so die Sprachregelung damals – unseren Staat zu sagen. Was uns immer wieder betroffen machte in der Plessersstraße in unserer Kirche, das war das Urteil, sie hätten auch kein Recht, in einer oppositionellen Gruppe zu sein. Mancher aus meinem Arbeitskreis hat berichtet, wie es ihm erging, wenn bekannt wurde, er habe einen Antrag gestellt. Manchmal wurde direkt danach gefragt: „Hast du einen Antrag laufen?“

Es ist uns nicht gelungen, unser Papier, das wir erstellt hatten – Ausreise aus der DDR, innerer Friede – mit Gruppen zu diskutieren. Zweimal hatten wir versucht, mit Frau Bohley etwas zu machen. Das erstemal weigerte sie sich, mit Antragstellern überhaupt zu sprechen, und das zweitemal nach ihrem unfreiwilligen Urlaub von der DDR urteilte sie etwas vorsichtiger, ein bißchen Strategie und Taktik war gelernt worden. Aber das mit „Deckel drauf halten“, das klappte eben nicht so richtig. Dazu kam ja, daß manches beim Kochen nur noch härter wird, wie z. B. eben auch Eier, und mit Hartgesottenen hatte ich es in der Plessersstraße sehr zu tun. Wir hatten große Seelsorgekreise, kaum Einzelgespräche, und es entstand ein Arbeitskreis, der sich zum Ziel gesetzt hatte, aktiv zu bleiben bis zum letzten Tag und weiterzugeben, die Erfahrungen und Enttäuschungen mit der DDR um der Hierbleibenden willen öffentlich zu machen. Das war sicher nicht im Sinne der Erfinder der Seelsorgetherapie. Aber wo ausgegrenzt und isoliert wurde, da mußte wieder Integration und Gemeinschaft geschaffen werden, und so war die Plessersstraße so etwas wie so ein Begegnungszentrum, aber zugleich auch ein Stückchen Koordination, das von Rostock bis Jena und von Magdeburg bis Görlitz ging. Arbeitspapiere, Modelle, Formen passiven Widerstandes, Ideen und Anregungen zu Gruppenbildungen wurden weitergegeben. Es gab Teilnehmer, die alle 14 Tage nur zu einem Erfahrungsaustausch weite

Strecken zurücklegten und mir damals schon von Manipulationen an Autos erzählten, was ich nicht glauben wollte. Indessen bin ich etwas klüger geworden.

Wir haben also versucht, dagegenzuhalten und eine verhängte Isolation aufzubrechen. Thema war Ausreise. Resignation sollte vermieden und verhindert werden, und es sollte auch verhindert werden, daß Menschen kaputtgemacht werden. Erklärtes Ziel dieser langen Wartezeit war ja dies – kaputtmachen und dann genehmigen. Ich selbst habe an so manchem resigniertem Kollegen lernen können, der mit seiner Situation nicht fertig wurde, wohin es führt, wenn man sich nicht wehrt. Mit resignierten Menschen läßt sich keine Zukunft bauen, das hätte sich die Kirche manchesmal bei einem ihrer Pfarrer sagen sollen. Wir haben versucht, von Anfang an Öffentlichkeit zu schaffen, und zwar nicht so wie die oppositionellen Gruppen über Westmedien, die übrigens sehr zurückhaltend waren gerade bei der Behandlung und Berichterstattung über dieses Thema, sondern uns ging es um Inner-DDR-Öffentlichkeit, Öffentlichkeit in der DDR. Übrigens lag das Außenvorbleiben von Westmedien – würde ich sagen – auch im Interesse von Antragstellern, denn der Straftatbestand „Kontaktaufnahme zu ausländischen Personen und Institutionen zwecks Verunglimpfung der DDR“ war ein ganz gefundenes Fressen für den Staatssicherheitsdienst. Durch die Öffentlichkeit wollten wir verhindern, daß Menschen aus den Ausreisegruppen heimlich verschwinden. So wurden Informationen gesammelt über Zuführungen, Verhaftungen; Gesprächsprotokolle wurden angefertigt, und all das wurde in den Veranstaltungen öffentlich gemacht. Originalton eines Stasi-Offiziers war, daß resigniert bemerkt wurde: „Von einer zweiten Ordnungsstrafe und Androhung eines Ordnungsstrafverfahrens werden wir absehen, nachdem das erste öffentlich gemacht worden ist, der von uns geforderte Geldbetrag öffentlich eingesammelt wurde und die Anwesenden ihr Unverständnis kundtaten über dieses Handeln von unserer Seite.“ Es wurden so ein bißchen Argumentationshilfen erstellt, Verhaltensweisen trainiert für Gespräche, immer wieder die Einhaltung von staatlicherseits eingegangenen Verpflichtungen gefordert und anhand von Einzelschicksalen sichtbar und nachprüfbar gezeigt, wozu ein Staat fähig ist, der ja immer wieder zelebrieren ließ, an erster Stelle stehe der Mensch. Die Ausreiser hatten handfeste Interessen, und die unterschieden sich von denen der anderen oppositionellen Gruppen. Sie wollten weg, und zwar nicht ins Ausland, sondern von Deutschland nach Deutschland. Damit berührten sie eigentlich die empfindlichste Stelle der DDR, die Frage der Nationalität und der Staatsbürgerschaft. Für diese Menschen gab es hier keine offene Frage, und damit war diese Gruppe so ein Stückchen auch existenzbedrohend für diesen Staat, der nicht gewollt und auch nicht gewählt war. Der Unterschied zu den Oppositionsgruppen, so, wie er sich darstellte und wo der Konfliktstoff für uns lag, war folgender: Die Ausreiser sagten: „Dieser Staat ist nicht reformierbar,

und wir wollen nicht mit ihm untergehen.“ Sehr viel hat in den Diskussionen ein Wort von Huckendeick eine Rolle gespielt, der einmal in Bezug auf die Kirche gesagt hat, kreative Ratten verlassen ein sinkendes Schiff. Das wurde oft heiß und viel diskutiert. Die Gruppen dagegen träumten, und sie wollten eine reformierbare, vielleicht auch eine verbesserliche DDR. Ausreiser sagten: „Dieser Staat ist so korrupt, er befreit nicht den Menschen, sondern er macht ihn schizophren. Das liegt in seiner Ideologie, und das liegt in seinem Menschenbild.“ Die Gruppen meinten sehr oft: „Die Idee des Sozialismus ist gut, wir müssen nur die Ganzheitlichkeit wieder herstellen, wir müssen sie wieder herstellen, wie sie Luxemburg und Liebknecht noch hatten.“ Die Ausreiser waren für den Staat eine Gefahr, weil sie ihn ablehnten und ständig so die deutsche Frage immer wieder mitbeschworen. Sie waren aber auch eine Anfrage an die Gruppen zu ihrer Beurteilung und ihrer Analyse dieser DDR. Wer eigentlich hier radikaler und klarer gedacht hat, ist wohl inzwischen ein bißchen sichtbar geworden, auch wenn es immer noch welche gibt, die ihre Illusionen von gestern noch nicht ablegen konnten.

Die Menschen, die ich kennengelernt habe, waren keine Abenteurer, die nichts zu verlieren hatten. Es waren Etablierte, es waren Gutsituierte, die alles aufs Spiel setzten für eine sehr ungewisse Zukunft. Das wurde oder das wollte so nicht gesehen werden. Man machte ihnen den Vorwurf, sie wären dem Konsumrausch verfallen, dem westlichen Werbefernsehen auf den Leim gegangen, sie wollten nur noch besser leben, nur noch mehr Wohlstand. Mit dieser Einschätzung ließ sich ja auch gut Stimmung machen, und eine ernsthafte Auseinandersetzung zur Analyse ihres Gehens war überhaupt nicht mehr nötig. Niemand nahm ihnen ab, daß Menschen nicht nur von Brot leben, denn Brot hatten wir ja noch in der DDR, sondern auch Freiheit brauchten, daß Druck und Bevormundung auf die Dauer kaputtmachen, daß Stagnation der persönlichen und beruflichen Fortbildung in Resignation treibt und daß Verhinderung der Entfaltung der Persönlichkeit und Fähigkeiten krank machen. Was ich so erlebt habe, war, daß die Ausreisewilligen ihre verhängte Unmündigkeit abzuwerfen versuchten.

Wenn ich es so für mich auf einen Punkt bringen sollte, würde ich sagen, die Opposition dachte immer noch im System und wollte es, beflügelt von Gorbatschow, verändern, aufweichen, menschlicher machen, und träumte vielleicht von einer Ideologie, vielleicht auch von einem Dritten Weg. Die Ausreiser konterten: „Es gibt keinen dritten Weg, es gibt nichts, nur einen Druck.“ Deshalb wollten sie nicht bleiben. So waren die beiden Bewegungen, obwohl sie gegen ein verhaßtes System waren, doch ein bißchen wie Feuer und Wasser, und zu einem taktischen Bündnis kam es nicht. Persönliche Kontakte wurden oft einfach abgebrochen. Schützenhilfe wurde nicht gewünscht, höchstens als Füllsel bei Veranstaltungen, denn wer sich mit Ausreisern einließ, der setzte sich noch mehr ins Aus, und ich verstehe auch, daß der, der

eine Gratwanderung wagte in dem System, sich nicht zusätzlich gefährden und belasten wollte. Doch ich hätte mir ein bißchen taktisches Gespür gewünscht, manchmal auch ein Dankeschön für die Fußtritte, die diese Ausreiser einem verhaßten System noch gaben. Oder war das schon zuviel? Ich erinnere mich an diesen empörten Aufschrei, daß sich unter die Demonstranten zur Luxemburg/Liebknecht-Demo Ausreiser gemischt und damit das Anliegen der DDR-Opposition diskreditiert hätten. Von den Namenlosen, die damals verschwanden, hat man nicht geredet, einige sind im Februar 1988 dann in der Plessersstraße gelandet. Prominente bekamen Urlaub von der DDR und sind ihr heute deswegen noch böse.

Wir haben versucht, mit der offiziellen Institution „Männerarbeit“ des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR und der EKD eine Studie zu erarbeiten zum Thema „Ausreisen – Ursache, Hintergründe, Auswirkungen und geschichtliche Fakten“. Es ist nichts geworden, weil einige Verantwortliche sehr bald kalte Füße bekamen und meinten, das könnte ans Eingemachte gehen. Heraushalten und hierbleiben war die Devise und nicht einmischen. Danach hat es keine offiziellen Beziehungen und Bemühungen um Kooperationen mit einer kirchlichen Institution mehr gegeben, ausgenommen, daß wir Positionspapiere des „Arbeitskreises thematischer Gottesdienste“ erstellt haben für die Veranstaltung im Rahmen des konziliaren Prozesses in Dresden und in Magdeburg, die aber nicht als offizielle Gemeindepapiere gehandelt werden durften.

Damit ist auch angedeutet, wie diese Arbeit mit Ausreisern im kirchlichen Bereich beurteilt wurde. Abgesehen von einzelnen Persönlichkeiten, die zu uns gestanden haben und Mut machten, ist immer mehr die staatliche Forderung nach Disziplinierung zum Tragen gekommen. Um jede große Veranstaltung mußte gerungen werden. In einem Maßnahmenkatalog der Hauptabteilung XX/4 vom November 1988 wird von den erheblichen Belastungen des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche durch den „Mißbrauch“ von thematischen Veranstaltungen in der Plessersstraße gesprochen. Immer wieder wurden strafrechtliche Folgen angedroht, mit Verhaftung wurde Druck und Angst gemacht; es wurde wohl nicht gesehen, daß die Menschen, die sich da sammelten, eigentlich über diese Angstphase hinaus waren. Sie hatten ihre Erfahrungen mit der Stasi und den betrieblichen und gesellschaftlichen Betreuern, sie hatten sich exponiert, und sie waren gezeichnet. Es gab kein zurück. So konnte nichts mehr verhindert werden.

Aber eine ganz andere Saat wurde gesät, und an deren Früchten haben wir heute noch zu leiden. Sie belastet jedenfalls unsere Gemeinde sehr stark. Es wurde gezielt Einfluß genommen auf Entscheidungsgremien, auf Gemeindeglieder, und Ziel war, eine Distanzierung von der Gruppe der Ausreisenden zu erreichen. Es wurden Dossiers erarbeitet über einige führende Köpfe in der Gruppe, die dann gezielt verbreitet wurden, um zu zeigen, was

für moralisch fragwürdige Gestalten dort in der Plessersstraße Unterschlupf gefunden hatten – Leute, die nur Karriere machen wollten, moralisch etwas minderwertig waren, und außerdem nutzten sie nur schamlos die Kirche aus. Die Gesprächskontakte mit Gemeindeverantwortlichen wurden gekappt, um auch da eine Isolierung herbeizuführen. Übrigens ging es immer mehr nach dem alten Motto „divide et impera“. Ermittlungserfahren gegen einige bis zur Verurteilung erfolgten, andere wurden abgeschoben, es wurde versucht, wieder Leute zu werben – „für Informationen kannst Du Dich freikaufen“. Übrigens, obwohl die Verhaftungen erfolgten im Zusammenhang unseres Arbeitskreises und der Arbeit, die dieser Arbeitskreis machte und es eigentlich ein ziemlicher Eingriff war in kirchliche Arbeit, war die Kirchenleitung nicht zu bewegen, für die Verhafteten einzutreten. Es waren ja Ausreiser, und Grund ihrer Verhaftung, so wurde gesagt, war der Ausreiseantrag, aber nicht, daß sie sich engagiert hatten. Dieser staatlichen Lesart schloß man sich sehr schnell an. Es wurden Unterschriften gesammelt von den Anliegern um die Kirche wegen Gefährdung der Sicherheit durch die Besucher, Proteste von Bürger organisiert und gewarnt vor dem Besuch der Gottesdienste überhaupt. Ich erwähne das nur, um zu sagen, wie das eigentlich auch auf Resonanz gestoßen ist und wie man nicht so ohne weiteres sagen kann, alle oder zum größten Teil waren sie dafür oder sagten, für die Ausreiser, ja, es hat so seine Berechtigung usw. So war es gar nicht. Es war ein bißchen unfein, wenn man von westlichen Medien gefragt wurde, zu sagen, ich bin gegen Ausreise. Aber die Wirklichkeit war etwas anders.

Was uns am meisten getroffen hat, war, daß uns einmal von kirchlichen Vertretern erklärt wurde: „Wir übernehmen keinen Rechtsschutz für Teilnehmer an Ihren Veranstaltungen, und zwar für die, die nicht aus Berlin sind und extra dazu anreisen.“ In der Gemeinde selbst wurde eifrigst kolportiert, die Leute wissen ja nicht einmal, wie man sich in einer Kirche benehmen muß, die schwatzen nur, die können nicht mitsingen, die wissen nicht, wie man beten soll, was eine Bibel ist usw., nehmen Sitzplätze weg und Kissen. Kollegen wurden gebeten, Berichte zu geben, um Geist, Inhalt und Form der Veranstaltungen zu beurteilen, ob das noch evangeliumsgemäß ist. All das interessierte mehr als Menschenschicksale. Das beschäftigte und war Gesprächsthema auf vielen Sitzungen, aber nicht die Jagd und die Schikanen für Autofahrer mit weißen Fähnchen oder zerstoche Reifen von Besuchern der Kirche oder einzelne Menschenschicksale. Ziel war, den Ausreisern das Recht abzusprechen, sich in kirchlichen Veranstaltungen zu treffen und zu artikulieren. Und so kam – und das war eigentlich die Erfahrung, die mich am schwersten getroffen hat – zu dieser äußeren Kontrolle noch der Versuch zu einer innerkirchlichen Zensur. Es sollte jeder Beitrag, jedes spontane Gebet erst schriftlich vorgelegt und genehmigt werden. Das zerriß schon Kirche, und das zerriß schon Gemeinde. Es gab wenig Sympathie und Verständnis für die

Menschen. Es gab noch weniger Einsatz für sie. Denn es war ja so einfach zu sagen, die sollen doch bleiben, niemand jagt sie ja weg.

Daß sie nicht blieben und daraus eine Bewegung wurde, die so unkontrolliert anschwellte, das wissen wir alle, und daß es zuletzt wohl nicht mehr auf viel Mut ankam, sondern nur noch aufzuspringen war auf einen Zug, der von Ungarn oder von Prag oder Warschau gen Westen fuhr, das wissen wir auch. Mit ihnen möchte ich die Antragsteller, mit denen ich zu tun hatte, nicht in einem Atemzug nennen. Ich denke, sie haben den DDR-Bürgern eine Botschaft herübergebracht, die – so denke ich – angekommen ist: „Lernt an uns, wie man Angst verliert, und dann bewegt sich etwas.“ Und so ist es ja eben auch gekommen. Zu denen, die gerufen haben: „Wir wollen raus!“, kamen dann plötzlich die anderen, die da riefen: „Wir bleiben hier!“, und dann wurde skandiert „Deutschland unser Vaterland!“ oder „... einig Vaterland!“.

Noch eine kurze Schlußbemerkung: Als das gerufen wurde, haben wir eines unserer letzten Sonntagsgespräche gehabt mit dem Thema „Einheit Deutschlands“, und diesmal ohne Antragsteller, denn die waren ja längst weg. Eingeladen waren Journalisten aus Ost und West und Vertreter der Gruppen. Es war im November 1989. Alle, die da diskutierten, lehnten die Einheit ab und sahen in ihr ein großes Unglück, was da kommen könnte. Manchmal sind Intellektuelle eben zu sehr gefangen in ihren Gedankengebäuden, als daß sie Wirklichkeit interpretieren, sondern sie machen dann ihre Gedanken zur Wirklichkeit. An der Stelle sind sie den „Ehemaligen“ in der DDR sehr ähnlich gewesen, gegen die Opposition und die Ausreiser angetreten waren, aber jeder so auf eigene Art und Weise.

Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse: Ich glaube, Herr Hilse, wir haben durch Ihren Vortrag eine Reihe von Gründen erfahren, warum es in der Opposition Spannungen gab zu dem Thema Ausreise, warum gerade diese Bewegung, die so etwas wie eine Pistole auf der Brust der DDR war, auch innerhalb der Opposition für manche bestimmte Vorstellungen und Kritikan-satzpunkte bedeutete. Mit Herrn Jeschonnek haben wir jemanden, der zu den frühen Organisatoren einer Gruppe unter den ausreisebewegten Antragstellern gehörte, Kulturschaffender, Theaterregisseur, und Sie werden uns aus Ihrer Sicht über die Organisationsformen in der Opposition berichten.

Günter Jeschonnek: Ich habe heute vor, zum Thema Opposition und Ausreise kurz etwas zu sagen, dann zu dem Spannungsverhältnis Kirche und Ausreise, vielleicht noch ein paar Punkte zu vertiefen, die jetzt eben schon benannt worden sind, und zu dem, was Ausreisewillige in den achtziger Jahren dazu geführt hat, sich in der DDR zum ersten Mal zu organisieren, sich öffentlich zu artikulieren und auch in einen Dialog zu treten mit den politisch Verantwortlichen. Das war für die DDR – 1985 fand das statt – neu. Es war natürlich ein sehr ambivalenter Vorgang, der sogar etwas Schizophrenes hatte, denn es war natürlich ein Irrglaube daran zu denken,

daß die SED-Verantwortlichen sich mit Ausreisewilligen an einen Tisch setzen und darüber nachdenken, wie man denn die Ausreise besser organisieren könne. Aber darum wußten wir, und dennoch sind wir genau diesen Weg gegangen. Wir haben gesagt, wir müssen unbedingt die immer nach außen hin artikulierte Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit in der DDR, die von den SED-Politikern so gern salbungsvoll bei politischen Anlässen deklariert wurde, einklagen, die müssen wir auf den Punkt bringen. Das war ziemlich schmerzhaft für die politisch Verantwortlichen, und aus dem Grunde sind dann natürlich die Leute, die das initiiert hatten so wie ich, sehr schnell aus der DDR hinausgeflogen. Ich bin 1987, am 10. Dezember, aus der DDR geflogen und war ein Störfried wie viele andere, die sich mit diesem Thema beschäftigt hatten.

Es ist heute schon ziemlich klar dargelegt worden, daß das Thema der Ausreise ein hohes Politikum und daß im Vergleich dazu die Opposition in der DDR aus meiner Sicht unbedeutend war. Das kann man wirklich so sagen, sie hat eigentlich kaum eine Rolle gespielt. Ich weiß, daß ich damit die Oppositionellen provoziere. Das habe ich auch zu DDR-Zeiten getan, weil wir immer wieder probiert hatten, mit den Oppositionellen – es waren ja sehr, sehr wenige – in einen Dialog zu treten, mit ihnen darüber zu reden und zu sagen: „Wir haben eigentlich alle den gleichen Ansatz, nur mit einem Unterschied: Ihr wollt bleiben, wir wollen gehen. Wir klagen gemeinsam die Menschenrechte ein, nicht nur Reisefreiheit, Ausreise, sondern mehr, und ihr glaubt daran, daß das innerhalb der DDR zu verändern ist, und die wie wir ausreisen wollen, die darüber lange nachgedacht haben, die sich ja zum großen Teil auch aus klugen Leuten zusammensetzen, sind der Auffassung, daß es überhaupt keine Chance gibt, in der DDR diese Menschenrechte durchzusetzen.“ Das war eben doch ein Irrglaube, und aus der Perspektive von heute wissen wir, daß das auch so war.

Es sind heute Zahlen genannt worden zum Thema Ausreise. Dabei ist vergessen worden, daß bis 1961 drei Millionen DDR-Bürger die DDR verlassen hatten, daß seit 1961 600.000 Menschen die DDR verlassen hatten auf dem Wege der Flucht, auf dem Wege der offiziellen Ausreise, auf dem Wege der freigekauften Ausreise. Ich habe gestern abend gerade noch ein Papier gesehen von einer Freundin, die 1986 ausgereist ist und auf deren Ausreisedokumenten ein „F“ draufstand. Das hieß, daß diese Frau auch freigekauft worden ist. Sie wußte nicht von wem und zu welcher Summe. Es gab aber viele Ausreisewillige, die auf dem Weg des Freikaufs erst überhaupt aus der DDR herauskamen, ohne daß sie im Gefängnis gesessen hatten.

Was war das Neue 1987? Unsere Gruppe hat sich 1987 konstituiert. Ich hatte selbst 1986 einen Ausreiseantrag gestellt, und all jene, die in dieser Gruppe mitarbeiteten, kamen zu der Auffassung, daß wir nur eine Chance haben, wenn wir uns zusammenschließen, wenn wir gemeinsam diskutieren,

welche Ursachen zur Ausreise führen, nach den Hintergründen fragen. Wie kommt es dazu, daß so viele Menschen in der DDR ausreisen wollen? Wir hatten gesagt, wir müssen darüber diskutieren, warum es in der DDR so einen großen Konsens gibt, der heute auch hier beschrieben worden ist, daß man ja eigentlich bleiben müsse, daß alle, die gehen wollen, Verräter sind. Daß die SED-Ideologie so verinnerlicht wurde von der Mehrheit der DDR-Bevölkerung, das war eigentlich schon ein Phänomen, obwohl ja wirklich die Mehrheit so dachte und auch ähnlich empfunden hat, nämlich, daß es Reisefreiheit geben muß, daß man auch die Möglichkeit haben muß, sein Land zu verlassen. Dennoch haben 95 % der DDR-Bevölkerung diese Ideologie so verinnerlicht, daß sie die Ausreisewilligen zu Verrätern, zu Abtrünnigen abgestempelt haben. Die Tatsache, daß es in der DDR Menschen gegeben hat, die gesagt haben: „Ich spiele hier nicht mehr mit, ich akzeptiere nicht, daß es eine Mauer gibt, daß ich eingesperrt bin in diesem Land, daß ich keine Chance habe, mich so frei zu bewegen, wie es in anderen Demokratien möglich ist, daß ich hinzunehmen habe, daß ich eigentlich ein Leibeigener bin.“ – also eine moderne Form von Leibeigenschaft – das haben viele nicht verstanden. Deshalb kam es natürlich in Diskussionen mit der kleinen Opposition in der DDR, speziell in Berlin, auch zu vielen Dissensen. Wir haben probiert, daß wir unter dem Dach der Kirche gemeinsam mit der Opposition das Thema der Ausreise publik machen können, und es fand sich innerhalb der Opposition eigentlich niemand, der gesagt hat: „Okay, wir arbeiten zusammen, es gibt die gleichen Ursachen, die wir haben, die dazu führen, daß wir uns hier in diesem Land engagieren.“ Es gab vielleicht, um diese Leute auch mit Namen zu nennen, eigentlich innerhalb der Initiative „Frieden und Menschenrechte“ nur zwei. Das waren die Templins, die gesagt hatten, daß es ganz wichtig ist, mit den Ausreisewilligen in einen Dialog zu treten und öffentlich deutlich zu machen, daß die Ursachen, die zur Ausreise führen, das Dilemma auch des DDR-Staates sind.

Weil wir keine Chance hatten, mit einer oppositionellen Gruppe zusammenzuarbeiten, versuchten wir, innerhalb der Kirche Schutz zu finden. Durch meine private Bindung zur Gethsemane-Gemeinde im Prenzlauer Berg hatte ich gute Kontakte zur Kirche und zur Kirchenleitung. Ich bin dann während dieser Zeit, 1986/87, von einigen wichtigen Kirchenleuten, zu denen ich einen guten Kontakt hatte, sehr oft eingeladen worden, darüber zu diskutieren. Ich habe also viel über die Position der Kirche erfahren, und die Kirche war eigentlich der einzige Schutzraum auch für die Ausreisewilligen. Aus dem Grunde durften wir uns damals in der Umweltbibliothek treffen. In der Zions-Kirche hatten wir einen Raum erhalten, in dem wir vierzehntägig tagen konnten, wo wir besucht wurden, wo wir uns austauschten, und der damalige Pfarrer Simon und auch die Mitglieder der Umweltbibliothek – einer sitzt ja auch heute hier – waren damals sehr kooperativ, obwohl sie wußten, was es für sie

bedeutet, daß wir selbstverständlich unterwandert sind, observiert werden von der Staatssicherheit und sie deshalb auch Sorge hatten, daß ihre eigene Arbeit in der Umweltbibliothek gefährdet war.

Ich habe, als ich im Westen war, mehrere Artikel, auch in einem Buch, über dieses Thema geschrieben und einem Buch zum Thema „Ausreise“ die Frage vorangestellt „Ausreise – das Dilemma des ersten deutschen Arbeiter- und Bauern-Staates?“. Ich denke, daß die heutige Veranstaltung eigentlich schon beantwortet hat, daß das Ausreiseverlangen, das Verlangen von Menschen, sich frei bewegen zu dürfen und in keiner Weise zu akzeptieren, daß sie eingesperrt sind, auch mit zum Untergang des SED-Regimes geführt hat. Daran gibt es überhaupt keinen Zweifel. Ich habe damals (1988) in diesem Beitrag am Ende als Fazit geschrieben: „Die Lösung des Ausreiseproblems liegt einzig und allein bei der SED-Führung selbst. Entweder bekennt sie sich zu einem Prozeß der Offenheit und der Öffnung nach innen wie nach außen, der der DDR-Gesellschaft neue Impulse verleiht und das Leben im Lande attraktiver werden läßt. Dazu gehören auch rechtliche Garantien für Reisefreiheit und Ausreise, die Verwirklichung der Menschenrechte und die Arbeit unabhängiger Gruppen. Oder aber die SED-Führung muß damit leben, daß das Potential kritischer und schwer integrierbarer Menschen anwächst, daß aber auch Anpassung, Resignation und Ausreiseanträge zunehmen“. Daß das passiert ist, wissen wir. Ich war kein Prophet, aber aus den vielen Gesprächen mit Ausreisewilligen war klar und deutlich, daß die Krise der DDR auch mit zunehmender Öffnung – das war ja gerade der Widerspruch – zugenommen hat, daß die SED-Führung unter einem immanenten Druck stand, nämlich sich auf der einen Seite nach außen hin zu öffnen, der internationalen Öffentlichkeit vorzuführen, daß man ein Rechtsstaat ist, und auf der anderen Seite zu wissen, daß jede Öffnung nach außen und nach innen zur Folge hatte, daß mehr Menschen sozusagen in die kleinen Ritzen und in die kleinen Lücken drückten und die Freiheit wollten. Das war dieser Teufelskreislauf, in dem sich die SED-Führung befand und da auch nicht mehr herauskam.

Von den Vorrednern sind heute einige politische Zäsuren in der DDR-Geschichte genannt worden, die vielleicht auch für die Aktivitäten von Ausreisewilligen wichtig waren. Die meisten wurden genannt – Prager Frühling, Biermann-Ausbürgerung, KSZE-Prozeß. Ein ganz wichtiger Einschnitt war natürlich 1984, als 35.000 Menschen die DDR verlassen durften, vielleicht auch, um ein Ventil zu öffnen und zu erreichen, daß dann endlich Ruhe in diesem Lande herrschen würde, was aber dazu führte, daß diese 35.000 Leute natürlich wieder Leute nachgezogen haben. Es gab Informationen, es gab Austausch, und das war gerade der Trugschluß, weil man sich damit eigentlich wieder organisiert hatte, so daß noch mehr Menschen die DDR verlassen wollten. Dieses Jahr 1984 war so ein Einschnitt, weil damals auch in der DDR erstmalig eine öffentliche Diskussion zum Thema Ausreise stattfand.

Viele fragten sich – bei Freunden, im Bekanntenkreis, bei Feiern: „Bleibe ich oder bleibe ich nicht, gehe ich, sehe ich noch eine Chance in diesem Land zur Veränderung oder sehe ich keine?“ Ich kann mich noch genau daran erinnern, daß sich viele im Prinzip verteidigten, die sagten: „Ich bleibe in dem Land, ich glaube an eine Veränderung.“ Viele wagten gar nicht, eine Meinung zu äußern, weil sie insgeheim spürten, daß sie auch keine Chance mehr in der DDR sehen, aber nicht wagten, einen Ausreiseantrag zu stellen.

Von 1985 bis 1987 gab es wider Erwarten in der DDR Restriktionen gegenüber den Ausreisewilligen. Diese Restriktionen führten dazu, daß der Druck der Ausreisewilligen zugenommen hat, führten auch dazu, daß sich u. a. eine Gruppe bildete und daß wir sagten, daß wir dieses Thema der Ausreise öffentlich machen wollen. Unsere Gruppe hatte den Namen „Arbeitsgruppe Staatsbürgerschaftsrecht der DDR“. Dieser Name geht darauf zurück, daß das Staatsbürgerschaftsrecht der DDR sagte – es ist ein Zitat aus einem Buch von 1986 –, in Übereinstimmung mit dem Wesen der sozialistischen Staatsbürgerschaft akzeptierte das Recht der DDR keinen individuellen Anspruch auf Entlassung. Und das genau war unser Ansatz. Wir haben gesagt, daß wir diese Auslegung des Staatsbürgerschaftsgesetzes der DDR, nämlich den individuellen Anspruch auf Ausreise überhaupt nicht zu gewähren, nicht akzeptieren. Wir haben der DDR-Führung in zwei Erklärungen, die wir am 10. Dezember 1987 übergeben haben, erklärt, daß das im Widerspruch zu allen Dokumenten steht, die die SED-Führung unterschrieben hat – der KSZE-Akte, den Menschenrechtskonventionen, eigentlich zu allen Papieren, die in den achtziger Jahren unterschrieben worden sind. Es war eine ganz individuelle Auslegung der SED, dieses Staatsbürgerschaftsrecht so anzuwenden.

Ich hatte vorhin schon gesagt, daß wir eigentlich nur die Chance hatten, unter dem Schutz der Kirche zu arbeiten, zu agieren. Eine ganz wichtige Person in dieser Zeit – so umstritten er heute sein mag, ich habe leider meine Stasi-Akte noch gar nicht eingesehen, weil ich noch keine Zeit hatte – war Manfred Stolpe, mit dem ich engen Kontakt hatte und mit dem ich des öfteren auch zu diesem Thema gesprochen habe, den ich in seinem Konsistorium aufsuchte und der in zwei Fällen bei diesen Gesprächen seine Räumlichkeiten mit mir verlassen hat, weil er zu mir sagte, er hat die Sorge, daß in seinen Räumen Wanzen installiert sind, und er wolle mit mir auf dem Hof darüber sprechen. Er war in der DDR ein ziemlich wichtiger Mann, der uns eigentlich immer wieder ermutigt hatte, unseren Rechtsanspruch zu artikulieren, obwohl er damit im Widerspruch stand zur Politik der Kirche, nämlich dafür Sorge zu tragen, daß Ausreisewillige die DDR nicht verlassen.

Ganz wichtig waren innerhalb der Kirche die Gemeinden selber, die teilweise sehr individuell für sich entschieden hatten, Ausreisewilligen zu helfen, ihnen Schutzraum zu bieten, und da muß ich sagen, daß gerade in Berlin viele

Kirchen – ich denke nur an die Zionskirche, die Gethsemane-Kirche, Kirchen in Berlin-Mitte und auch am Prenzlauer Berg – Ausreisewilligen sehr, sehr geholfen haben in Form von Gesprächen, in Form von Unterstützungen für Kopien, die man machen konnte, daß wir Räume nutzen durften in der Kirche. Also als Fazit: Ohne die Kirche wäre die Arbeit der Ausreisewilligen und der gebildeten Gruppen überhaupt nicht möglich gewesen.

1987 war dann noch einmal ein wesentliches Jahr, weil 1987 in der DDR und speziell in Berlin sehr viel passierte. Ich erinnere nur an solche Dinge wie „Kirchentag von unten“, Umweltbibliothek, „Umweltblätter“, „Initiative Frieden und Menschenrechte“, „Grenzfall“, Olof-Palme-Friedensmarsch, Pilgermarsch durch Berlin, Honecker-Besuch in der Bundesrepublik. Der war für uns sehr wichtig, weil wir damals entschieden hatten, daß wir genau in diesem Umfeld des Honecker-Besuches in Berlin Aktivitäten starten müssen, weil Honecker sich in der Bundesrepublik sehr loyal geben und dort auch vorführen muß, daß in der DDR Diskussionen möglich sind. Deshalb hatten wir damals gemeinsam mit der Opposition und mit Kirchenmitarbeitern organisiert, daß es in Berlin diesen Pilgermarsch gab, wo u. a. auch Menschenrechte eingeklagt worden sind. Ganz wichtig war auch aus meiner Sicht, obwohl es sehr umstritten ist, das SED/SPD-Papier, weil ich denke, daß es im Zuge dieses SED/SPD-Papieres Möglichkeiten gegeben hat, Themen, die bis dahin tabuisiert waren, öffentlich zu machen. Das Problem war natürlich, daß die Politiker von der SPD keine Möglichkeit gesehen hatten, sich mit Oppositionellen zu treffen – das war natürlich ein Dilemma – und daß sie sich auch nicht mit Ausreisewilligen getroffen, sondern ihre Diskussionen nur auf der Politikerebene geführt haben. Das muß man ihnen natürlich im nachhinein ankreiden.

Jetzt noch einmal zu den Spannungen mit den Gruppen, mit der Opposition: Für die Opposition war es aus meiner Sicht natürlich eine sehr ambivalente Geschichte, mit uns zusammenzuarbeiten oder mit uns nicht zusammenzuarbeiten, aus dem einfachen Grund, daß ihre Intentionen einer Veränderung von innen heraus durch unseren Angriff gestört werden könnten, daß wir ihre Arbeit diskreditieren und behindern. Aus diesem Grunde hatten sich natürlich viele abgeschottet und wollten mit uns nichts zu tun haben. Dann gab es auch die Sorge, daß die Opposition von der Stasi unterwandert wird, da man nicht wußte, ob alle Ausreisewilligen wirklich Ausreisewillige waren oder ob da nicht auch Leute von der Stasi mitgearbeitet haben. Man darf natürlich auch die Illusion vieler Oppositioneller nicht vergessen, daß man eine Art demokratischer Insel in der DDR schaffen und das System von innen heraus reformieren kann. Ich habe das gemerkt, weil ich über meine Möglichkeiten innerhalb der Kirche einen sehr guten Zugang zu vielen Oppositionellen hatte und dort vielleicht nicht die Sorge bestand, daß ich für die Stasi arbeitete, deshalb viele Gespräche mit ihnen führen konnte und immer wieder an den

Punkt gestoßen bin, daß viele glaubten, in der DDR wirklich etwas verändern zu können. Ich habe das sehr geschätzt, hatte große Hochachtung vor diesen Leuten, weil viele damit auch ihr Privatleben und ihr berufliches Leben aufs Spiel gesetzt hatten. Viele waren arbeitslos. Aber dennoch hatte ich gesagt, daß ich glaube, daß es eine Illusion ist.

Als ich dann 1987 im Westen war und dort die Möglichkeit hatte, über die Medien, das Fernsehen etwas zur DDR zu sagen, zu dem, was dort stattfindet innerhalb der Opposition, hatte ich vorher immer nachgefragt in Berlin. „Was ist euch wichtig, ich habe Möglichkeiten, im Fernsehen (das war das „heute-Journal“ oder auch mal die Tagesschau) etwas zu dem Thema zu sagen; das ist ein Forum, was ihr so schnell nicht bekommen werdet.“ Da bin ich angerufen worden, daß ich das bitte unterlassen solle, ich solle bitte nichts im Namen der Opposition sagen und auch nicht ihre Situation dort beschreiben. Ich bin also daran gehindert worden, mich praktisch zur Situation der Opposition in der DDR zu äußern. Ich habe es dennoch getan. Aber es hat viele Versuche gegeben, dies zu unterbinden.

Wir haben vorhin gehört, daß im Rahmen der Rosa-Luxemburg-Demonstration am 17. Januar 1988 die Ausreisewilligen mit demonstriert haben; die Gruppe, die wir gegründet hatten, war die Initiatorin dafür. Natürlich hat die Opposition gesagt: „Wir machen das nicht gemeinsam mit euch, weil wir andere Ziele haben.“ Da gab es auch im Vorfeld viele Diskussionen, und die Opposition hatte nicht verstanden, daß die Rosa-Luxemburg-Demonstration eine Möglichkeit gewesen wäre, auf die Verletzung von Menschenrechten in der DDR hinzuweisen, unter dem Stichwort „Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden.“ Man hat sich leider auseinanderdividiert; die Ausreisewilligen, die an der Demonstration teilgenommen haben, wurden dann auch verhaftet und konnten teilweise sehr schnell ausreisen. Einige hatten auch Haftstrafen bekommen. Darüber ist in der Öffentlichkeit nie etwas gesagt worden.

Zum Abschluß möchte ich noch einmal einige Dinge benennen, die wir gegenüber der DDR-Regierung öffentlich gemacht hatten. Wir hatten am 10. Dezember 1987 eine Erklärung an die DDR-Regierung übergeben. Ich hatte auch vor, zu einem Gottesdienst, den wir in der Gethsemane-Kirche am 10. Dezember organisiert haben, zu dem Thema zu sprechen, u. a. mit Leuten von der Opposition und auch mit Stolpe. Dort hatten wir auch entschieden, daß Krawczyk in der Gethsemane-Kirche noch einmal reden soll, obwohl die Kirche da längst einen Rückzieher gemacht hatte. Die Staatssicherheit hat natürlich längst von diesen Aktivitäten gewußt. Aus diesem Grunde gab es dann einen Befehl, mich an diesem Tag, dem 10. Dezember, dem Tag der Menschenrechte, aus dem Verkehr zu ziehen, und ich mußte bis 19.00 Uhr Berlin verlassen. Obwohl ich das abgelehnt hatte, bin ich mit meiner Frau und meiner Tochter mit zwei Autos nach West-Berlin gebracht worden, und an

diesem Tag haben die anderen Gruppenmitglieder in der Gethsemane-Kirche zum ersten Mal öffentlich zum Thema Ausreise und auch zu dieser Erklärung Stellung genommen.

Ich zitiere einmal ein paar Stellen aus dieser Erklärung, die deutlich machen, was unser Ansatz war. Es gab einen Brief an die Volkskammer, an Herrn Sindermann. Dieser Brief wie auch die anderen, die an Stoph und an das ZK der SED sowie an den Außenminister gingen, wurde persönlich übergeben. Natürlich kamen darauf nie Antworten. Aber dennoch hat es Reaktionen ein Jahr später gegeben. In einem Gespräch hat mir das damalige Politbüromitglied Schabowski gesagt, daß unsere Erklärung ein Jahr später, 1988, dazu geführt hat, daß die SED-Regierung eine neue Reiseverordnung publizierte, die angeblich mehr Freizügigkeit und Reisemöglichkeiten garantieren sollte. Diese Verordnung fußte in einigen Punkten auf dem, was wir 1987 eingeklagt haben. Das hat er mir so unumwunden zugegeben. Ich zitiere: „Sehr geehrter Herr Sindermann! Mit dieser Erklärung anlässlich des Tages der Menschenrechte wenden wir uns an Sie, weil zu den von uns beschriebenen Problemen kein konstruktiver Dialog mit den dafür zuständigen staatlichen Organen möglich ist. Alle Unterzeichnenden, die eigenverantwortlich diese Erklärung tragen, bieten hiermit erneut ihre Gesprächsbereitschaft an. Die in der Erklärung beschriebene Ausweglosigkeit in Ausreiseangelegenheiten gebietet unseres Erachtens dringend ein menschenwürdigeres Handeln seitens der DDR-Regierung. Eine Gesellschaftsordnung, die sich ihren Konflikten nicht offen und kritisch stellt, ist schwer erkrankt. Deshalb wenden wir uns auch an Sie, um in Ausreiseangelegenheiten künftig gemeinsame Lösungen zu finden, die das Selbstbestimmungsrecht und die Würde des einzelnen respektieren. Prinzipien und Gesetze eines Landes sind umso überzeugender, je menschenfreundlicher ihre Praxis ist. Solange in der DDR Menschenrechte beschnitten werden, die für die freie Entfaltung des einzelnen unentbehrlich sind, und solange nicht über die eigentlichen Ursachen des Ausreisesyndroms öffentlich nachgedacht wird, kann auch der Zunahme von Ausreiseträgern kein Einhalt geboten werden. Selbst reflektierende Maßnahmen seitens der staatlichen Organe können die Entwicklung nicht verhindern. So schmerzhaft es für jede Gesellschaft ist, daß gut ausgebildete und engagierte Menschen ihr Land verlassen, so wenig ist aber zu akzeptieren, daß diese Menschen wegen ihrer Gewissensentscheidung diskriminiert oder bestraft werden.“ Das stand in einem Brief, den wir der DDR-Regierung übergeben hatten. In einer Erklärung unserer Arbeitsgruppe zum Tag der Menschenrechte, die auch in der Gethsemane-Kirche vorgetragen worden ist, haben wir u. a., ich bringe da ein Zitat, geschrieben: „Im Gegensatz zur offiziellen Erklärung von Repräsentanten der DDR-Regierung, wonach die Menschenrechte in ihrer Gesamtheit von zivilen, politischen, sozialen und kulturellen Rechten in der DDR ihre Verwirklichung finden, kommen wir zu dem Ergebnis, daß sowohl völker-

rechtlich verbriefte Menschenrechte als auch innerstaatliches Recht verletzt werden“. Unser Schlußsatz war: „Die Verwirklichung der Menschenrechte kann nicht Angelegenheit des Staates sein. Unseres Erachtens gehören dazu die gleichberechtigte Mitwirkung aller Staatsbürger, das ungeschminkte Aufzeigen vorhandener Defizite, der offene Dialog mit Andersdenkenden und gesellschaftlicher Freiraum für die uneingeschränkte Arbeit unabhängiger Friedens- und Menschenrechtsgruppen“. Wir haben uns also damit auch eindeutig dazu bekannt, daß wir nicht nur das Ausreiserecht und Freizügigkeit einklagen, sondern zugleich darauf hinweisen, daß die Partizipation des einzelnen an dieser Gesellschaft unabdingbar ist, auch in der Form von unabhängigen Friedens- und Menschenrechtsgruppen.

Innerhalb der Kirche ist gerade 1987 klar formuliert worden, daß die Kirche jede Partizipationsbewegung unterstützen muß, weil das ganz wichtig ist für Veränderungen in diesem Land. Ein für mich wichtiger Mann, ein Psychologe aus Stendal, Dr. Drews, der auch mit zur Opposition gehörte, sagte 1987: „Es ist nötig, das Verhältnis zu den Ausreiseantragstellern zu entkrampfen. Wir müssen uns für ihre volle Gleichberechtigung einsetzen. Wenn Ausreise nicht erlaubt oder diskriminiert wird, ist doch die Würde und Freiheit der Hierbleibenden angetastet“. In diesem Ansatz haben wir eine Chance gesehen, daß wir uns gemeinsam artikulieren, die, die das Land verlassen wollen, und auch die, die glauben, in diesem Land etwas verändern zu können. Leider kam es nicht dazu. Das war eine Bilanz für mich, als ich dann 1987 aus der DDR flog, daß auch ich keine Chance sah. Es gab aktuelle Erlebnisse 1987 – das war ein heißes Jahr in Berlin, wenn ich daran denke, als in der Zions-Kirche die Stasi sozusagen die Kirche besetzt hatte und viele Berliner in der Straßenbahn, im Bus, im Auto, zu Fuß an der Zionskirche vorbeigelaufen sind und unbeteiligt hingeguckt und sich in keiner Weise artikuliert haben. Eigentlich war dieser kleine Haufen von Oppositionellen und Ausreisewilligen, die sich damals dort engagiert hatten, so unbedeutend, daß viele, die sich auch politisch mit dem System auseinandergesetzt hatten, keine Chance sahen, in diesem Land etwas zu verändern.

Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse: Wir danken Ihnen, Herr Jeschonek. Es ist wirklich manchmal für mich persönlich etwas wie ein Hauch von Tragik, wenn ich mir anhöre, welche Schmerzen sich oppositionelle Gruppen mit unterschiedlichen Standorten und unterschiedlichen Zielsetzungen wechselseitig zugefügt haben, weil jeder möglicherweise im anderen so etwas wie eine Verneinung sah. Dabei waren sie doch alle deutlich Krisensymptome eines Regimes, das für die Menschen unerträglich geworden war. Und wer hat recht gehabt? Wer kann das sagen? Diejenigen, die weggingen, weil sie dachten, es ändert sich nichts – und 1989 änderte sich alles –, oder diejenigen, die glaubten, dieses Land ist reformierbar, und 1989 wurde es nicht reformiert, sondern implodierte, jedenfalls das Regime?. Ich kann diese

Frage nicht beantworten. Wir werden jetzt weitere Zeitzeugen hören. Martin Gutzeit übernimmt die Leitung.

Günter Jeschonnek: Ich möchte kurz vorher noch etwas sagen, was mir wichtig ist. Heute fiel das Stichwort Bundesverdienstkreuz. So umstritten das ist, aber es gibt einen Mann, der in diesem Jahr 80 Jahre alt wird, Rainer Hildebrandt, einer, den ich, als ich 1987 nach Berlin kam, erst mit großer Distanz kennengelernt hatte, weil er ja den Ruf des „kalten Kriegers“ hatte, und ich habe ihn dann sehr gut kennenlernen können. Ich hatte u. a. auch sein Theaterstück 1988 an der Mauer aufgeführt und ihn als einen der ganz wenigen Mittler kennengelernt, die es in Berlin gab und immer noch gibt, als einen Mittler für Ausgereiste, für Oppositionelle aus der DDR, als einen Mittler für Oppositionelle aus den osteuropäischen Ländern, als einen Mittler, der wirklich diese deutsche Geschichte mit seinem Mauer-Museum dokumentiert und sich immer wieder auch für Gespräche unterschiedlichster Couleur engagiert hat. Er hat sich gerade nach der Wende engagiert, daß ehemalige Stasimitarbeiter über ihre Arbeit sprechen, daß sie diese dokumentieren. Er ist einer, der im weiten Sinne sich für Völkerverständigung eingesetzt hat, und ich fände es gut, wenn politisch Verantwortliche – einige wenige sind ja heute noch hier – die Gelegenheit nutzen und darauf hinweisen, daß er am 14. Dezember dieses Jahres 80 Jahre alt wird. Das Mauermuseum plant eine größere Feier für ihn mit vielen Freunden, die ihn schätzen gelernt haben, auch aus dem Lager, die ihn immer abgelehnt und diskreditiert haben. Auch sie kommen in das Haus, und ich fände es schön, wenn man eine Gelegenheit fände, seine jahrelange engagierte Arbeit, die immer sehr umstritten war, in einer angemessenen Art und Weise zu würdigen.

Gesprächsleiter Martin Gutzeit: Ich bitte nun die Zeitzeugen, die ich jetzt aufrufe, vorzukommen: Herr Eckert, Fred Kowasch, Christel Michael, Bertram Wagner und Frau Kitzig.

Wir beginnen jetzt mit einer neuen Runde, in der die Situation von Ausreisetragstellern in der DDR, ihre Organisation und Selbsthilfegruppen, aber auch die Situation von Nicht-Ausgereisten, von Leuten, die dageblieben sind, im Mittelpunkt stehen sollen. Ich bitte Herrn Dr. Rainer Eckert, zu beginnen. Er ist bis zum Schluß in der DDR geblieben und kann etwas von den Erfahrungen der Leute, die dableiben und diese Ausreisewelle, die in Schüben passierte, erlebten, berichten.

Dr. Rainer Eckert: In den ersten Tagen des April 1971 schrillten bei der Bezirksverwaltung Potsdam des MfS alle Alarmglocken, als durch inoffizielle Mitarbeiter bekannt wurde, daß in der Nacht vom 3. zum 4. April zwei Jugendliche unbemerkt die sogenannten Grenzsicherungsanlagen in der Babelsberger Stubenrauchstrasse mit Hilfe einer Klopffstange überwunden hatten. Die beiden Jugendlichen hielten sich gut einen Tag in West-Berlin auf, um dann genauso unbemerkt auf dem gleichen Weg zurückzukehren. Auf

diesen unerhörten Zwischenfall reagierte die Staatssicherheit mit mehreren kurzzeitigen Verhaftungen im Freundeskreis der beiden und einer hektischen Ermittlungstätigkeit. Schnell wurde klar, daß die beiden jungen Männer in den Umkreis einer oppositionellen Gruppierung gehörten, gegen die das MfS seit dem Herbst 1970 wegen § 106 – „staatsfeindliche Hetze“ – und § 107 – „staatsfeindliche Gruppenbildung“ – ermittelte. Jetzt traten die Ermittlungen in ein neues Stadium. Die Zahl der IM und die Dichte der Berichte erhöhten sich genauso drastisch wie die Zahl der zersetzten und bespitzelten Personen. Schließlich ging die Staatssicherheit gegen 14 Personen vor, die aber vorerst Haftstrafen aus sogenannten politischen Gründen, das heißt mit Rücksicht auf die Familie eines der Observierten, entgingen. Trotzdem blieben die Verfolgungen nicht ohne Folgen für die 14 beobachteten Personen. Die beiden geflüchteten und zurückgekehrten Jugendlichen wurden strafweise zur Nationalen Volksarmee eingezogen bzw. in ein Bauarbeiterlager nach Brandenburg verbracht. Ihre Eltern verloren die Arbeit, und die Familien mußten die Stubenrauchstrasse verlassen. Der gesamte oppositionelle Zusammenhang war im Februar 1973 endgültig zerstört. Im Schlußbericht der Bezirksverwaltung Potsdam des MfS hieß es jetzt: „Durch die eingeleiteten operativen Maßnahmen und durch Einleitung gesellschaftlicher und staatlicher Erziehungsmaßnahmen, die Exmatrikulation der Studenten (es folgen vier Namen) und Aussprachen, Verwarnungen sowie Inhaftierung erfolgten Teilabschlüsse, die die Auflösung der Gruppe zur Folge hatten. Wesentlichen Anteil an der Auflösung und Zersetzung der Gruppe hatten die gesellschaftlichen Erziehungs- und Auswertungsmaßnahmen zu den Personen (es folgen die Namen der beiden geflüchteten und zurückgekehrten Jugendlichen).“ Hier wird deutlich, daß die auf eine sogenannte Republikflucht folgenden Aktionen des MfS die Arbeit einer oppositionellen Gruppierung stark beeinflussen bzw. zum Erliegen bringen konnten. Ausschlaggebend waren hier zum einen die Zersetzungsmaßnahmen des MfS, zum anderen die innerhalb der Gruppe aufkommende Verunsicherung, und es war auch Angst, die diesen Freundeskreis nie wieder zu gemeinsamem Handeln kommen ließ. Von den 14 von der Staatssicherheit verfolgten Personen kann ich den Lebensweg von 13 bis heute weiterverfolgen. Insgesamt sieben von ihnen mußten, wenn ich die folgenden Jahre berücksichtige, ihr Studium abbrechen, fünf kamen später noch in Haft, und fünf weitere verließen später die DDR. Einer unserer Bekannten wurde während der Verbüßung einer langjährigen Haft zum inoffiziellen Mitarbeiter des MfS erpreßt. Wenn ich das Schicksal dieser Menschen hier erwähne, dann deshalb, weil sie auch durch den Zwiespalt zwischen dem Wunsch, die DDR zu verändern, und der Sehnsucht, der auf diesem Land lastenden Unfreiheit zu entkommen, zerrieben wurden. So beging einer meiner Freunde, nachdem er sich jahrelang mit der Frage „gehen oder bleiben“ abgequält hatte, Selbstmord, dies allerdings erst, nachdem er im Westen ankam und dort feststellen mußte, daß er nur einer unter vielen

war und niemand ihn erwartete. Zwei andere Freunde wurden psychisch und körperlich krank. Einer vereinsamte im Westen, der andere nach absolviertem Studium ohne Berufschancen im Osten. Beide sind heute Invalide.

Versucht man, das Problem von Flucht und Ausreise in seinen Wirkungen auf die Oppositionsbewegung in der DDR zu verallgemeinern, denke ich, daß die Wirkung zwiespältig war. Zum einen förderte die Aussicht, die DDR verlassen zu können, den Mut zu einem oppositionellen Engagement vor allem in den späten siebziger und achtziger Jahren. Zum anderen wurde die Opposition durch das Mißtrauen unterhöhlt, der andere könnte sich eventuell nur deshalb einem Kreis anschließen, um auf diesem Weg schneller hinauszukommen. Die Beurteilung eines solchen Verhaltens war ebenfalls ambivalent. So mußte man ernst nehmen, wenn Menschenrechte einem jeden zugestanden werden, seinen Wohnort, seine berufliche und menschliche Erfüllung dort zu suchen, wo er sie zu finden glaubte. Andererseits wurden nicht nur die jeweiligen Gruppen geschwächt, sondern es blieb auch bei jedem Abschied das bittere Gefühl des Verlassenseins. Das verstärkte sich dadurch, daß Kontakte zu denjenigen, die in den Westen gingen, in der Regel sehr schnell und abrupt abbrachen. Nur in ganz seltenen Fällen gab es von den Ausgereisten für die in der DDR Gebliebenen Unterstützung etwa bei der Beschaffung von im Osten verbotener Literatur.

Wenn ich dies sage, vergesse ich natürlich auch nicht, daß viele Zurückgebliebene ihrerseits den Kontakt in den Westen aus Angst vor der Briefzensur, der Briefüberwachung der Staatssicherheit, ihrerseits abbrachen. Neben den geschilderten Erfahrungen ist mir besonders deprimierend in Erinnerung, wie viele meiner Freunde durch die DDR-Verhältnisse immer mutloser und zermürbter wurden. So denke ich daran, wie eine Theologin zu mir sagte: „Wir müssen hier bleiben, wir können unsere Heimat doch nicht der SED überlassen.“ Einige Jahre später arbeitete sie als Pastorin in West-Berlin. Dieses allmähliche Abbröckeln der Hoffnung auf Veränderung, das ich in mir selbst auch verspürte, wirkte letztlich zerstörend, nicht nur auf oppositionelle Zusammenhänge, sondern auch auf Freundschaften. Hierbei ist wichtig, daß die Vorbereitungen zur Ausreise oft „heimlich“ betrieben wurden, so daß man oft erst Tage vor dem Ausreisetermin davon erfuhr, oder erst dann, wenn wieder ein Bekannter nicht mehr da war. Besonders deprimierend sind mir die Abschiedsfeiern in Erinnerung, als deren Höhepunkt ich oft einige vorher in den Osten geschmuggelte Rowohlt-Bändchen als Trost in die Hand gedrückt bekam.

In den Jahren der DDR konnte ich zwar jeden verstehen, der diesen Staat verlassen wollte. Trotzdem habe ich das Weggehen oft verurteilt, wenn mir die Gründe nicht zwingend erschienen. Hier war ausschlaggebend, daß eine solche individuelle Lösung die Möglichkeiten zu Änderungen schwinden ließ, aber es hat wohl auch – denke ich heute – der Neid auf diejenigen eine Rolle

gespielt, die es endlich geschafft hatten. Heute bedrücken mich besonders zwei Dinge. Zum einen ist es die tiefe Betroffenheit darüber, daß sich auch nach dem Fall der Mauer die alten Beziehungen zwischen Ausreisern und Dableibern nicht wiederherstellen ließen. Das zweite ist, daß ich feststellen mußte, daß viele meiner ausgereisten Freunde in der alten Bundesrepublik keine wirklichen Wurzeln schlagen konnten, daß sie innerlich zerrissen und Wanderer zwischen den Welten geblieben sind. Das Verbleiben in der DDR dagegen wurde meines Erachtens durch die Revolution des Herbstes 1989 in ein anderes Licht getaucht, da es durch dieses Verbleiben auch im Osten Menschen gab, die zu einem Neuanfang bereit waren. So hat am Ende der Zusammenbruch noch zu einer späten Rechtfertigung des Nichtausreisens aus der DDR beigetragen. Gleichzeitig werden die neuen Bundesländer wohl noch lange am Ausbluten bis 1989 zu leiden haben.

Gesprächsleiter Martin Gutzeit: Vielen Dank, Herr Eckert, als nächster Fred Kowasch.

Fred Kowasch: Das wird jetzt ein ziemlicher Bruch sein, weil ich Jahrgang 1965 bin und, als sich dieser Fall ereignete, gerade fünf, sechs Jahre alt war. Ich will zur Selbstorganisation von Ausreiseantragstellern insbesondere in Leipzig sprechen und weniger über persönliche Details, dagegen mehr über die Zusammenarbeit zwischen Basisgruppen und Ausreiseantragstellergruppen sagen, denn die war in Leipzig im Gegensatz zu Berlin wesentlich besser und ganz anders. Die Gruppen, wie sie sich 1987/88 gründeten, wurden weder ausgegrenzt oder nur zum Teil ausgegrenzt, sondern viele der Oppositionellen und der Ausreiseantragsteller kannten sich aus den Zeiten der Ökologie- und Friedensbewegung Anfang der achtziger Jahre, so daß es da wenig persönliche Differenzen gab. Diese ganzen Aktionen, die dann 1988, teils auch noch 1989, liefen, waren also eine Art Symbiose für beide Gruppen. Ich kann auch die These von Herrn Poppe vorhin nicht teilen, der sagte, die politische Opposition ist wesentlich geschwächt worden durch den Weggang von Ausreiseantragstellern. Ich war damals auch noch bei den ersten Demonstrationen im Anschluß an die montäglichen Friedensgebete dabei. Die erste war nämlich schon am 14. März 1988, die sind nicht erst im Herbst 1989 losgegangen, und diese Demonstrationen als Folge wiederum des gewaltsamen Übergriffes vom Januar 1988 in Berlin, das viele inspiriert hat, wurden vornehmlich von Ausreiseantragstellern betrieben, die öffentlich auch wirksam werden bzw. wahrgenommen werden wollten, aber das auch in Zusammenarbeit mit Oppositionellen taten. Diese Demonstration wiederholte sich dann ein halbes Jahr später; es wurde immer die Leipziger Frühjahrs- bzw. auch die Herbstmesse deshalb gewählt, weil der Medienauflauf zu dieser Zeit wesentlich größer gewesen ist.

Wir – also in dem Fall eine Gruppe von 12 bis 13 Ausreiseantragstellern – bildeten dann eine Gruppe mit dem Ziel, öffentlich wirksam werden zu

wollen und schrieben z. B. an die Volkskammer eine Eingabe. Da beziehe ich mich auch auf Herrn Jeschonnek; diese Eingabe sah so ähnlich aus. Wir forderten also Rechtssicherheit für uns und natürlich auch für andere, und die Staatssicherheit nahm diese Eingabe oder diesen Brief zum Anlaß, gegen uns eine OPK, eine „operative Personenkontrolle“, einzuleiten mit verschiedenen Maßnahmen. Ich zitiere jetzt: „Zersetzung der Gruppierung, Identifizierung der Rädelsführer bzw. Inspiratoren und Durchsetzung des Differenzierungsprozesses unter diesem Personenkreis“. Das sah dann so aus, daß wir zum einen Berlin-Verbot bekamen, wie es viele andere Oppositionelle auch hatten. Ein anderer Punkt zur Zersetzung der Gruppierung war die Einberufung der Mitglieder (es sind vier Namen genannt) durch die Nationale Volksarmee, durch Einberufungsbefehle zur Frühjahrseinberufung, und dem konnten wir natürlich auch nicht nachgeben, weil, wenn wir das Land verlassen wollten, wir ja schlecht für das Land auch noch dienen können. Infolgedessen gab es eigentlich einen ständigen Widerspruch zwischen den staatlichen Organen und uns, den wir auch gesucht hatten, also wir wollten konfrontieren, wir wollten möglichst weit gehen. Dann kam die Ablehnung des Ausreisantrages, und ich habe z.B. auf dem Amt für Inneres dann gesagt: „Na gut, dann folgen demonstrative Aktionen, das werden wir uns nicht bieten lassen.“ Für diese Äußerung sind sicherlich noch Anfang der achtziger Jahre oder auch noch 1987 Leute ins Gefängnis gegangen. Bei uns war es dann nicht mehr so, was eigentlich zeigt, daß ein Aufweichen eigentlich schon im Gange war. Es folgten dann immer mehr Aktionen, so daß diese Gruppen mit dazu beigetragen haben, daß die Opposition in Leipzig – ich spreche jetzt nur für Leipzig – wesentlich größer wurde. Z. B. dieses Friedensgebet, das es seit 1983 gab und in dessen Folge auch die Demonstrationen im Herbst 89 entstanden, bekam durch diese demonstrativen Aktionen wesentlich mehr Zulauf. Die verschiedenen Gruppen, auch unsere Gruppe, gliederten sich dann der Kirche an, wurden von ihr auch aufgenommen. Ich kann mich da an mehrere Gesprächskreise erinnern, die im Anschluß an diese Friedensgebete stattfanden, und es gab auch eine Art Untergruppe der „Arbeitsgruppe Staatsbürgerschaftsrecht“ aus Berlin, den „Leipziger Arbeitskreis Gerechtigkeit“, der viele Aktionen auslöste, z. B. mit Schautafeln in der Kirche. Es gab ein öffentliches Hearing zu diesen Themen, und es wurden innerhalb der Kirche Eingaben, also Standardeingaben, verteilt, die dann verschiedene Ausreisantragsteller auch nutzten. Infolge dieses Vorganges, den ich vorhin zitiert habe, dieser OPK „Dunkel“, so hieß er, wurden diese erwähnten Maßnahmen eingeleitet, die aber bei uns, weil wir uns relativ störrisch angestellt haben, kaum zur Wirkung kamen, und die Folge dessen war, daß einer nach dem anderen in die Bundesrepublik übersiedeln durfte. Vorhalte von Seiten der Gruppen wurden uns relativ wenig gemacht, also derart, was vorhin auch gesagt wurde, „ihr macht es euch bequem“, „ihr wollt das Land nur verlassen“. Viele von uns sahen keinen Ausweg mehr.

In meinem Fall war es so, daß ich versucht hatte, früher in Ökologie- und Friedensgruppen mitzuarbeiten, daß mir aufgrund dieser Arbeit zum einen das Abitur verwehrt wurde, und da ich auch nicht zur Nationalen Volksarmee gehen wollte, erschien mir demzufolge ein Studium ebenfalls nicht möglich. Es war einfach nicht möglich.

Diese Aktionen gab es immer wieder. Es gab einen sogenannten Umweltmarsch im Juni 1988, es gab eine Luftballonaktion gegen das Verbot der sowjetischen Zeitschrift „Sputnik“ in Leipzig, und es gab dann im Januar 1989, also ein Jahr nach der Demonstration in Berlin, eine größere eigenständige Demonstration in Leipzig, organisiert von den Basisgruppen in Zusammenarbeit auch mit Ausreisantragstellern, in deren Folge zwölf Leute verhaftet worden sind. An dieser Demonstration, der ersten eigenständigen Demonstration mit politischen Inhalten – also für Redefreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit –, nahmen auch nicht mehr so viele Ausreisantragsteller teil. Die Zusammensetzung der oppositionellen Gruppen, der Leute, die nach außen gingen, war nun wesentlich breiter gestreut. Das führte dann auch dazu, daß die Behörden immer mehr Angst vor demonstrativen Aktionen bekamen, daß viele Leute in den Westen abgeschoben worden sind. In unserer Gruppe war es so, daß – das habe ich jetzt aus den Akten gesehen – die Ausreise nach der Unterschriftenliste genehmigt wurde, also wer als erster unterschrieben hatte, konnte eher hinaus, wer als vierter unterschrieben hatte, etwas später, und natürlich nach der Wertigkeit der einzelnen Personen. Ich kann mich noch an die dritte Montagsdemonstration erinnern im März 1989. Drei Tage davor wurde ich in den Zug gesetzt mit einigen anderen, und wie ich auf den Bildern im Fernsehen gesehen habe, schlug diese Demonstration dann zum ersten Mal um, und es kamen diese Sprachchöre „Wir wollen raus!“ In Gesprächen mit Mitgliedern verschiedener kirchennaher Basisgruppen sagte man mir auch, daß es eine gewisse Veränderung in der Zusammensetzung gegeben hat und daß denen das auch nicht mehr so lieb war – „Die Geister, die ich rief, werd' ich nun nicht los.“

Heute vormittag wurde mehrfach die Frage gestellt: Was haben die Leute dann nach ihrer Ausreise im Westen gemacht? Ich kann das in diesem Fall nur für mich beantworten. Ich wußte über sehr viele Aktionen, die bis in den späten Sommer hinein in Leipzig folgen würden, und ich habe dann meinerseits Kontakt gesucht zu Medien, den auch bekommen. Als Aktionen bekannt wurden, hatte ich jeweils immer jemand, der an diesen Demonstrationen teilnahm, der sich dort aufhielt, dann zum Telefon ging, mit mir telefonierte, während ich an der anderen Leitung einen Herrn von einer Nachrichtenagentur hatte. Auf ganz einfachem Wege funktionierte teilweise der Informationsaustausch, so einfach wurden damals auch Meldungen oder Nachrichten gemacht. Es gab andere, teilweise unspektakuläre Aktionen, daß von Artikeln von uns in der Zeitung – es waren nur zwei, drei,

die aus dieser Gruppe noch kamen – Kopien gemacht wurden, die dann auf der Transitstrecke auf der Toilette übergeben wurden, weil uns klar war, die Transitstrecken bzw. die Raststätten auch überwacht werden. Wir haben dann noch getan, was wir damals – wir hatten ja nicht viel Geld, Arbeitslosengeld usw. – machen konnten, einen Fotoapparat gekauft, dann auch ein Aufnahmegerät für Hörfunksendungen. Ich bekam Kontakt zu einem Privatradio, das sich einmal in der Woche für eine Stunde mit Themen der DDR beschäftigt hat, „Radio Glasnost“, und so kamen zum ersten Mal auch Themen aus Leipzig in die Öffentlichkeit. Es hat wenige Leute interessiert. Von einem Freund weiß ich, daß er vergebens bei der Berliner SPD um Unterstützung geworben hat. Die CDU war etwas großzügiger, aber es bestand außer bei einigen Freunden oder einigen Journalisten eigentlich an dieser Thematik kaum Interesse.

Gesprächsleiter Martin Gutzeit: Vielen Dank. Frau Christel Michael, soweit ich weiß, geht jetzt in der Zeit etwas zurück, auf das Jahr 1984, um nachher die Endphase der DDR noch einmal zu betrachten.

Christel Michael: Ich beginne mit einer kurzgefaßten Biographie über mich, um Ihnen verständlich zu machen, wie es überhaupt dazu kam, daß ich dieses Land DDR verlassen wollte. Ich denke, es ist eigentlich auch wichtig zu wissen, warum wollten die Leute raus.

Ich wurde 1950 in Merseburg, im heutigen Sachsen-Anhalt, also in der tiefsten Provinz geboren. Mir war bis zu meinem 35. Lebensjahr nicht einmal klar, daß es so etwas wie eine Opposition gab, jedenfalls nicht bei uns in der Provinz. Den Schutz der Kirche haben wir auch nie erfahren, denn es war einfach nichts organisiert im Gegensatz zu Berlin, Leipzig oder anderen Großstädten. Als ich anfangen konnte zu denken, habe ich erfahren, daß mein Vater im März 1945, ohne jemals Soldat gewesen zu sein, für viereinhalb Jahre nach Rußland verschleppt wurde, und daß er 1953, am 17. Juni bei dem Arbeiteraufstand in der DDR, zur falschen Zeit am falschen Fleck stand und für sechs Monate ohne jegliches Urteil in den Stasi-Kerker verschleppt wurde. Das alles hat natürlich auch meine Erziehung geprägt. So empfand ich eigentlich noch in den Kinderschuhen steckend jeden DDR-Politiker als einen Gefängniswärter, und ich fand diese Einengung als Kind sehr schlimm, als Teenager viel schlimmer und konnte mich als Erwachsener niemals damit abfinden, sah aber keine Chance, aus diesem Land rauszukommen. So versuchte ich ganz einfach, das Beste daraus zu machen, was zu machen war.

Ich lernte Anfang der siebziger Jahre meinen heutigen Ehemann kennen, erfuhr, daß er 1972 bereits 18 Monate Haft wegen Republikflucht hinter sich hatte. Nach der Geburt unseres Sohnes hatten wir abgesprochen, daß er noch einmal versucht, in die Bundesrepublik zu fliehen, um uns dann über Familienzusammenführung eventuell nachzuholen. Das ging wieder in die

Binsen. Man holte meinen Mann kurz vor dem Ziel schwimmend aus der Elbe raus. Es folgten noch einmal 18 Monate Haft und von da an eine eigentlich stetige Überwachung der Staatssicherheitsorgane. Das spitzte sich Ende der siebziger Jahre zu. Wir sahen keine Perspektive mehr, beruflich weder für uns noch für unseren Sohn. Im Gegenteil, wir merkten, daß unser Sohn den gleichen Drang zur Freiheit entwickelte wie wir auch, und wir sahen ihn irgendwann schon erschossen an der Grenze liegen. Da beschlossen wir dann nach reiflichem Überlegen und nach Absprache mit unserem damals 13jährigen Sohn – wir hatten das Für und Wider alles abgewogen –, im März 1984 endgültig den Ausreiseantrag beim MDI in Merseburg abzugeben. Schon drei Tage später erfuhren wir, daß unser Ausreiseantrag nicht genehmigt wird, wir hätten keine rechtlichen Grundlagen, die Ausreise zu beantragen. Damit fanden wir uns natürlich nicht ab, stellten erneut einen Antrag. Das wiederholte sich zehnmal. Wir fuhren auch nach Berlin. Wir wollten zum Staatsrat. Wir kamen natürlich nie hin. Wir wollten zur Ständigen Vertretung, was uns auch nicht gelang, wir wurden schon vorher abgefangen. Bespitzelungen gab es ohnehin von da an rund um die Uhr. Das hatten wir bemerkt, und wir wissen auch heute nach Akteneinsicht, daß man uns Wanzen in die Wohnung gelegt hatte. Wir wurden am 13. Dezember 1984 verhaftet, mein Mann von der Arbeit weg, ich wurde morgens um sieben aus der Wohnung geholt, und wie wir später dann erfahren mußten, unser damals 13jähriger Sohn von vier Staatssicherheitsbeamten aus der Klasse raus. Wie uns unser Sohn später erzählte, war das für ihn der schlimmste Schock seines Lebens. Er sagte: „Mutti, ich kam mir vor wie ein Schwerverbrecher.“ Unser Sohn ist eigentlich derjenige, der bis heute damit nicht fertiggeworden ist, der es heute noch nicht fertigbringt, in die ehemalige DDR zu reisen, obwohl wir heute ein Deutschland sind.

Was ich sehr bedaure, ist, daß ich niemals die Möglichkeit hatte, Gleichgesinnten zu begegnen. Es waren zwar einige in unserer Stadt, die ebenfalls die Ausreise beantragt hatten und mit denen wir uns auch ab und zu getroffen haben, weil man einfach jemand brauchte, bei dem man glaubte, noch reden zu können. Wie wir im nachhinein erfahren mußten, waren selbst darunter noch Spitzel. Wir haben das alles irgendwie durchgestanden und sind in West-Berlin ein Jahr später angekommen, und ich muß sagen – wie vorhin gesagt, empfanden einige es wie eine Art Exil – ich persönlich empfand nicht so. Ich hatte das Gefühl, endlich zu Hause zu sein. Ich hatte trotz schwerer Krankheit – ich war zehn Monate krankgeschrieben nach meiner Haftentlassung, also nach der Abschiebung – doch begriffen, du mußt dein Leben selber in die Hand nehmen und mußt versuchen, etwas draus zu machen, du kannst dich jetzt nicht einfach gehen lassen. Es ist mir gelungen, Gott sei Dank gelungen. Erst nach der Wende, nach dem Fall der Mauer habe ich begonnen, mich für Politik zu interessieren, habe auch begonnen, mich

für ehemalige Opfer einzusetzen, weil ich mittlerweile mitbekommen habe, daß es sehr viele schwache und ältere Menschen unter uns gibt, die mitunter jahrzehntelang in Stasi-Kerkern gewesen und die einfach heute nicht mehr in der Lage sind, sich selbst zu artikulieren; und um da zu helfen, habe ich gedacht, mußt du jetzt aktiv werden.

Sehr schwer auf der Seele liegt mir, daß ich heute mit ansehen muß, daß unser Rechtsstaat nichts tut, um die Peiniger von einst zur Verantwortung zu ziehen. Im Gegenteil passiert es mir heute sehr oft, wenn ich meine Angehörigen in den neuen Bundesländern besuche und die zu mir sagen, ich muß mal da auf das Amt – in so einer relativ kleinen Stadt wie Merseburg kannte man den ersten Parteisekretär der Stadt oder den Staatssicherheitsoffizier –, daß mir der eine heute auf dem Wohnungsamt begegnet und der andere auf dem Arbeitsamt. Da frage ich mich wirklich, wo bin ich gelandet? (Beifall)

Gesprächsleiter Martin Gutzeit: Vielen Dank. Ich denke, wenn wir das chronologisch weiterbehandeln wollen, ist jetzt Frau Kitzig dran.

Angelika Kitzig: Ich möchte auch damit beginnen, Ihnen kurz zu erzählen, wie ich dazu gekommen bin, einen Ausreiseantrag zu stellen. Vorhin – ich bin leider erst später hier zu der Runde gestoßen – hat es für mich so dargestellt, nach dem, was ich mitbekommen habe, wenn Leute einen bestimmten Status erreichen und von da an auf einmal merken, es geht in irgendeiner Weise nicht mehr weiter, daß sie Konsequenzen ziehen oder an Konsequenzen gestoßen werden und so zu einem Ausreiseantrag kommen. Es gibt viele Wege, mein Weg war ein anderer, vielleicht ein bißchen ähnlich mit dem, der eben geschildert wurde. Für mich begann die Auseinandersetzung mit dem Staat in der Schule. Weil ich politisch sehr interessiert war, habe ich in der Schule die ersten Schwierigkeiten bekommen. Man hat mir vorgeworfen, eine oppositionelle Gruppe aufgebaut zu haben. Ich sollte von der Schule fliegen. Ein Lehrer hat sich für mich eingesetzt, deswegen durfte ich trotz allem das Abitur machen mit bestimmten Auflagen, die ich zu erfüllen hatte, zur Rehabilitation und zur Wiedergutmachung etc. Eine ganze Klasse mußte unterschreiben, daß sie mich abwählt. Solche Geschichten kennen Sie sicher in der Zwischenzeit en masse, das gibt es in vielen verschiedenen Varianten nachzulesen oder anzuhören. Das waren aber so kleine Schritte, die dann später weiterführten. Das ging weiter an der Universität, auch da ein ungebrochenes politisches Engagement. Ich kam in Positionen herein, z. B. in der FDJ, für die Sektion. Ich bin ja in der DDR aufgewachsen mit dem Bewußtsein, in diesem Land etwas ändern zu wollen. Also dachte ich, wenn du etwas ändern willst, setz dich ein, versuche etwas. An der Universität lief das genau so schief, da enttarnte man mich als Anarchistin. Ich sollte von der Uni fliegen, weil ich – das hing damals mit Chile zusammen – etwas für die Sektion organisiert hatte. Wiederum hatte ich auch da Glück. Ein Professor, Professor Heise, der leider tot ist seit längerer Zeit, hat die Bürgerschaft übernommen, daß ich an der

Universität bleiben durfte, so daß ich auch mein Studium abschließen konnte. Ich wurde natürlich auch aus diesen entsprechenden Ämtern usw. wiederum entfernt, so daß mir erstmal das mögliche Engagement genommen wurde.

Nach Abschluß des Studiums gab es – ich hatte meine Diplomarbeit im Fach Kommunikationstheorie geschrieben – verschiedene Möglichkeiten, eine Arbeit anzunehmen. Diese Arbeitsvarianten wurden mir jeweils versagt, weil ich da bereits eindeutig als Sicherheitsrisiko deklariert wurde. Es war einmal bei der Wirkungsforschung des Fernsehens. Ich hatte jeweils vorgesprochen. Die Leute waren nicht abgeneigt, mich zu nehmen, also wir hatten die übliche Prozedur bereits durchlaufen. Das andere war beim Jugendforschungsinstitut – später war mir klar, daß das nun schon ganz ausgeschlossen war, daß ich dort hätte mitarbeiten können.

Ich habe dann auf eigenes Betreiben eine Stelle gefunden am Theater, das ist eigentlich auch mit das Ziel meiner Ausbildung gewesen, am Theater als Dramaturgin zu arbeiten. Ich habe am Theater in Nordhausen, ebenfalls einer kleinen Stadt, eine Anstellung gefunden und bin dort auf den Mann gestoßen, mit dem ich heute noch zusammenlebe und verheiratet bin. Dieser Mann hatte leider Gottes einen Ausreisantrag gestellt. Nichtsdestotrotz habe ich gesagt, du kannst ja ausreisen, wir leben zusammen, ich will hierbleiben, ich will dieses Land verändern, mit dem Theater, das ich hier machen kann, weil ich Theater als sehr produktive und gesellschaftsverändernde Kraft gesehen habe. Es kam aber auf Grund dessen schon nicht einmal zum Engagement an diesem Theater, weil ich mit diesem Mann eben zusammenblieb. Er war arbeitslos, ich daraufhin kurze Zeit danach auch zum ersten Mal. Ich habe es noch einmal fertiggekriegt, wiederum über Beziehungen von der Universität her, die mir geholfen haben, als Dozentin an einer Ingenieurschule zu arbeiten. Dort habe ich probiert, das, was ich an Positivem an der Uni erfahren habe, weiterzugeben, nämlich ein kritisches Denken zu vermitteln, wirklich Dialektik, so wie ich meinte, sie begriffen zu haben, dazu anzuregen, Für und Wider zu sehen. Das wurde aber natürlich in keiner Weise honoriert, sondern im Gegenteil, man machte mir das Leben sehr schwer. Ich habe also täglich zum Rapport zum Direktor kommen müssen, um zu erklären, warum ich dieses getan habe in der einen Klasse, in der anderen nicht das gleiche hundertprozentig genauso gesagt habe etc. Diese Stelle erwies sich dann also als nicht haltbar.

Ich habe verschiedene andere Positionen durchlaufen. Ich war in einem Museum tätig, ich habe mich beim Regieinstitut beworben. Da habe ich einmal das Aufnahmeverfahren durchlaufen. Dort ist man darauf aufmerksam geworden, da das erste Aufnahmeverfahren anonym ist, daß ich eine Frau bin. Man meinte, mit Frauen gibt es eh immer Ärger, und das hatten sie nun schon gerade. Ich wurde daraufhin abgelehnt. Man schlug mir vor, an das Literaturinstitut in Leipzig zu gehen. Ich sagte, ich möchte aber nicht

an das Literaturinstitut, wenn, dann ist meine Richtung Theater. Später kam dieses Regieinstitut noch einmal auf mich zu, weil die auch in einem gewissen Turnus wahrscheinlich die Akten noch einmal wälzten und dann schauten, wen sie für geeignet hielten. Im zweiten Anlauf stellte man dann fest, daß ich eine zu ausgeprägte Persönlichkeit bin und mich den Gepflogenheiten der Hochschule wohl nicht mehr so recht unterordnen könnte und wurde deswegen abgelehnt. Aber das war dann auch schon im gegenseitigen Einvernehmen. Am Maxim-Gorki-Theater habe ich mich beworben. Auch dort mußte ich eine schriftliche Arbeit vorlegen. Die damalige Chefdramaturgin hat diese gutgeheißen, hat gesagt, sie würde mich sofort nehmen, wenn ich nicht mit einem Mann zusammenleben würde, der einen Ausreisantrag gestellt hat. Also die Sippenhaft schlug voll zu, damals immer noch eigentlich gegen mein eigenes Engagement, denn ich stand damals immer noch auf der Position, daß ich sagte, ich bleibe ja hier im Land. Wenn dieser Mann irgendwann ausreist, wird das für uns irgendwie eine Entscheidung geben, schmerzlich oder nicht schmerzlich oder anders. Aber für mich war meine Position – ich will hier sein, ich will hier etwas machen. Das wurde aber natürlich immer mehr in Frage gestellt auf Grund dieser Erfahrungen.

Dann war ich wieder einmal ohne Arbeit. Ich ging daraufhin zum Ministerium und sagte, ihr habt mich ausgebildet auf Staatskosten, ich möchte eigentlich auch arbeiten, ich möchte hier in diesem Staat etwas tun. Das stieß auf Verwunderung, weil sie solche Fälle nicht so oft hatten. Man gab mir dann auch etwas und zwar bei der Direktion für Bühnenrepertoire. Das war eine Institution, bei der man landauf, landab das Land bereisen konnte, um sich Theater anzuschauen und darüber dann Bericht zu erstatten. Das habe ich auch mit großem Vergnügen getan und dabei allerdings dann nach einiger Zeit festgestellt, daß es schwerlich für mich möglich sein wird, mit der nunmehr gewonnenen Einstellung ein Theater zu finden, an das ich wirklich guten Herzens gehen könnte und, was ich für möglich hielt, Leute hinter mich zu bringen und mit ihnen gemeinsam Theater zu machen, weil das eigentlich immer schon wieder eine Gefährdung mit sich bringen würde. Denn ich hatte gesehen, daß Theater eine durchaus – wie von mir auch gedacht – hochpolitische Angelegenheit ist, die aber ganz stark reglementiert wird, die ganz klar auch zensiert wird, wovon eigentlich nicht der Impuls ausgehen kann, den ich mir gedacht habe. Das erfuhr ich insofern, als die Berichte, die ich darüber schrieb, in der Schublade verschwanden und man sagte, das kann gar nicht weitergegeben werden, das kann auch nicht verwertet werden in Endberichten, wenn es um die Theatersituation der DDR geht, weil wir das so nicht hören wollen. Es war vorgegeben, was zu schreiben war, es war vorgegeben die Stoßrichtung, in die etwas zu laufen hatte. Also auch an diesem Punkt kam es relativ bald zu einem Ende.

Parallel dazu ist für mich ein wichtiger Punkt, daß ich Kinder habe und

daß diese Kinder nicht, wie anderweitig hier schon gesagt wurde, in dieser Gesellschaft so aufwuchsen, daß sie ohne Probleme waren, sondern durch die Erziehung, die sie in unserem Elternhaus auf jeden Fall erhielten, kamen die Kinder auch in Schwierigkeiten. Das fing im Kindergarten an, weil sie sich nicht so einordnen konnten, wir sie auch nicht einordnen wollten in einen – von mir aus gesehen – doch sehr straff, fast militärisch durchorganisierten Kindergarten. Man riet uns daraufhin, unsere Kinder doch aus diesem Kindergarten zu nehmen und uns einen besseren zu suchen. Das taten wir auch, und unsere Kinder gingen dort in einen evangelischen Kindergarten, wo wir dann auch sehr zufrieden waren, was aber eigentlich nicht die Lösung des Problems sein konnte. Die Kinder wurden größer, die Schule stand an, damit eben auch die Probleme, wie es in der Schule weitergeht.

Ich hatte zu dem Zeitpunkt eventuell die Möglichkeit, als Chef dramaturgin an ein Theater übernommen zu werden. Da stand für mich dann die Frage, kannst du das jetzt noch guten Gewissens tun mit der Einstellung, die du hast zu diesem Staat – zu diesem Staat, nicht zu diesem Land, zu diesen Leuten, sondern zu diesem Staat, so wie du ihn kennengelernt hast. Oder verbietet sich das, weil du in so einer Position eigentlich Verantwortung für andere Leute mit übernimmst. Ich habe darauf verzichtet, habe gesagt, das geht eigentlich nicht und bin mit meinem Mann dann zu dem Entschluß gekommen, daß wir gemeinsam einen Ausreiseantrag stellen, weil wir weder für uns noch für die Kinder eine Perspektive in diesem Land sahen. Wir haben dieses Land erfahren als einen Staat, der keine Möglichkeiten zuläßt, eine kreative und überhaupt eine – oppositionelle will ich gar nicht einmal sagen – anders geartete Denkweise zu entwickeln. Insofern war für mich immer das Bild sehr präsent, daß ich sagte, ich fühlte mich wie eine lebendig mumifizierte Person, die Schlingen wurden immer enger gezogen, und man bekam fast kaum noch Luft.

Die Kinder – das war bei uns vielleicht auch anders als bei anderen, soweit ich das hier hörte – waren von Anfang an in diesen Prozeß voll integriert. Sie haben in der Schule ja durchaus das gleiche erfahren, etwa „Imperialismus“ und wie das alles funktioniert. Aber wir hatten Freunde, wir hatten ständige Kontakte, und wir haben über die Dinge gesprochen, die gut waren in der DDR und auch über das, was wir für problematisch hielten und auch, warum wir es für problematisch hielten. Das führte dazu, daß z. B. unser Sohn nicht bereit war, in die Pionierorganisation einzutreten, obwohl wir ihm dazu rieten, weil wir sagten, du wirst ein Außenseiter sein, wenn du das nicht tust, du wirst am Rande stehen. Überlege dir, ob du das verkraften kannst, ob du das wirklich willst, wenn alle da gemeinsam etwas machen. Er hat es für sich so entschieden. Die Reaktionen darauf waren natürlich nicht sehr positiv. Diese Entwicklung auch für die Kinder war eigentlich schon vor dieser Ausreise angelegt. Insofern war unser Entschluß, einen Ausreiseantrag zu

stellen, eigentlich im Endeffekt auch ein gemeinsamer Entschluß der Familie, wenn man das sagen kann bei Kindern, auch z. B. bei so kleinen wie unserem Sohn, der gerade mal eingeschult wurde, weil wir gesagt haben, in diesem Staat gibt es keine Möglichkeit, es gibt auch keine Möglichkeit, ihn zu reformieren. Da sind Schranken davor und wer dahin geht, stößt automatisch an diese Schranken. Man hat als Erwachsener sicherlich die Möglichkeit, sich in eine Nische zurückzuziehen. Wer das nicht will oder nicht kann oder seine Kinder nicht zu einem Nischendasein erziehen will, muß irgendwo andere Wege suchen. Für uns war es der Weg des Ausreiseantrages.

Die Reaktion daraufhin war, daß unserer Tochter z. B. die Bildungschancen verwehrt wurden. Sie war die Beste in der Klasse und wollte auch das Abitur machen, aber man hat gesagt, zum Abitur werden nur die Kinder zugelassen, die eindeutig den Staat stützen und fördern. Ich habe mir dann die entsprechenden Gesetze herausgesucht. Es stimmte auch. Man konnte so etwas zur Sache schwarz auf weiß nachlesen. Das war auch mir bis dahin nicht bekannt, daß es dazu eine rechtlich fixierte Grundlage gab, wo stand, wer diesen Staat nicht mittragen, nicht mitstützen und in diesem Sinne weiterarbeiten will, der wird auch nicht weiter qualifiziert von uns. Ich habe da stark interveniert auf allen möglichen Stufen vom Bezirk bis hin zum Magistrat. Man schlug mir vor, ich solle sie doch Koch mit Abitur werden lassen. Das wäre vielleicht eine Auswegmöglichkeit. Aber ich wollte nicht irgendwie einen Ausweg, und daraufhin kamen wir dazu, sie auf das einzige katholische Mädchengymnasium in Berlin zu schicken. Dem Direktor wurde von Staats wegen noch angeraten, er müsse sie nicht nehmen, weil das Auswahlverfahren für die Mädchen, die diese Schule besuchen durften, sehr streng war, zumal sie eben evangelisch war und nicht katholisch. Also es war sehr naheliegend, daß er sich da auch hinter so ein Schutzschild hätte zurückziehen und sagen können, wir haben ja so viele Bewerber und nun evangelisch, das wollen wir nicht, können wir nicht. Er hat aber da wirklich Rückgrat bewiesen und gesagt, nein, selbstverständlich, wir nehmen sie auch. Sie wurde aufgenommen, und das war für uns eine sehr große Erleichterung und Hilfe, weil sie dort erst einmal wieder eine offene Atmosphäre vorgefunden hat und es nicht so war wie in ihrer alten Schule. Wenn andere Schüler ins Institut für Strahlenschutz gingen, durfte sie eben nicht mit hin, diesen Betrieb besichtigen, weil auch sie ein Risiko war, und sie mußte dafür auf dem Schulhof Papier auflesen.

Wichtig ist jetzt vielleicht, daß man natürlich alleine als Ausreisender sehr schwach war. Deswegen haben wir auch Anschluß gesucht. Ich habe einfach Leute angesprochen beim Ministerium, beim Bezirk, wenn wir bei der Abteilung Inneres saßen. Ich habe gesagt: „Seid ihr auch alleine, wollen wir nicht gemeinsam etwas machen, wo geht denn ihr hin?“ So habe ich Anschluß gefunden an die Gruppe von Herrn Hilse von der Plessersstraße.

Er hat vorhin sehr anschaulich und sehr zutreffend geschildert, wie der Arbeitskreis, zu dem ich dort gehörte, organisiert war, was dort möglich war, nämlich daß man wiederum eine Möglichkeit hatte, sich zu artikulieren, seine Gedanken auszusprechen, etwas zu tun, etwas einzubringen und nicht einfach nur zu warten oder zu blocken gegen irgendetwas, sondern produktiv auch einmal etwas zu tun. Man konnte mit denen, die bereit waren, in der Richtung etwas gemeinsam tun, daß wir sagten, wir wollen aus diesem Staat weg, wir sehen in diesem Staat keine Lebensmöglichkeit, weder für uns noch für unsere Kinder.

An der Kirche von Herrn Hilse war es mir möglich, das zu tun, was ich einfach tun konnte. Ich konnte ein Theaterstück inszenieren mit Ausreisenden, so daß ich sagte, was solls, daß wir hier in einer Ecke sitzen und eigentlich uns nur selber immer wieder bespiegeln, die Probleme werden nicht anders, die verhärten sich allenfalls. Wir haben gemeinsam etwas erarbeitet, haben gemeinsam Theater gespielt, haben eigentlich uns, wie man es bei Hegel gelernt hat, über das Lachen wiederum befreit. Das Stück hieß „Die Polizei“, vielleicht kennt das einer von Ihnen. Es ist von dem polnischen Schriftsteller Mrozek, und es werden da der Gesellschaft mehrfach die Spiegel vorgehalten. Ich kann und möchte in diesem Zusammenhang ausdrücklich noch einmal betonen, daß, wenn es solche Leute, wie ich sie erlebt habe in Pfarrer Hilse oder auch in Pfarrer Passauer, die zugelassen haben, daß Leute ihre Meinung sagen, daß sie sich artikulieren und das auch öffentlich, in ihrer Kirche öffentlich tun, nicht gegeben hätte, daß dann eigentlich vieles anders gewesen wäre und man wirklich sehr viel mehr Schaden genommen hätte. Vorhin wurde gesagt, und das halte ich auch für einen wichtigen Punkt, daß Leute an der Seele Schaden genommen haben. Ich glaube, das ist eine Sache, die nicht nur die in der DDR Gebliebenen betrifft. Die Ausreiser, jeder, der in diesem Land groß geworden ist, mußte sich dieser Schizophrenie irgendwie stellen, mit der er konfrontiert war, diesen Schranken, in die er gewiesen war. Wenn man das getan hat, blieb immer irgendwo etwas auf der Strecke. Der Mann, mit dem ich zusammenlebe, hat insgesamt mehr als 10 Jahre auf die Ausreise gewartet. Ich glaube, wenn man eine so lange Zeit hinter sich gebracht hat, muß etwas zurückbleiben, und das kann nicht so einfach abgebaut werden. Um das zu überwinden oder da überhaupt erst einmal eine Brücke zu schlagen, dafür waren diese kirchlichen Kreise auf jeden Fall eine ungeheure Hilfe und Unterstützung.

Ich möchte noch zu zwei Fragen Stellung nehmen, die vorhin aufgetaucht sind: Einmal, wie man es mit den Freunden hielt und was mit den Freunden hinterher war. Ein Teil der Freunde hat sich zurückgezogen mit der Ausreise; sie haben gesagt, für uns ist es eine zu große Gefährdung, wenn wir in diesen Dunstkreis kommen. Es wird die Sippenhaft, die du erlebt hast, im kleinen auf uns fallen. Andere Freunde sind geblieben und haben sich, obwohl sie

ganz bewußt nicht weg wollten, tapfer dagegengestellt und eigentlich auch noch Partei ergriffen, und sie wurden aber dann mit genau den gleichen Mitteln behandelt, das heißt sie wurden diskriminiert in einer heute kaum noch vorstellbaren Weise. Wir hatten auch Freunde, die immer sagten, was ihr immer alles erlebt, für uns ist das nicht erlebbar. Ich glaube, das war eine Frage, die auch oft gekommen ist: „Was erlebst du denn? Da werden Leute verhaftet in der Plesserstraße, da passiert das und das, wir erleben so etwas nicht.“ Da sage ich, keine Biographie ist ein Verdienst, so sehe ich das für mich. Ich bin da so hineingekommen, habe das so erfahren, habe deswegen auch bestimmte Dinge erleben können. Vielleicht haben andere Menschen das nicht erlebt, haben in einer ruhigeren, abgeschiedeneren Ecke ihr Leben haben können und sind deswegen auch auf bestimmte Probleme oder Konflikte nicht gestoßen. Aber man konnte sie sehen. Man konnte sie erleben meiner Ansicht nach, wenn man gewillt war, wirklich sich hineinzugeben und die Ohren und Augen aufzumachen.

Ich bin in kein fremdes Land gegangen, als ich ausgereist bin, sondern ich bin nach Deutschland gegangen. Ich bin einfach auf die andere Seite dieser Stadt, ich bin wieder nach Berlin gegangen. Das war mir auch insofern nicht fremd, weil ich lange genug Zeit hatte, mich intensiv während der Ausreisewartezeit, auch während der Zeit zuvor, damit auseinanderzusetzen und zu beschäftigen. Das galt auch für die Kinder. Ich wußte, was für Schulformen es gibt, wie die Schulen strukturiert sind, welche Varianten es gibt. Das erste, was ich tat, war, daß ich mich darum gekümmert habe, daß die Kinder in eine solche Schule kamen, die ich für geeignet hielt, daß sie genau den Anforderungen entspricht. Also ich denke, auch da konnte man durchaus etwas wissen und es vorher bereits annehmen.

Es ist mir noch ein wichtiges Bedürfnis, daß auch über Leute gesprochen wird, die ausgereist sind oder die auch hiergeblieben sind, die hier nicht die Gelegenheit haben, zu sprechen. So war zum Beispiel in unserem Arbeitskreis jemand, der auch zu den Veranstaltungen gekommen ist, wenn es darum ging, Wege zum Abbau von Feindbildern zu diskutieren bis hin zur Friedenserziehung usw. Da war zum Beispiel ein Kraftfahrer, der die DDR verlassen wollte einfach aus dem Grunde, weil er sagte, ich kann hier nicht ordentlich arbeiten. Ich bin Kraftfahrer, ich will meine Arbeit ordentlich machen, ich weiß, Benzin ist knapp, ich kann nicht hier Wege dauernd umsonst fahren. Der hat mitgedacht, der hat gesagt, mir wurde beigebracht, mein „Kampfplatz“ ist mein Arbeitsplatz. Das stimmt aber gar nicht. Er kam sich betrogen vor und hat gesagt, das will ich nicht mehr. Ich will anständiges Geld für meine anständige Arbeit. Und ich denke, an solche Leute sollte man auch mit denken, wenn es darum geht, daß Leute Motive hatten, auszureisen – einfach weil sie anständig arbeiten und auch anständig dafür behandelt werden wollten. Für die Leute, die hierblieben, möchte ich

an einen Fall erinnern, den kenne ich auch nur aus dem Fernsehen, wozu ich sage, diese Leute werden überhaupt nicht bedacht, und das wäre vielleicht auch eine Aufgabe, der man sich widmen sollte. Da war ein Bericht über einen Stahlschmelzer, der irgendwo bei Halle in einem verseuchten Betrieb gearbeitet hat, der sich nicht darüber klar war, wo er arbeitete, daß er an einem verseuchten Arbeitsplatz stand und daß er dadurch geschädigt war. Der hatte weder die Möglichkeit, sich umschulen zu lassen mit seiner Qualifikation, noch hatte er die Möglichkeit, irgendwie laut zu protestieren oder da in der Presse oder sonstwo irgendeinen Rummel anzufangen. Er hatte eigentlich nur die große Verwunderung, daß er mit seiner Arbeitskraft, die er drangesetzt hat sein ganzes Leben lang, auf einmal nicht mehr gebraucht wurde und nichts mehr bewirken konnte. Diese große Verwunderung ist ihm wahrscheinlich bis heute geblieben. Es ist nötig, sich um solche Leute zu kümmern und nicht so sehr um die, die als Täter eigentlich bereits wieder in ganz tolle Positionen geschlüpft sind. Auch ich habe etliche Kollegen, die an mir so vorbeigingen und sagten, na, wo bist du denn? Ach, du bist arbeitslos? Na, ich bin da und da und da, beim Fernsehen, beim Theater etc. Daß man sich um solche Leute mit kümmert, ist ein ganz wesentlicher Punkt, der aus meiner Sicht und nach meiner Kenntnis auf jeden Fall sehr vernachlässigt wurde, auch so etwas öffentlich zu machen und auf diese Leute mit das Augenmerk zu lenken, die allein keine Stimme haben.

Gesprächsleiter Martin Gutzeit: Vielen Dank. Als letzten der Zeitzeugen Bertram Wagner, ausgereist am 19. August 1989, drei Monate vor der Öffnung der Grenze.

Bertram Wagner: Ich bin damals mit einem einjährigen Kind von Ungarn nach Österreich gegangen. Es war nicht abzusehen, daß sich das so kurz darauf ändern würde. Ich bin wahrscheinlich der Jüngste hier im Saal und Ereignisse wie Biermann, Prag, das sind für mich Vergangenheitssachen. Für mich sind Gorbatschow 1985 und die Reaktion Hagers 1987 maßgebend für meine Entscheidung gewesen. Ich habe relatives Glück gehabt, weil meine Erziehung dadurch geprägt ist, daß mein Vater Ende der fünfziger Jahre zweieinhalb Jahre eingesperrt, an allen „Brennpunkten des sozialistischen Aufbaus“ damals in Waldheim/Brandenburg mitgewirkt und sicherlich die Grundlage dafür geschaffen hat, warum wir 1989 dann gegangen sind. Das hat sich auf zwei Schienen für uns damals entwickelt. Auf der einen Seite gab es die private Linie, daß ich seit 1983 einen sehr festen Freundeskreis aus dem Freiburger Raum, wo ich auch jetzt noch wohne und studiere, habe. Das ist in einem Urlaub passiert, in dem wir über das Motorradfahren anfangs relativ harmlose Leute kennengelernt haben, Jugendliche unseren Alters, die für westliche Verhältnisse politisch sehr interessiert sind, was ja eigentlich nicht so normal ist. Im Laufe von sehr kurzer Zeit hat sich daraus eine sehr enge Gruppe gebildet, es ist ein richtiger Motorradclub geworden mit einem Abzeichen,

eingetragen, und das Abzeichen hat eine Mauer gezeigt, durch die ein Motorrad durchgebrochen ist. Wir haben dieses Abzeichen auch in Rudolstadt, in Jena, wo ich angefangen habe zu studieren, getragen und sind mehrmals angesprochen worden – §§ 218, 219 – „Zusammenschluß zur Verfolgung gesetzwidriger Ziele“, Verbindungsaufnahme zu feindlichen Gruppen –, wir sollten doch vorsichtiger sein.

Von der Schule her, der anderen Schiene, hat sich das, warum wir abgehauen sind, fast ganz automatisch entwickelt. Ich bin mit 16 Jahren an die damalige EOS als letzter Jahrgang, der vier Jahre durchlaufen hat, gekommen, und gleich von Anfang an hieß es, alle Jungen müssen in die GST, und das höchste Ziel dieser Bildungseinrichtung war, Berufsoffiziersbewerber zu werden. Ich wollte Medizin studieren, und es gab für mich damals keine Möglichkeit, an einer dreijährigen Armeezeit vorbeizukommen. Es ist ganz knallhart gesagt worden, entweder Sie gehen drei Jahre oder Sie studieren nicht. Für mich war praktisch mit 18 Jahren schon ein Rahmen abgesteckt – Armee, Studium. Ich habe da bis fast zur Wende eine so vorgefestigte Situation vorgefunden, die es für mich langfristig gesehen nicht möglich machte, weiter in der DDR zu leben.

Ich habe eine kleine Tochter, und die Möglichkeit des Ausreiseantrages, die wir lange durchdiskutiert haben, stand nicht zur Diskussion, weil ich aus dem Freundeskreis so massive Repressalien mitbekommen hatte, daß wir das dem Kind nicht antun wollten. Ich bin dann 1984 zur Armee gekommen, habe das bis 1987 überstehen müssen, bin dann im November 1987 nach Jena an die Uni gekommen und dachte, daß auch im Rahmen der DDR hier doch ein bißchen Freigeist herrschen würde. Ich bin gleich in der ersten Woche dort sehr schockiert worden, daß dieses abgeschlossene Kapitel Armee jetzt weitergehen sollte und alle männlichen Studienteilnehmer sich als Reserveoffiziere verpflichten sollten. Das waren 150 Jungen damals, und von diesen 150 Jungen haben sich allein sieben nicht dazu bereit erklärt. Die wurden in Jena damals vor einen Professor Danz geladen, der war für Erziehung und Ausbildung verantwortlich, und von den sieben sind noch drei, einschließlich mir, übriggeblieben, die das dann nicht gemacht haben. Diese drei sind alle 1989 auch nach dem Physikum abgehauen. Es ging aber noch weiter, daß diese Freiheit, die ich mir an der Uni erhofft hatte – vielleicht ein bißchen blauäugig –, überhaupt nicht existierte. Am schlimmsten war für mich, daß neben den Hauptfächern damals Marxismus/Leninismus eine große Rolle gespielt hatte. Es hat zwei Seminare gedauert, da waren die Fronten zwischen dem Lehrkörper und mir so verhärtet, daß von Woche zu Woche diese zwei Lehrveranstaltungen immer eine richtige Qual gewesen sind.

Die Beziehungen mit der Gruppe aus dem Freiburger Raum, mit dem Motorradclub, haben sich immer mehr verstärkt, und das ging gut bis Pfingsten 1988. Im Vorfeld zu diesem Pfingsten hat das MfS Kontakte zwischen

uns unterdrückt, also es kam keine Post durch, Besuche von westlicher Seite zu uns wurden an der Grenze zurückgeschickt. Daraufhin haben wir gesagt, wir treffen uns wieder in der Tschechoslowakei. Daraufhin haben wir Auslandsverbot gekriegt auf eine sehr dramatische Weise, daß die ganze Rudolstädter Motorradgruppe von der damaligen Kommission K, also von der Kriminalpolizei, festgenommen worden ist, und uns wurde mündlich ein Auslandsverbot ausgesprochen mit der Konsequenz der Inhaftierung bei Nichteinhaltung. Als Begleiterscheinung vielleicht noch: Meine Mutter hat dieses Vorgehen der K sehr traumatisch verarbeitet. 30 Jahre vorher ist auf eine ähnliche Weise mein Vater durch eine Suchaktion der Polizei verhaftet worden. Jetzt, 1988, bin ich gesucht worden, und das hat bei ihr eine reaktive Krankheit ausgelöst, die sie bis heute noch arbeitsunfähig macht, und es ist auch nicht abzusehen, daß sie wieder arbeiten kann. Meine Eltern sind dann im Jahre 1989 von einer Besuchsreise mit meinen Geschwistern nicht wieder zurückgekommen. Sie sind in Bayern geblieben, und gleichzeitig noch mit einer Prüfung an der Uni in Jena hat sich das für mich damals so zugespitzt, daß für mich eben der Entschluß gefallen ist, nein, hier bleiben wir nicht mehr, diese Engstirnigkeit kann ich meinem Kind nicht zumuten, und auch für meinen weiteren Werdegang geht das nicht so weiter. Wir haben damals mit unseren Freunden Verbindung aufgenommen und über eine relativ gut organisierte Flucht sind wir dann nach Österreich gelangt.

Noch zu der Rednerin von heute früh, dieser Fluchthelferin: Ich habe in Ungarn zwei Leute getroffen, die in der DDR zwölf Jahre inhaftiert waren und die 1989 ihren gesamten Urlaub überzogen haben, nur um allein jeden Tag 5 bis 10 Leute über die Grenze zu schleppen. Die Ungarn haben die auch später noch geschnappt, wie ich erfahren habe. Sie haben das trotzdem immer wieder versucht, und einer hat mir gesagt, das war seine kleine Rache an der DDR für seine zwölf Jahre, daß er es geschafft hat, 120 Leute da über die Grenze zu bringen. Wir sind am 19. August gegangen, gerade an dem Tag, als in Sopron, damals bei einem Freundschaftstreffen, kurzzeitig die Grenze geöffnet wurde. Aber wir haben dem keinen Glauben geschenkt und haben das vielleicht 10 km von dort entfernt selber in die Hand genommen, nicht ahnend, daß das damals an diesem Tag so einfach vonstatten ging.

Am Anfang in der Bundesrepublik ist es für mich sehr schwergefallen. Ich habe in Bayern gewohnt damals, nicht in Freiburg, und bin am Anfang auf sehr große Ablehnung gestoßen bei der Bevölkerung. Allerdings, wenn man direkt auf die Leute zuing, dann kam immer das Argument, du bist ja gar nicht so, du bist ein Einzelfall. Aber es war für mich nicht einfach am Anfang, da Fuß zu fassen, und ich kann sehr gut verstehen, wenn Leute, die mit sehr großem Idealismus geflohen oder über einen Ausreiseantrag rübergekommen sind und dann jetzt so als gestrauchelte Existenzen bezeichnet werden, es nicht geschafft haben, Fuß zu fassen, weil ein Freundeskreis und Anhang zu finden

in den alten Bundesländern doch erheblich schwieriger ist. Wenn da jemand vielleicht nicht so kontaktfreudig ist, ist das schwer für die Leute, und es wird auch weiterhin noch schwer sein.

Gesprächsleiter Martin Gutzeit: Vielen Dank. Wir haben jetzt noch die Möglichkeit zu einer ganz kurzen Fragerunde, wie wir das sonst auch gemacht haben. Ich bitte darum, keine langen Ausführungen zu machen, sondern kurz und präzise wenige Fragen zu stellen, so daß wir noch eine Rückantwort bekommen.

Abg. Poppe (Bündnis 90/Grüne): Kurz will ich bleiben, aber ich will keine Fragen stellen, sondern zwei Richtigstellungen vornehmen. Einmal auf Herrn Kowasch bezogen: Die Fragestellung nach einer möglichen Schwächung von oppositionellem oder widerständigem Verhalten bezog sich nicht auf das Jahr 1989, sondern sie bezieht sich auf den andauernden Aderlaß über viele Jahre hinweg, z. B. nach der Biermann-Ausbürgerung, den großen Verlust schon 1977, dann nachher noch einmal die Ausreisewelle 1984. Daß 1989 diese Selbstorganisation der Ausreisegruppen, insbesondere auch in Leipzig, eine erhebliche Rolle gespielt hat, ist unumstritten.

Das zweite wollte ich eigentlich zu Herrn Hilse und Herrn Jeschonnek sagen, ich habe das schon bei anderer Gelegenheit hier in der Kommission gesagt. Ich sehe das nicht so, Herr Hilse, daß die Oppositionsgruppen zu der Zeit, die Sie beschreiben, also schon 1987/88, beflügelt von Gorbatschow von einer verbesserten DDR träumten. Ich halte das einfach für eine außerordentlich verkürzte und zum Teil auch fehlerhafte Darstellung. Was diese Gruppen gemacht haben, auch insbesondere die, von denen hier die Rede war, mit ihrer Zusammenarbeit oder Nicht-Zusammenarbeit mit Ausreisegruppen, war, erklärtermaßen eigene Strukturen zu entwickeln, die Öffentlichkeit, die ihnen vorenthalten wurde, herzustellen, Menschenrechte einzuklagen, aber auch Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren, z. B. eigene Zeitschriften herauszugeben und sich innerhalb dieser Gruppen eine größere Bedeutung zu schaffen durch den Versuch von Koordinierung und Vernetzung, was dann ja auch im Jahre 1989 letztendlich gelungen ist. Von dieser Aufgabe ausgehend, gab es natürlich das Problem für die Oppositionsgruppen mit einem solchen Verständnis, was können wir denn jetzt nun mit den sich neu gründenden Ausreisegruppen, z. B. Ende 1987, tun? Das Problem ist in der Tat vorhanden gewesen, es hat auch darüber einen Dissens gegeben, es hat eine Zusammenarbeit nur vereinzelt gegeben, doch es hat sie gegeben. Herr Jeschonnek hat sie vorhin selber erwähnt mit einzelnen aus der „Initiative Frieden und Menschenrechte“, mit der Umweltbibliothek. Auch nach den Verhaftungen am 17. Januar 1988 hat es Proteste gegeben von mehreren verschiedenen Oppositionsgruppen gegen die Verhaftungen, und die Dokumentierung dessen, was geschehen ist am 17. Januar, ist ausgerechnet auch nicht in der Kirche passiert, sondern innerhalb dieser

Gruppen, und auf der Grundlage dessen sind ja Frau Bohley und andere erst am 25. Januar verhaftet worden. Diese Verhaftungen standen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Tatsache, daß die Oppositionsgruppen dokumentierten und das öffentlich darstellten, was an diesem 17. Januar geschehen war. Auch die weiteren Verhaftungen, die es am 25. Januar gab, stehen in diesem Zusammenhang, obwohl die am 25. Januar von Verhaftungen Betroffenen gar nicht an der Demonstration des 17. Januar, also der Luxemburg-Liebknicht-Demonstration, beteiligt gewesen waren. Daß sie nicht beteiligt gewesen waren, hatte auch noch einen sehr guten Grund, denn wir haben am Tag vorher noch eine Warnung bekommen, daß unsere Verhaftung unmittelbar bevorstehe. Bereits am Abend vorher, also des 16. Januar, bis den ganzen Tag über am 17. standen vor allen diesen bekannten Wohnungen in Ost-Berlin Autos mit mehreren Mitarbeitern der Staatssicherheit. Der Versuch von zweien unserer Mitglieder der „Initiative Frieden und Menschenrechte“, in dem Falle Wolfgang Templin und Ralf Hirsch, einmal kurzzeitig ihr Haus zu verlassen in dieser Zeit, endete damit, daß regelrecht Jagd auf sie gemacht wurde und sie nur noch in ihre Wohnung zurückflüchten konnten. Das Ausfallen einer gemeinsamen Aktivität an diesem Tag hatte eben auch damit zu tun, daß es eine sehr handfeste Bedrohung an diesem Tag gab. Wenn wir natürlich ebenfalls daran interessiert gewesen wären, schnell aus diesem Land wegzukommen, dann hätten wir das nur machen müssen, dann hätten wir diese Zusammenarbeit intensivieren müssen, uns sehr schnell darauf einstellen, und dann wäre uns aber genau das gleiche geschehen, was wir natürlich mit dem Anspruch, den ich vorhin kurz angedeutet habe, nicht wollten. In der Öffentlichkeit oder vielmehr in einer sehr obskuren Öffentlichkeit hatte es zu diesem Zeitpunkt ja schon derartige Darstellungen gegeben, z. B. in den „Weißenseer Blättern“ – wer das kennt, ein Kampfblatt der Staatssicherheit, aber herausgegeben von einem gewissen Hanfried Müller, der an der Theologischen Fakultät der Humboldt-Uni gearbeitet hat. Da wurden wir bereits dargestellt gewissermaßen als Untergruppierung der Ausreisebewegung – also die wollen sich interessant machen, eine Opposition gibt es gar nicht. Entweder es sind Leute, die sind vom Westen gesteuert, um Unruhe zu stiften, oder sie wollen sich nur interessant machen, um auch möglichst schnell wegzukommen. So war die Darstellung bei der Staatssicherheit. Die Aktenlage, wenn man sich das einmal anschaut – es ist eine ganze Menge darüber vorhanden an MfS-Akten über diese Zeit – besagt genau das gleiche. Es sollte der Versuch unternommen werden, auch die damals sehr kleine Oppositionsbewegung zu desavouieren, indem man aus ihnen nur eine andere Art von Ausreisebewegung macht. Dies konnten wir nicht zulassen, und aus diesem Grunde hat es dann also diese komplizierten Zusammenhänge zwischen den Gruppen gegeben, die vorhin beschrieben worden sind.

Sv. Martin-Michael Passauer: Es ist zu fragen – das hat Gerd Poppe ja schon angefangen – auch aus unserer Sicht, das heißt aus der Sicht derer, die damals, wie auch immer geartet, versucht haben, sich dem Phänomen und dem Problem der Ausreise zu stellen, es ist zu fragen, wie das alles auf Sie gewirkt hat. Es müßte jetzt eigentlich noch einmal eine Runde kommen mit dem Thema: Wie haben diejenigen, die versucht haben, sich einzusetzen, das ganze erlebt? Ich will wenigstens eine kleine Korrektur anbringen: Die Seelsorge der Pfarrerinnen und Pfarrer, das geht besonders an Bruder Hilse, wäre sehr schlecht dargestellt, wenn sie interpretiert würde als die Aufforderung zum Hierbleiben. Seelsorge hieß überhaupt nicht: wir sind von der Kirche beauftragt worden, Menschen zum Hierbleiben zu ermutigen, sondern Seelsorge hat nach meinem Verständnis sehr stark den Charakter des Zuhörens und des Begleitens in der persönlichen Situation der einzelnen, die gekommen sind. Das hat sie auch geleistet, und die ganz, ganz wenigen Pfarrerinnen und Pfarrer, die sie leider mißbraucht haben, dürfen nicht so verallgemeinert werden, daß die Seelsorge an sich hier diskriminiert wird.

Aber die Frage, die mich interessiert, richtet sich an Frau Kitzig: Sie haben das ja sehr bewegend beschrieben, daß der Staat aus Ihrer Sicht keine Möglichkeit mehr zuließ, andersartige Denkstrukturen zu fördern. Wie sind Ihnen eigentlich die Menschen vorgekommen, die dies **nicht** so empfunden haben? Sie müssen ja, wenn Sie selber dies geradezu existentiell erlebt haben an Ihrem eigenen Leibe, doch allen denjenigen, die Ihnen begegnet sind und die das nicht so erlebt haben, Unverständnis entgegengebracht haben. Wie könnt ihr eigentlich noch das leben, was ich schon längst nicht mehr leben kann? – müßten Sie fragen. Ich meine die Spannung zwischen denen, die entschieden haben, ich kann hier nicht mehr leben, und denen, die gesagt haben, ich kann aber hier leben und die eine ähnliche innere Motivation hatten. Wie war da die Gesprächslage?

Die zweite Frage, die mich interessieren würde: Wenn Sie sagen – auch Herr Jeschonnek hat das ja gesagt –, die ausreisewilligen Menschen haben sich selbst organisiert, gab es eigentlich so etwas wie eine Stasi-Neurose? Es gibt ja jetzt heutzutage viele, die sagen, ich wußte genau, der war IM oder die war IM. Hatten Sie eigentlich in Ihren Gruppierungen immer so den heimlichen Verdacht, die Hälfte derer, die hier sitzt, sind eigentlich auf der falschen Seite? Ich kann mich – aber da bin ich auch ein bißchen naiv – an einen so neurotischen Zug kaum erinnern, etwa ständig in dem Bewußtsein gelebt zu haben, alles, was du hier sagst, wird weitergetragen; natürlich, deshalb haben wir ja immer öffentlich geredet. Aber so die Angst, die verpfeifen uns hier, oder hier sitzt die Hälfte Staatssicherheit darunter, das würde ich gerne von Ihnen einmal bestätigt haben.

Dritte Frage: In einer öffentlichen Diskussion, an der ich neulich teilgenommen habe, hat der Zeiseweis, der war Oberst der Staatssicherheit, noch einmal

die alte Theorie vertreten, daß die staatlichen Organe, wie er sagte, den Ausreisewilligen immer wieder vorgeworfen haben, die wollen ja nur ihre Probleme, mit denen sie hier nicht fertig geworden sind, auf eine andere Weise lösen, und die nehmen sie alle, so wie sie sind, mit. Davor wollen wir, die Staatssicherheit, sie eigentlich bewahren. Deshalb hindern wir sie daran, loszugehen. Die Frage, die dahintersteckt, ist zumindestens ernstzunehmen. Den Eindruck hatte ich auch oft, daß viele ihre eigenen Probleme nicht mehr richtig miteinander lösen oder besprechen können und auch die Hoffnung hatten, wenn wir das Äußere verändern, wird sich auch das Innere verändern. Sind Ihnen Menschen begegnet, die sozusagen befreit gelebt haben, als sie dann angekommen sind? Auch unser Zusammenleben ist völlig anders geworden als das, was es vorher war.

Abg. Frau Barbe (SPD): Ich möchte auch ganz kurz auf die differenzierte Darstellung der Opposition eingehen. Ich als Ausreiseartragstellerin habe beides erlebt – Unverständnis, aber auch gleichzeitig Verbündete, die gesagt haben, überleg es dir noch einmal, es anders zu machen, und das ist bei der Darstellung ziemlich wichtig, daß man unterschiedliche Oppositionsgruppen in der DDR zu der damaligen Zeit hatte.

Zweitens interessiert mich von Ihrer Seite (auch wenn Sie heute jetzt nicht darauf eingehen, daß Sie es uns vielleicht noch einmal schriftlich hereinschicken), welche Empfehlung Sie geben würden, was man noch tun kann. Ich habe so ein paar Punkte hier herausgefiltert, die mir wichtig sind. Ein Punkt ist mir vor allem wichtig – die Schädigungen bei Kindern, deren Eltern in Haft gewesen sind. Welche Schädigungen sind da, wie kann man da auch Abhilfe schaffen, kann man da noch unterstützen? Dazu hätte ich gerne noch ein paar Hinweise von Ihnen, denn Sie haben das ja erlebt und haben die Folgewirkungen auch immer vor Augen. Dann die nächste Frage: Möglichkeiten der Integration von jungen Menschen in Ost und West. Ich glaube, bei den Alten wird man vielfach kaum noch Änderungen des Denkens und des Verhaltens erleben und erreichen können. Aber welche Möglichkeiten haben wir, um die Integration in Ost und West zu verstärken? Ich erinnere, die SPD hatte einen Antrag eingebracht z. B. zum deutsch-deutschen Jugendaustausch. Das ist ja deshalb nötig, weil dafür Geld zur Verfügung gestellt werden muß. Das muß unterstützt werden. Ich hätte da ganz gerne von Ihnen Hinweise, in welcher Weise kann man da noch viel mehr tun, als es im Augenblick der Fall ist, denn das hat ja auch Langzeitwirkung. Als letztes möchte ich ebenfalls noch besonders Herrn Hilse danken, bei dem ich sehr viel Unterstützung gefunden habe. Bei ihm konnten wir z. B. unseren Entwurf eines neuen Wohnungsvergabegesetzes mal wenigstens vorstellen, wenn man das schon dem Staat gegenüber nicht tun konnte.

Gesprächsleiter Martin Gutzeit: Nun sind wir in einer schwierigen Situation. Zumindestens zwei der Zeitzeugen sind mit konkreten Fragen angesprochen,

und Frau Kitzig hat erst noch Fragen von Herrn Passauer zu beantworten, aber ich bitte um Kürze.

Angelika Kitzig: Sie fragten, wie man andere empfindet. Ich habe diesen Staat, so wie er sich auch definiert hat, als sehr zentralistisch empfunden und erlebt. Ich denke, das Verkehrteste, was man machen kann, das selber hineinzunehmen in sich und mit anderen genauso umzugehen, also zu glauben, weil ich zu diesem Entschluß komme, müssen alle anderen genau zu dem gleichen Entschluß kommen. Wenn also jemand einen anderen Entschluß gefaßt hat, z. B. in diesem Land zu leben, und er sagt, ich habe hier eine Variante – wunderbar für ihn, wenn das sich realisieren läßt. Mein Anspruch war es nicht und wäre es auch jetzt in keiner Weise, daß alle Leute zum gleichen Resultat kommen müssen wie ich. Deswegen vorhin mein Verweis darauf, daß ich denke, eine Biographie und das, womit man darauf gestoßen wird, ist nicht ein Verdienst, das ist auch sicher Fügung, Schicksal, was auch immer. Den einen treibt es in eine bestimmte Richtung, den anderen nicht, was mit vielen Faktoren zusammenhängt.

Zur Angst vor der Stasi: Auf jeden Fall – in den Kreisen, mit denen ich zu tun hatte und in denen ich agiert habe – das hat vorhin Pastor Hilse auch schon gesagt –, gab es eigentlich die Angst vor der Stasi nicht mehr. Die Stasi war da, die standen vor der Tür – ich wurde im Auftrag der Stasi z. B. überfallen, nachweislich –, nichts tat sich. Andere wurden verhaftet, etc. Also wovor sollte dann noch Angst sein? Die einzige Angst, die ich hatte, war, was andere hier erfahren haben, daß durch eine Verhaftung die Kinder dann schutzlos sind.

Gesprächsleiter Martin Gutzeit: Frau Michael möchte zu den Auswirkungen auf die Kinder noch etwas sagen.

Christel Michael: Ich denke, daß es sehr wichtig ist, daß gerade die betroffenen Kinder, deren Eltern in den Gefängnissen waren, auch heute noch wenigstens moralische Unterstützung brauchen, weil viele von ihnen heute noch dieses Trauma mit sich herumschleppen. Ich kann jetzt eigentlich im Prinzip nur von meinem eigenen Sohn ausgehen, wo das ganz extrem ist, weil unser Sohn Thomas 14 Tage nach unserer Verhaftung einen sehr schweren Unfall hatte, das rechte Augenlicht verlor und in der Uniklinik in Halle nur notoperiert wurde, da es sich um das Kind eines Antragstellers handelte – so wortwörtlich die Aussage des behandelnden Arztes. Wir sind bis heute leider nicht in der Lage, an die Krankenakten unseres Sohnes heranzukommen. Der Junge hat bis heute Schwierigkeiten. Der behandelnde Arzt hier in Steglitz hat uns versichert, daß bei korrekter Operation eine Sehkraft von 60 % erhalten geblieben wäre. Unser Sohn läuft noch heute mit einem Auge herum, er hat sich auch ganz gut daran gewöhnt, er mußte ja, es blieb ihm nichts anderes übrig. Aber er hat auch seine Zukunft dadurch verbaut bekommen, er konnte nicht lernen, was er wollte. Das gab dieses eine Augenlicht nicht her, und

ich denke, es gibt mehrere, wenn auch nicht ganz so gravierende Fälle, aber die Seele unserer Kinder ist ja heute noch kaputt. Das sehe ich auch im Bekanntenkreis. Da gibt es heute noch Kinder, die nachts aufschreien, nach Mutti und Vati rufen, weil sie wieder einmal so einen Alptraum hatten. Ich denke, daß das wichtig ist, und ich freue mich, daß es diese Kommission gibt, die sich vielleicht nicht nur für uns, sondern gerade für unsere Kinder einsetzt.

Gesprächsleiter Martin Gutzeit: Schließlich noch Herr Kowasch zur Frage der Integration im Westen.

Fred Kowasch: Quasi als Antwort auf Ihre Frage, Frau Barbe: Ich habe vor zwei Tagen ein sehr seltsames Erlebnis gehabt. Ich habe über meine Freundin zwei sechzehnjährige Mädchen kennengelernt, die kamen aus Düsseldorf. Auf die Frage, wann denn die Mauer gefallen ist, wußten sie keine Antwort, und auf die Frage, wann denn der Tag der Deutschen Einheit ist, wußten sie auch keine Antwort. Sie waren damals sicher zwölf, und in deren Unterricht wurde Schindlers Liste behandelt, sicher zu Recht und auf jeden Fall richtig. Es wurde über Rechtsradikalismus gesprochen. Aber ich konnte es persönlich nicht verstehen, daß dieses wichtige Thema in Düsseldorf nicht ein paar Minuten im Unterricht eingenommen hat. Solange dies noch nicht geschehen ist, sind wir noch sehr weit entfernt von der inneren Einheit.

Gesprächsleiter Martin Gutzeit: Herr Passauer als Mitglied der Kommission hat ja gerade angedeutet, daß hier gewiß noch etliche Fragen offen sind, auch was Herr Kowasch jetzt als Aufgabe nannte. Die Enquete-Kommission hat sich in den letzten Sitzungen sowohl mit der Frage der Opposition als auch mit der Frage der Ausreise beschäftigt. Ich denke, hier liegen noch sehr viele Mißverständnisse, auch unausgetragene Konflikte vor, die wir hier heute nicht lösen können, die aber eine weitere Behandlung und ein weiteres Gespräch brauchen. Das Gespräch zwischen denen, die geblieben sind, und denen, die gegangen sind, zwischen Ost und West, ist dringend erforderlich. Ich danke allen, die solange heute hier ausgehalten haben, entschuldige, daß einige schon gehen mußten, aber weitere Termine des heutigen Tages ließen es für manche nicht möglich sein, bis zum Schluß hierzubleiben. Es ist die vorletzte öffentliche Anhörung der Enquete-Kommission, die nächste Anhörung findet wieder in Berlin statt, und zwar am 3. und 4. Mai im Reichstag. Das Thema – es geht um die Bewältigung von zwei Diktaturen in Deutschland – ist die Schlußdiskussion über die ganze Frage der Vergangenheitsbewältigung in Deutschland – der Umgang mit den beiden Diktaturen.

Ende der Sitzung: 17.30 Uhr

AnhangTabellen zum Vortrag Hilmer

Übersiedler aus der DDR

**Motive und Hintergründe von Flucht und
Ausreise aus der DDR**

Ein Referat für die Enquête - Kommission
des Deutschen Bundestags
"Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der
SED-Diktatur in Deutschland"

von: Richard Hilmer

Geschäftsführer von Infratest Burke Berlin

Berlin, den 11. April 1994

Übersiedler aus der DDR

Folgende Fragen werden behandelt

Die Übersiedler

- o Wieviele kamen und wer kam ?
- o Welche Gründe/Motive waren ausschlaggebend ?
- o Welche Erwartungen knüpften sie an den Westen ?

Ihre Ausgangssituation im Westen

- o Wie wurden sie von der Bevölkerung empfangen ?
- o Was waren ihre ersten Eindrücke ?
- o Welche Integrationsvoraussetzungen fanden sie vor ?

Die Auswirkungen auf die DDR

- o Wie reagierte der Staat ?
- o Wie reagierte die Bevölkerung ?
- o Welche Folgen hatte die "Übersiedlerwelle" für die DDR ?

Übersiedler aus der DDR

Die Datenbasis

Zu den Übersiedlern

- o Schriftliche Befragungen von Übersiedlern im Frühjahr 1984 (419 Interviews) und Herbst 1984 (346 Interviews)
- o mündlich/schriftliche Befragung von 537 Übersiedlern und Flüchtlingen, Sommer 1989
- o mündlich-persönliche Befragung von 1002 Übersiedlern und Flüchtlingen im Winter 1989/90 (incl. einer Nachbefragung ein Jahr später)
- o Gruppendiskussionen / Leitfadengespräche

Zur Reaktion der Westdeutschen Bevölkerung

- o mündlich-persönliche Bevölkerungsumfragen in den Jahren 1984, 1985 (jeweils 2000 Interviews) und 1989 (2x 1200 Interviews)

Zur Reaktion der ostdeutschen Bevölkerung

- o kontinuierliche indirekte Befragungen der DDR-Bevölkerung (Stellvertreterforschung)

Übersiedler aus der DDR

3 Phasen der Übersiedlung

1. Die restriktive Phase

Zeitspanne: 1962 - 1983

Umfang: ca. 10.000 Übersiedlungen pro Jahr

2. Die Phase begrenzter Übersiedlungen

Zeitspanne: 1984 - 1988

Umfang: zwischen 20 und 40.000 Übersiedler pro Jahr

3. Die Phase unkontrollierbarer Ausreisen

Zeitspanne: ab Frühjahr 1989 bis 9. 11. 1989

Umfang: ca. 225.000 Übersiedler, Ungarn- und Botschaftsflüchtlinge

Übersiedlung aus der DDR

Die Entwicklung der Übersiedler- und Flüchtlingzahlen seit 1983
--

1983	11.343
1984	40.974
1985	24.912
1986	26.178
1987	18.958
1988	39.832
bis zum 30.6.1989	46.000

Übersiedler aus der DDR

Die Übersiedler waren

überproportional Männer

	1984	
	Übersiedler	DDR
	%	Wohnbevölkerung
		%
Männer	60	46
Frauen	40	54

überdurchschnittlich jung

Alter		
- unter 40 Jahre	78	40
- über 40 Jahre	22	60

Übersiedler aus der DDR

Die Übersiedler

**verfügten über eine gute
Berufsausbildung**

	1989	
	Übersiedler	DDR
	%	Wohnbevölkerung
		%
Anteil von Personen mit Lehre	89	78

waren in der Regel berufstätig

Anteil Berufstätiger	93	67
----------------------	----	----

**und: sie verfügten über eine
hohe Arbeitsmotivation**

Übersiedler aus der DDR

Tätigkeitsbereiche

Die Beschäftigten kamen aus folgenden Bereichen

Industrie	39 %
Handwerk	18 %
Dienstleistungen	22 %
Gesundheitsbereich	6 %
Verwaltung	5 %
Bildungsbereich	8 %

Übersiedler aus der DDR

**Die Reaktion der Westdeutschen
auf die Übersiedler war eher
verhalten**

Es fanden die Übersiedlerwelle	1985
	%
uneingeschränkt gut	13
teils gut / teils schlecht	57
alles in allem eher schlecht	19
gleichgültig / keine Meinung	11
 Es plädierten	
für eine Ausweitung der Übersiedlerzahlen	41
für eine Begrenzung auf "wirklich politische Verfolgte"	48

Übersiedler aus der DDR

**Die Westdeutschen schwankten
zwischen Fürsorgepflicht...**

	1985	Sommer 1989
Es stimmten der Aussage zu:	%	%
"jeder sollte den Übersiedlern helfen wo er nur kann"	59	75

... und diffusen Ängsten

Es äußerten Ängste

...um Arbeitsplätze	56	24
..vor Spionen	43	25

Übersiedler aus der DDR

**Die ersten Erfahrungen im Westen
waren insgesamt recht positiv**

	1989 %
Es fühlten sich gleich heimisch	66
Es hatten mit Bundesbürgern	
- durchweg positive Erfahrungen	60
- insgesamt positive, bisweilen negative	39
- nur negative	1
 Fazit nach 3 Monaten:	
Hoffnungen und Erwartungen wurden	
- voll und ganz erfüllt/ übertroffen	40
- bislang erst teilweise erfüllt	56
- nicht erfüllt	4

Übersiedler aus der DDR

Reaktion des DDR-Staates: Schikanen
--

- | | |
|--|---|
| o lange Wartezeiten: | Zwei Drittel der Ausreisegenehmigungen wurden erst nach zwei Jahren erteilt |
| o häufige Vorladungen mit Aufforderung zum Widerruf: | Drei von vier Übersiedler berichteten von entsprechenden Pressionsversuchen |
| o mehrfache Antragstellung: | Nur 18 % hatten bereits mit der ersten Antragstellung Erfolg |
| o Sanktionen im beruflichen Bereich: | Jeder zweite berichtete von Entlassungen, betrieblichen Umsetzungen oder ähnlichem |
| o weitergehende Schikanen: | Einige Übersiedler berichteten von Post- und Telefonüberwachung, Hausdurchsuchungen, Wahlverbot, Reiseerschernisse, schlechte medizinische Versorgung |

Übersiedler aus der DDR

Die DDR-Bevölkerung reagierte mit Verständnis ...

	1984	1989
	%	%
Es äußerten volles Verständnis für die Antragsteller	56	66
Sie vermuteten, folgende Motive seien ausschlaggebend		
- Begrenzte Reisemöglichkeiten		70
- Unzulängliche Versorgung		68
- Bevormundung/Gängelung durch den Staat		61
- Familienzusammenführung		37
- persönliche Probleme		14

Übersiedler aus der DDR

... und zunehmend mit dem Wunsch, selbst in den Westen überzusiedeln

	1984	1988	1989
- Es hatten bereits einen Antrag gestellt	4	4	5
- Es beabsichtigten, einen zu stellen	1	4	8
	<hr/>	<hr/>	<hr/>
	5	8	13

Übersiedler aus der DDR

Ein Fazit aus Sicht der Bundesrepublik

- o Bei den Übersiedlern handelte es sich in der Regel um einen sehr flexiblen, hochmotivierten und ausgeprägt integrationswilligen Personenkreis.
- o Aus arbeitsmarktpolitischer Sicht waren sie begehrt und willkommen.
- o Die Bundesbürger reagierten auf das Phänomen "Übersiedlerwelle" gespalten, auf die Übersiedler selbst aber positiv.
- o Die Übersiedler trugen dazu bei, den Blick auf die Verhältnisse in der DDR zu schärfen und Verbindungen von West nach Ost zu stärken.

Übersiedler aus der DDR

Ein Fazit aus DDR-Perspektive

- o Der permanent hohe Ausreisedruck war für alle sichtbarer Ausdruck der fundamentalen Unzulänglichkeiten der DDR
- o Sollte die seit 1984 hohe Zahl genehmigter Ausreisen aus SED-Sicht der "Befriedigung der Zurückbleibenden" und einer Vertiefung der Teilung gedient haben, so ist dies gründlich mißlungen,
 - denn es gelang nie, einen Keil zwischen Bevölkerung und Ausreisewilligen zu treiben
 - im Gegenteil nahm die Zahl derer zu, die dem Beispiel der Übersiedler folgen wollten
 - und schließlich verstärkte der kontinuierliche Übersiedlerstrom die Zusammengehörigkeit zwischen den Deutschen in Ost und West
- o Mit den vor allem jüngeren, gut ausgebildeten, hochmotivierten und stark leistungsorientierten Übersiedlern verlor die DDR ihre wirtschaftliche Zukunft und die Bevölkerung die Hoffnung auf Änderung.
- o Übersiedler und seit Frühjahr 1989 die Botschafts- und Ungarnflüchtlinge haben mithin einen ganz entscheidenden Anteil am Zusammenbruch der DDR

Übersiedler aus der DDR

Ausreisegründe und -motive *)

	Übersiedler	
	1984	1989
	%	%
Die fehlende Meinungsfreiheit	71	74
Man konnte nicht in die Länder reisen, in die man gerne wollte	56	74
Sein Leben nach eigenen Vorstellungen zu gestalten	-	72
Die fehlenden bzw. ungünstigen Zukunftsaussichten	45	69
Die ständige Bevormundung und Gängelung durch den Staat	66	65
Die schlechte Versorgungslage	46	56
Verwandtschaftliche Beziehungen zu Bundesbürgern, Familienzusammenführung	36	28
Die ungünstigen beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten	21	26

*) wesentlicher Grund / Mehrfachnennungen

Übersiedler aus der DDR

Zukunftsperspektiven im Westen

Die Übersiedler hatten hohe Erwartungen

1989

Übersiedler

Es rechneten...(bestimmt/wahrscheinlich)

mit einer deutlichen

Verbesserung des Lebensstandards

92

waren aber gleichzeitig auf Integrationsprobleme gefaßt

...mit Schwierigkeiten:

o bei der Arbeitsplatzsuche

26

o bei der Wohnungssuche

81

o beim Aufbau neuer Kontakte

37

und mit der Notwendigkeit,

sich fortzubilden

72

Übersiedler aus der DDR

Viele Übersiedler konnten bei ihrem Start auf die Hilfe von Verwandten und Bekannten zurückgreifen

1984
%

Es bestanden im Westen
Kontakte

zu Verwandten

77

und zwar

- zu Verwandten 1. Grades

30

- zu entfernteren Verwandten

54

zu Freunden und Bekannten

82

Alle Übersiedler ließen aber auch Freunde und Verwandte in der DDR zurück

Übersiedler aus der DDR

Herkunftsbezirk

	1989		
	Über- *) siedler	Flücht- linge	DDR Wohnbe- völkerung
Dresden	31	9	11
Karl-Marx-Stadt	14	7	11
Leipzig	10	10	8
Gera, Erfurt, Suhl	11	15	15
Magdeburg/Halle	7	16	18
Berlin	13	21	8
Rostock, Schwerin, Neubrandenburg	3	8	12
Potsdam, Frankfurt Cottbus	10	13	16

*) Kumulation aus vier Übersiedlerbefragungen